



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft
und Europaangelegenheiten



Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Europa- angelegenheiten 2011



Impressum

Ministerium für Wirtschaft und
Europaangelegenheiten
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Herausgeber:
Referat Wirtschaftspolitische Strategie,
WMK

Redaktionsschluss: 30. Juni 2011
Auflage: 900 Exemplare

Bezug von Exemplaren:
www.mwe.brandenburg.de (Download
und Bestellmöglichkeit)

Abbildungsnachweise:
Titel: BASF Schwarzheide GmbH (1),
ZAB-Archiv (2), Harald Hirsch (3), Archiv
des MWE (4 und 5); S. 3: Till Budde;
S. 38: ZAB-Archiv; S. 47: Bad Saarow Kur
GmbH; S. 49: Medieninnovationszentrum
Babelsberg; S. 54: picture-alliance; S. 78,
80 und 81: Archiv des MWE; S. 82, 83
und 84: ZAB-Archiv; S. 86: picture-alliance;
S. 88: ZAB-Archiv; S. 90: picture-alliance;
S. 93: ZAB-Archiv; S. 96: BASF Schwarz-
heide GmbH; S. 98: Kjellberg Finsterwal-
de

Gesamtherstellung:
Block Design Kommunikation & Werbung

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichtkeitsarbeit des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) des Landes Brandenburg kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt auch für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen und Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung Brandenburgs zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Hinweis: Wegen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht – bis auf wenige Ausnahmen – nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist aber immer mit eingeschlossen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Land Brandenburg hat in der letzten Zeit eine Reihe wichtiger Auszeichnungen erhalten. Von der Europäischen Kommission wurde es zur "Exzellenz-Region" gekürt, vom Ausschuss der Regionen der Europäischen Union zur "Europäischen Unternehmerregion 2011". Zum zweiten Mal in Folge wurde Brandenburg 2010 von der Agentur für Erneuerbare Energien mit dem "Leitstern" prämiert und das Land belegte erneut den ersten Platz beim Dynamik-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Daran zeigt sich, dass die Leistungsfähigkeit, die Ideen und das Engagement aller brandenburgischen Arbeitnehmer und Unternehmer sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene große Anerkennung finden.



Dies ist für die Wirtschaftspolitik zugleich Ansporn und Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen und neue Akzente zu setzen.

Die wichtigste Auszeichnung kann Brandenburg aber nur von seinen Bürgern selbst erhalten: die für ein lebenswertes Land mit guter Arbeit und Zukunftschancen für Alle.

Was die Wirtschafts- und Europapolitik dazu beiträgt, steht in diesem Bericht. Er stellt die Grundzüge dessen dar, was in den letzten anderthalb Jahren hinsichtlich der Wirtschaftsförderung, der Innovationspolitik, der Energiepolitik, der Politik für kleine und mittlere Unternehmen oder der brandenburgisch-polnischen Zusammenarbeit erdacht und gemacht wurde und wie es weiter gehen soll. Denn bei allen Erfolgen ist nicht zu übersehen, wo die brandenburgische Wirtschaft noch weiter aufholen muss: Viele kleine und mittlere Unternehmen haben zu wenig Eigenkapital, der Industriebesatz ist noch zu gering und die Exportquote zu niedrig.

Die grundlegende Aufgabe ist, die Wirtschaftspolitik so auszurichten, dass ökonomische Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden werden. Ebenso entscheidend ist es, auch die Bürger Brandenburgs in die Diskussion über politische Konzepte und Entscheidungen einzubeziehen. Es geht also darum, Politik transparent zu machen und für gesellschaftliche und regionale Akzeptanz zu werben. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Energiepolitik, über die ausgiebig informiert und vor Ort intensiv diskutiert wird. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur auf diese Weise zu dauerhaft tragfähigen Ergebnissen kommen können.

Außerdem möchte ich die Europäische Union im Land Brandenburg und das Land Brandenburg in der Europäischen Union noch sichtbarer und erlebbarer machen. Dazu bietet die Auszeichnung Brandenburgs als "Europäische Unternehmerregion 2011" beste Chancen. In den Jahren 2011 und 2012 werden Veranstaltungen mit den übrigen Preisträgern und anderen europäischen Regionen sowie Veranstaltungen in den Regionen des Landes Brandenburg unter Einbindung von Kommunen und der regionalen Wirtschaft durchgeführt. Brandenburg will von Europa lernen, hat aber auch selbst einiges an Ideen und Initiativen zu bieten.

Ein lebenswertes Land, europäisch vernetzt und eingebunden, mit einer ökologischen und sozialen Grundorientierung, einer dynamischen Wirtschaft und mit einem kritischen, aber konstruktiven Dialog zwischen Politik und Bürgern: Dieses Ziel sollten wir gemeinsam verfolgen. Der Wirtschafts- und Europabericht ist dafür gleichermaßen ein Informationsangebot und eine Diskussionsgrundlage.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.



Ralf Christoffers
Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

A.	Zusammenfassung	6
B.	Wirtschaftslage	14
1.	Konjunkturelle Entwicklung	14
2.	Wirtschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg	16
C.	Wirtschaftspolitik	25
1.	Wirtschaftspolitische Strategie: Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln	25
1.1	Ziele, Herausforderungen und Grundsätze der Wirtschaftspolitik	25
1.2	Der Clusteransatz	31
1.3	Regionale Wachstumskerne: Starke Standorte	33
2.	Für innovative, kreative und leistungsstarke Unternehmen: Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg	36
2.1	innoBB/Technologie- und Innovationspolitik	36
2.2	Leitbild und Aktionsplan “ProIndustrie BB”	39
2.3	Energiestrategie 2020	41
2.4	Tourismuskonzeption 2011 – 2015	46
2.5	Medien/Kreativwirtschaft	48
2.6	Entwicklungskonzept Glasfaser 2020	52
2.7	Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt/ILA	54
2.8	Ansiedlungen/Marketing/Fachkräfteentwicklung	55
2.9	Existenzgründungen	58
2.10	Förderinstrumente und Unternehmensfinanzierung	60
3.	Rahmenbedingungen für die Wirtschaft	69
3.1	Vergabegesetz	69
3.2	Arbeit der Kartellbehörde	69
3.3	Einheitlicher Ansprechpartner (EAP)	70
D.	Europaangelegenheiten	72
1.	Europäische Kohäsionspolitik	72
2.	Zusammenarbeit mit Polen/Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG)	73
3.	Brandenburg “europäisch ausgezeichnet”	77
4.	Schnittstelle zur EU: Die brandenburgische Landesvertretung in Brüssel	80
E.	Branchenkompetenzfelder – Status quo beim Übergang zum Cluster	82
	Abkürzungsverzeichnis	101

A. Zusammenfassung

Die Bilanz der Wirtschaftsentwicklung im Land Brandenburg fällt sowohl für das Jahr 2010 als auch für das erste Halbjahr 2011 insgesamt positiv aus. Die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konnten überwunden werden, Wachstum und Beschäftigung sind im Aufwärtstrend. Zudem zeigen Konjunkturumfragen in der gewerblichen Wirtschaft und im Handwerk eine optimistische Grundhaltung der meisten Unternehmen:

- Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um +2,2 Prozent. Dies entsprach dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin). Brandenburg ist dabei eines der wenigen Bundesländer, die das Vorkrisenniveau der realen Bruttowertschöpfung bereits wieder erreicht und übertroffen haben.
- Nach dem krisenbedingt starken Rückgang der Ausfuhren im Jahr 2009 um -11,8 Prozent zogen die Ausfuhren 2010 dank der Belebung der Konjunktur wieder an. Mit Exporten im Wert von rund 12,2 Mrd. Euro wurde ein neuer Höchststand erreicht und der Vorjahreswert um +13,9 Prozent übertroffen. Wichtigste Exportländer für Brandenburg waren Frankreich vor Polen und den Vereinigten Staaten.
- Die Arbeitsmarktentwicklung verlief im Land Brandenburg in den Jahren 2009/2010 ausgesprochen erfreulich. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen bereits 2009 abgenommen hatte, setzte sich der Rückgang auch im Jahr 2010 fort. Dabei waren die Arbeitslosenquoten stets niedriger als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Land Brandenburg im Jahr 2010 zum fünften Mal in Folge gestiegen. Mit einem An-

stieg um +1,0 Prozent teilte sich Brandenburg 2010 mit Berlin deutschlandweit Platz 1.

- Im Rahmen der letzten Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern gaben 89 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie ihre Geschäftslage als gut bzw. befriedigend einschätzen und 84 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer günstigeren oder zumindest gleichbleibenden Geschäftsentwicklung. Ein ähnliches Ergebnis zeigen die Konjunkturumfragen der Handwerkskammern.

Wirtschaftspolitisch wurden in den letzten 18 Monaten wichtige Weichenstellungen vorgenommen oder vorbereitet. Strategien und Konzeptionen wurden überprüft, diskutiert und weiterentwickelt. Das Ziel ist eine innovative, auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschafts- und Standortpolitik. Wichtige Elemente sind dabei:

- Unter dem Motto “Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln” wird die Wirtschaftsförderpolitik fortgeschrieben. So soll eine stärkere sektorale Prioritätensetzung erfolgen und durch die Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern eine neue Qualität erreicht werden. Für die länderübergreifenden Cluster Berlin-Brandenburg ist die Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB) die treibende Kraft. Die Cluster “Gesundheitswirtschaft”, “Energietechnik” sowie “Verkehr, Mobilität und Logistik” haben ihre Arbeit bereits aufgenommen.
- Ende 2010 wurde der Prozess der systematischen Weiterentwicklung der “Energierstrategie 2020” gestartet. Im Mittelpunkt steht dabei das neue ener-

giepolitische Zielviereck aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie gesellschaftlicher und regionaler Akzeptanz. Der Prozess soll bis Ende 2011/Anfang 2012 abgeschlossen werden.

- Die Tourismuskonzeption 2011 – 2015 verfolgt zwei grundlegende Ziele: die Steigerung des wirtschaftlichen Nutzens sowie die Verbesserung des Gesamtimages Brandenburgs durch den Tourismus. Der wirtschaftliche Nutzen soll durch eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Tourismusentwicklung weiter gesteigert werden. Darüber hinaus werden wichtige branchenübergreifende Themen und Herausforderungen wie touristische Qualität (insbesondere über die Qualitätsinitiativen "ServiceQualität Deutschland" bzw. "Brandenburger Gastlichkeit"), Demografie, Fachkräftebedarf, Mobilität und Klimawandel verstärkt berücksichtigt.

Die brandenburgische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik finden auch auf europäischer Ebene Beachtung:

- Das Land Brandenburg wurde im Februar 2010 vom Ausschuss der Regionen der Europäischen Union gemeinsam mit der spanischen Region Murcia und dem irischen County Kerry zur "Europäischen Unternehmerregion 2011" gekürt. Diese Auszeichnung ist eine hohe Anerkennung für Brandenburg und alle Gewinnerregionen. Brandenburg hat in seiner Bewerbung insbesondere die Ziele ökologischer Umbau der regionalen Wirtschaft, Unterstützung von Kreativität und Innovation im Mittelstand als Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung hervorgehoben und

eine entsprechende Strategie zur Umsetzung erarbeitet.

- Eine weitere europäische Auszeichnung erhielt das Land Brandenburg im Januar 2011. Die EU-Kommission hat das Land Brandenburg sowie Wales und Litauen als "Regions of Excellence" ausgezeichnet. Ausschlaggebend war für die Kommission, wie die Regionen das nachhaltige, innovative und integrierte Wachstum langfristig fördern. Ausgewählt wurden Regionen, deren Ansätze und Ergebnisse in besonderer Weise helfen, die Ziele der EU im Bereich Innovation und Forschung zu erreichen.

Zu den europapolitischen Schwerpunkten gehören die Ausgestaltung der europäischen Kohäsionspolitik sowie die Zusammenarbeit mit der Republik Polen:

- Der Einsatz der Europäischen Strukturfonds hat seit 1991 wesentlich zu den Erfolgen des Transformationsprozesses in Brandenburg, zur Modernisierung des Landes und zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb beigetragen. In der nächsten Förderperiode ab 2014 werden aber voraussichtlich erheblich weniger EU-Mittel zur Unterstützung der Regionalentwicklung zur Verfügung stehen, weil Brandenburg und andere europäische Regionen aus dem Ziel "Konvergenz" herausfallen werden. Deshalb setzt sich Brandenburg dafür ein, den Übergang hinsichtlich der Förderhöhe und den Förderbedingungen so zu gestalten, dass die bereits erzielten Erfolge in den betroffenen Regionen stabilisiert und deren Potenziale nachhaltig mobilisiert werden.

- Polen ist das wichtigste Partnerland Brandenburgs in der Europäischen Union. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Zusammenarbeit mit Polen von besonderer Bedeutung: So gehört Polen sowohl beim Export als auch beim Import seit Jahren zur Spitzengruppe der Außenhandelspartner Brandenburgs. Der wesentliche Baustein der politischen Zusammenarbeit ist die "Oder-Partnerschaft", die am 5. April 2011 den fünften Jahrestag ihrer Gründung beging. Ziel dieser

Kooperation ist es, einen leistungsfähigen Regionalverbund aufzubauen, um die Gebiete diesseits und jenseits von Oder und Neiße infrastrukturell enger zu vernetzen und sie zu einem kooperierenden, dynamischen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Darüber hinaus gibt es intensive Kontakte zu polnischen Verwaltungen und Regierungsstellen der Partnerwojewodschaften sowie Gespräche auf politischer Ebene.

Summary

Overall economic development in the State of Brandenburg was positive both for the year 2010 and during the first half of 2011. Brandenburg has succeeded in overcoming the consequences of the financial and economic crisis, and growth and employment are displaying an upwards trend. Economic surveys conducted within trade and industry and in the craft trades sector show that most companies are adopting a positive attitude.

- In 2010, GDP rose by 2.2 percent in real terms. This is in line with average economic growth in the East German federal states (including Berlin). Brandenburg is one of the few federal states which have managed to return to and exceed the level of real gross added value achieved prior to the crisis.
- Although exports fell sharply by 11.8 percent in 2009 as a result of the crisis, the economic upturn meant that they returned to growth in 2010. A new record export level of around €12.2 billion was achieved. This exceeded the

figure for the previous year by 13.9 percent. The most important export countries for Brandenburg were France followed by Poland and the United States.

- The development of Brandenburg's labour market was extremely pleasing during the years 2009/2010. 2009 had already seen a reduction in the number of persons unemployed, and this decrease continued into the year 2010. Unemployment rates remained below the levels experienced in the corresponding months of the previous year at all times. In 2010, the number of persons in employment in the State of Brandenburg rose for the fifth time in succession. Brandenburg achieved an increase of 1.0 percent in 2010, putting it in equal first place in Germany together with Berlin.
- In the most recent economic survey carried out by the Chambers of Industry and Commerce, 89 percent of companies polled stated that they evaluated their business situation to

be either good or satisfactory, and 84 percent of companies stated that they expected business development to be more favourable or at least to remain at the same level. The economic surveys conducted by the Chambers of Crafts and Trades reveal similar results.

Important economic policy adjustments have been put in place or prepared over the past 18 months. Strategies and concepts have been scrutinised, debated and developed further. The aim is to establish an innovative economic and business location policy which is aligned towards economic, ecological and social sustainability. The following elements form an important part of this process.

- Business development policy is being taken forwards under the motto of “Creating strength for the future by joining forces”. The plan is to put a more sectoral designation of priorities in place and to achieve a new level of quality by further developing the branch competence fields to form clusters. The Berlin-Brandenburg Joint Innovation Strategy (innoBB) is the driving force behind the clusters which extend across the two states. The “Healthcare”, “Energy Technology” and “Transport, Mobility and Logistics” clusters have already commenced work.
- The process of systematic further development of the “Energy Strategy 2020” was launched at the end of 2010. The main focus here is on the new four-cornered energy policy target of environmental and climate compatibility, cost-effectiveness, security of supply and social and regional acceptance. The aim is for the pro-

cess to be concluded by the end of 2011/start of 2012.

- The tourism concept for the period 2011 – 2015 is pursuing two fundamental objectives. These are to use tourism as a vehicle for delivering greater economic benefits and for enhancing the overall image of Brandenburg. The aim is to bring about a further increase in economic benefits via economically, ecologically and socially sustainable tourism development. In addition to this, greater consideration will be accorded to important cross-branch issues and challenges such as quality of tourism (the quality initiatives “Service Quality Germany” and “Brandenburg Hospitality” will act as particular engines here), demographic developments, the requirement for skilled workers, mobility and climate change.

Brandenburg’s economy and economic policy are also attracting attention at a European level.

- In February 2010, the European Committee of the Regions conferred the status of “European Entrepreneurial Region 2011” on the State of Brandenburg together with the Region of Murcia in Spain and County Kerry in Ireland. This award constitutes a high degree of recognition for Brandenburg and for all other winning regions. In its application, Brandenburg placed a particular emphasis on the aims of the ecological reconstruction of the regional economy, supporting creativity and innovation in the SME sector as key factors for successful economic development and also drew up an appropriate implementation strategy.

- The State of Brandenburg received a further European award in January 2011 when it joined Wales and Lithuania in being designated “Regions of Excellence” by the European Commission. In making this award, the key factor for the Commission was how the regions foster sustainable, innovative and integrated growth in the long term. It selected regions where approaches adopted and results achieved are of particular assistance in achieving the goals pursued by the EU in the field of innovation and research.

The main focuses of European policy include shaping European cohesion policy and cooperation with Poland.

- Since 1991, use of the European Structural Funds has had a major impact on the successful process of transformation in Brandenburg and has also contributed significantly towards modernising the state and strengthening its competitiveness on the global market. During the next funding period from 2014, however, the expectation is that considerably less EU financing will be available to support regional development because the aim of “Convergence” will no longer apply to Brandenburg and to other European

regions. For this reason, Brandenburg is lobbying for the transitional period to be structured in such a way with regard to amount of funding and conditions of funding so that successes already achieved in the relevant regions can be stabilised and the areas of potential in such regions mobilised in a sustainable manner.

- Poland is Brandenburg’s most important partner country in the European Union. Cooperation with Poland is of particular significance, especially with regard to economic development. Poland has belonged to the leading group of Brandenburg’s foreign trade partners for both export and import for a number of years. The main building block of policy cooperation is the “Oder Partnership”, which marked its fifth anniversary on 5 April 2011. The aim of this cooperation is to establish an effective regional consortium in order to create closer networking between areas on both sides of the Oder and the Neiße Rivers and to develop these districts into a cooperative and dynamic economic zone. In addition to this, extensive contacts with Polish local government authorities and with government offices of the partner voivodships are in place, and policy level discussions are taking place.

Podsumowanie

Bilans rozwoju gospodarczego w kraju związkowym Brandenburgia wypada ogólnie pozytywnie zarówno za rok 2010 jak i za pierwsze półrocze 2011 r. Udało się przezwyciężyć skutki kryzysu rynków finansowych i kryzysu gospodarczego, wzrost gospodarczy i zatrudnienie wykazują trend wzrostowy. Badania opinii przedsiębiorców na temat oczekiwanej koniunktury pokazują optymistyczne nastawienie większości przedsiębiorstw i zakładów rzemieślniczych:

- Produkt krajowy brutto wzrósł w 2010 roku realnie o +2,2 %, co odpowiada średniej wzrostu wszystkich nowych krajów związkowych (łącznie z Berlinem). Brandenburgia jest jednym z niewielu krajów związkowych (landów), które ponownie osiągnęły i przekroczyły poziom realnej wartości dodanej brutto (GVA) sprzed kryzysu.
- Po spowodowanym kryzysem silnym zmniejszeniu się eksportu w roku 2009 o – 11,8 % i następnie po ożywieniu koniunktury w 2010 r. eksport ponownie wzrósł. Osiągnął on rekordową wartość ok. 12,2 mld euro, co stanowi wzrost o +13,9 % w stosunku do roku poprzedniego. Najważniejszymi krajami docelowymi eksportu były Francja przed Polską i USA.
- Rozwój sytuacji na rynku pracy był w latach 2009 – 2010 w Brandenburgii bardzo pomyślny. Po tym jak liczba bezrobotnych zmalała już w 2009 r., tendencja ta utrzymała się również w roku 2010. Wskaźniki bezrobocia malały przy tym w każdym kolejnym miesiącu. Liczba zatrudnionych w Brandenburgii wzrosła w 2010 r. już piąty rok z rzędu. Osiągając wzrost w wysokości 1,0 % Brandenburgia zaję-

ła wspólnie z Berlinem pierwsze miejsce w Niemczech.

- W ramach badania przez Izby Przemysłowo-Handlowe opinii przedsiębiorców na temat oczekiwanej koniunktury 89 % firm oceniło swoją sytuację biznesową jako dobrą lub zadowalającą, a 84 % przedsiębiorców liczy na poprawę lub co najmniej utrzymanie się takiej samej sytuacji. Podobny wynik pokazują sondaże koniunktury prowadzone przez Izby Rzemiosła.

W polityce gospodarczej w ciągu ostatnich 18 miesięcy zostały podjęte lub przygotowane ważne decyzje kierunkowe. Toczy się proces weryfikacji, dyskusji i rozwoju strategii i koncepcji. Jego celem jest wypracowanie innowacyjnej nastawionej na ekonomiczne, ekologiczne i społeczne zrównoważenie polityki gospodarczej i lokalizacji inwestycji. Jest przy tym kilka istotnych elementów:

- Polityka wspierania rozwoju gospodarczego zostanie zaktualizowana pod hasłem “Silni dla przyszłości – koncentrować siły”. W ten sposób ma nastąpić mocniejsze określenie priorytetów, a poprzez przekształcenie dziedzin kompetencji branżowej w klastry osiągnięta ma zostać nowa jakość. Dla wspólnych klastrów berlińsko-brandenburskich siłą napędową ma stanowić Wspólna Strategia Innowacji Berlin-Brandenburgia (innoBB). Klastry “gospodarki zdrowotnej”, “inżynierii energetycznej” oraz “komunikacji, mobilności i logistyki” już podjęły działalność.
- Pod koniec 2010 r. rozpoczęto proces systematycznej aktualizacji “Strategii

energetycznej 2020”. Rdzeń stanowi czworobok celów polityki energetycznej obejmujący nieszkodliwość dla środowiska, nieszkodliwość dla klimatu, ekonomiczność i bezpieczeństwo zaopatrzenia w energię a także społeczna i regionalna akceptacja. Proces ten powinien zostać zakończony do końca 2011/początku 2012 r.

- Strategia rozwoju turystyki 2011 – 2015 dąży do dwóch podstawowych celów – wzrostu korzyści ekonomicznych oraz poprawy ogólnego wizerunku Brandenburgii poprzez turystykę. Korzyść ekonomiczna ma dalej rosnać dzięki ekonomicznie, ekologicznie i społecznie zrównoważonemu rozwojowi turystyki. Ponadto intensywniej uwzględniane są tematy przekrojowe oraz wyzwania jak np. jakość w turystyce (w szczególności poprzez inicjatywy na rzecz jakości “ServiceQualität Deutschland” [Niemiecka jakość obsługi] czy “Brandenburger Gastlichkeit” [Brandenburska gościnność]), demografia, zapotrzebowanie na wykwalifikowane kadry, mobilność i zmiany klimatyczne.

Brandenburska gospodarka i polityka gospodarcza są zauważane również na szczeblu europejskim:

- Brandenburgia została w lutym 2010 r. wspólnie z hiszpańskim regionem Murcia oraz irlandzkim hrabstwem Kerry odznaczona przez Komitet Regionów tytułem “Europejskiego Regionu Przedsiębiorczości 2011”. Wyróżnienie to jest wyrazem wysokiego uznania dla Brandenburgii i wszystkich regionów-laureatów. Brandenburgia podkreślała w swojej aplikacji w szczególności takie cele jak ekologiczna przebudowa regionalnej gospodarki, wspie-

ranie kreatywności i innowacji w małych i średnich przedsiębiorstwach jako czynniki pomyślnego rozwoju gospodarczego. Jednocześnie przedstawiono odpowiednią strategię wdrażania tych celów.

- Kolejne europejskie wyróżnienie Brandenburgia otrzymała w styczniu 2011 r. Komisja Europejska przyznała Brandenburgii, Walii i Litwie nagrodę “Regionów Doskonałości”. Kryterium było dla KE to, jak regiony długofalowo wspierają zrównoważony, innowacyjny i zintegrowany wzrost. Wybrane zostały regiony, których założenia i rezultaty w szczególny sposób pomagają w osiągnięciu celów Unii Europejskiej w dziedzinie innowacji i badań naukowych.

Do priorytetów w polityce europejskiej należą kształt europejskiej polityki spójności oraz współpraca z Rzeczpospolitą Polską:

- Wykorzystanie europejskich funduszy strukturalnych w istotny sposób przyczyniło się do osiągnięć procesu transformacji w Brandenburgii, do modernizacji kraju i wzmocnienia jego konkurencyjności w skali globalnej. W nowym okresie programowania od 2014 r. będzie dostępne prawdopodobnie znacznie mniej środków unijnych na wsparcie rozwoju regionalnego, ponieważ Brandenburgia i inne europejskie regiony nie będą już objęte celem “konwergencji”. W związku z tym Brandenburgia opowiada się za takim sformułowaniem europejskiej polityki, aby wysokość wsparcia i warunki udzielania wsparcia umożliwiały stabilizację już osiągniętych sukcesów w zainteresowanych regionach oraz trwałą mobilizację ich potencjałów.

- Polska jest najważniejszym krajem partnerskim dla Brandenburgii w Unii Europejskiej. Szczególnie w dziedzinie rozwoju gospodarczego współpraca z Polską ma wyjątkowe znaczenie – Polska od lat należy zarówno w zakresie eksportu jak i importu do najważniejszych partnerów gospodarczych Brandenburgii. Istotnym elementem współpracy politycznej jest “Partnerstwo Odry”, które 5 kwietnia 2011 r. obchodziło V rocznicę swego

powstania. Celem tej kooperacji jest stworzenie sprawnie działającego ugrupowania regionalnego, aby ściślej infrastrukturalnie powiązać obszary po obu stronach Odry i Nysy i rozwijać je jako kooperujący, dynamiczny obszar gospodarczy. Ponadto Brandenburgia utrzymuje intensywne kontakty z administracjami regionów partnerskich oraz rozmowy z przedstawicielami politycznymi.

B. Wirtschaftslage

1. Konjunkturelle Entwicklung

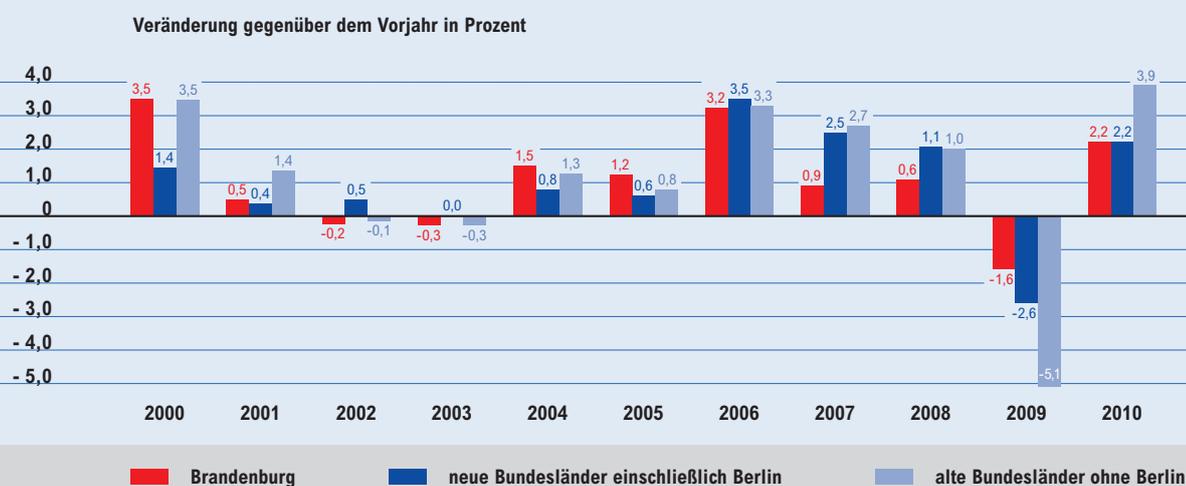
Nach dem massiven Einbruch des Wirtschaftswachstums im Jahr 2009 hat sich die deutsche Volkswirtschaft überraschend gut von den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 erholt. Dies gilt auch für die Wirtschaft des Landes Brandenburg, wobei der Aufschwung 2010 moderater ausfiel als in Deutschland insgesamt. Das Wachstum war in Deutschland im letzten Jahr stark industrie- und exportgetrieben. Davon profitierten wegen ihres hohen Industrieanteils und der höheren Exportquote insbesondere die alten Bundesländer (siehe Abbildung 1). Im Land Brandenburg wurde ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +2,2 Prozent erwirtschaftet. Dies entsprach dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin). Brandenburg ist dabei eines der wenigen Bundesländer, die das Vorkrisenniveau der realen Bruttowertschöpfung bereits wieder erreicht und übertroffen haben. Das Pro-Kopf-Einkommen lag bei 73 Pro-

zent des gesamtdeutschen Wertes. Bei der Arbeitsproduktivität ist die Konvergenz mit 81 Prozent des gesamtdeutschen Wertes bereits deutlich höher. Brandenburg erreichte beim Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen den höchsten Wert unter den ostdeutschen Flächenländern. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr war jedoch marginal, da das Arbeitsvolumen u. a. wegen des Rückganges der Kurzarbeit und des Anstieges der Zahl der Erwerbstätigen ungefähr genauso stark gestiegen ist, wie das nominale BIP.

Ausblick 2011

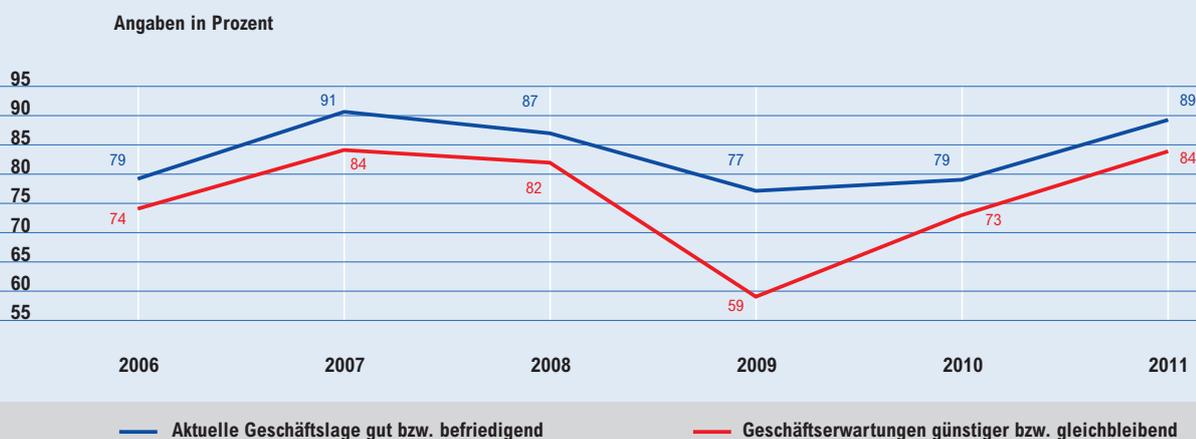
Die Konjunkturdaten, wie der Auftragseingang aber auch weitere Indikatoren wie die Produktionsauslastung und die Beschäftigungsentwicklung deuteten bereits zu Beginn des Jahres an, dass der Konjunkturaufschwung 2011 in Deutschland anhalten wird. Diese Erwartung wurde durch das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2011 bestätigt. Die deutsche Volkswirtschaft wuchs kalender- und preisbereinigt mit

Abbildung 1: Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Abbildung 2: Geschäftslage und Geschäftserwartungen im Land Brandenburg



Quelle: Konjunkturreport der Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg, Stand Februar 2011

+4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal, was dem höchsten Anstieg in einem ersten Quartal seit 20 Jahren entspricht.

Die Konjkturumfragen weisen auch Mitte des Jahres eine ausgesprochen positive Beurteilung der aktuellen Geschäftslage aus. Die Geschäftserwartungen liegen ebenfalls nach wie vor über dem mittelfristigen Durchschnitt. Allerdings wirken einige Risikofaktoren (z. B. die Schuldenkrise im Euro-Raum und die Haushaltskrise in den USA, die erhöhte Inflation oder die Ereignisse in Japan) leicht dämpfend auf die Geschäftserwartungen. Insgesamt erreichte der ifo-Geschäftsklimaindex im November 2010 den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung und blieb – mit nur geringen Abweichungen – in den folgenden Monaten auf diesem hohen Niveau.

Dem entsprechend wurden die Wachstumsprognosen für Deutschland im Laufe des Jahres deutlich nach oben angepasst und lagen im Juni 2011 zwischen +3,5 Prozent und +4,6 Prozent. Die Bundesregierung war in der Frühjahrsprojektion noch von +2,6 Prozent ausgegangen.

Generell wird die weitere Wirtschaftsentwicklung u. a. davon abhängen, wie sich die Weltwirtschaft entwickelt. Neben Impulsen von den Volkswirtschaften im asiatischen Raum spielen wegen der großen Bedeutung für die deutschen Exporte Entwicklungen in Europa eine besondere Rolle. Konjunkturrelevant wird sein, wie Effekte aus dem Auseinanderdriften der Konjunkturverläufe in den EU-Mitgliedsstaaten und die Risiken aus der öffentlichen Verschuldung in einigen EU-Ländern beherrscht werden. Unsicherheitsfaktoren sind ferner verbliebene Risiken auf den Finanzmärkten sowie die steigenden Rohstoff- und Energiepreise.

In Brandenburg deutet ebenfalls vieles auf eine Fortsetzung des Aufschwungs in 2011 hin. Im Rahmen der letzten Konjkturumfrage der Industrie- und Handelskammern gaben 89 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie ihre Geschäftslage als gut bzw. befriedigend einschätzen und 84 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer günstigeren oder zumindest gleichbleibenden Geschäftsentwicklung (siehe Abbildung 2). Ein ähnliches Ergebnis zeigen

die Konjunkturumfragen der Handwerkskammern (siehe Abschnitt Handwerk).

Die wirtschaftliche Dynamik im Land Brandenburg dürfte sich im Verlauf des Jahres 2011 aber etwas abschwächen. Die in Brandenburg stark vertretenen Vorleistungsgüterproduzenten laufen in ihrer Entwicklung der Konjunktur voraus, so dass Nachholeffekte bereits 2010 zum großen Teil erfolgt sein dürften. Hohe Zuwächse werden bei den Investitionsgüterproduzenten erwartet. Niedrige Zinsen und die gute Konjunkturlage schaffen ein günstiges Inves-

titionsklima. Die Bauwirtschaft profitiert weiter vom Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (siehe Kapitel C 2.7). Gleichzeitig könnte sich das Auslaufen der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II dämpfend auf die Bauwirtschaft auswirken. Das Niveau der Auftragseingänge lag 2010 – u. a. witterungsbedingt – unter dem Vorjahresniveau. Das Handwerk geht von einer insgesamt positiven Entwicklung im Jahr 2011 aus. In Handel und Tourismus wird eine stabile Entwicklung erwartet.

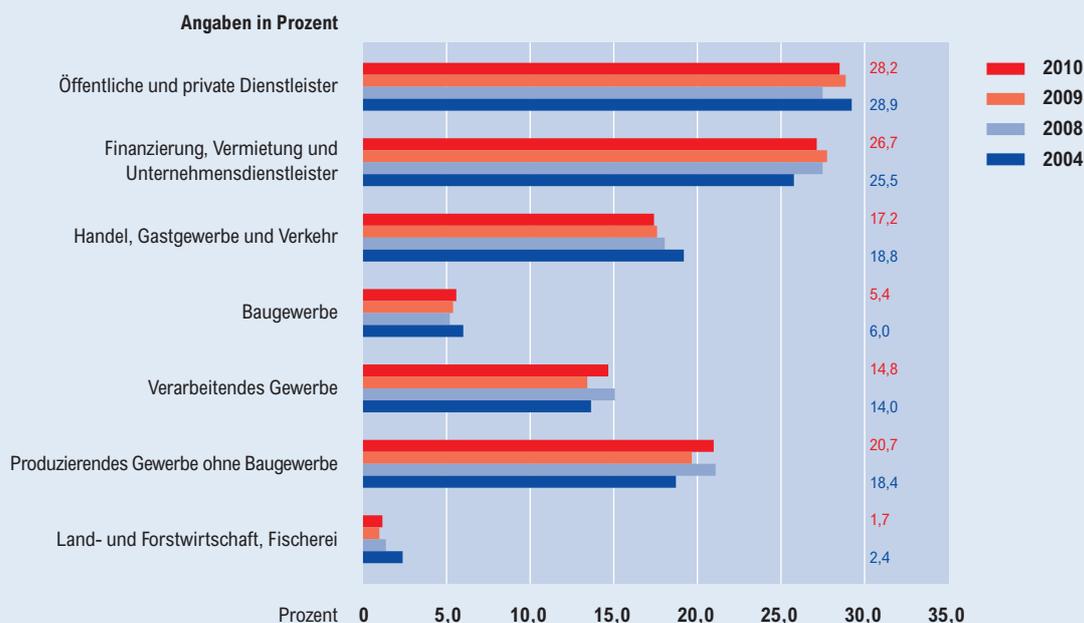
2. Wirtschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg

Strukturwandel

Die Wirtschaftsstruktur hat sich im Land Brandenburg in den letzten Jahren nur leicht

verändert. Über 70 Prozent der Bruttowertschöpfung entsteht in den Dienstleistungsbereichen und 20 Prozent im Produzierenden Gewerbe ohne Bau. Aufgrund der über-

Abbildung 3: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der nominalen Bruttowertschöpfung



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Ergebnisse der 1. Fortschreibung, März 2011. Eigene Berechnungen.

proportionalen Betroffenheit von der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung 2009 zurückgegangen, 2010 aber bereits wieder gestiegen (siehe Abbildung 3).

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes ist mit rund 15 Prozent nach wie vor niedriger als in Deutschland, wo dieser Anteil bei etwa 21 Prozent liegt.

Gleichwohl weist das Land Brandenburg vielfältige Stärken in den industriellen Wirtschaftsbereichen auf. Die Mehrzahl der

Branchenkompetenzfelder, die in den letzten Jahren bedarfsgerecht unterstützt wurden, sind schwerpunktmäßig industrielle Wirtschaftszweige. Industrierelevante Themen werden im Rahmen der Industriepolitik gezielt aufgegriffen. Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) arbeitet gegenwärtig an einem industriepolitischen **Leitbild** und einem operationalisierten **Aktionsplan "ProIndustrie" Brandenburg** (siehe Kapitel C 2.2).



Wie schätzen Sie die Entwicklung der brandenburgischen Wirtschaft im Jahr 2011 ein?

“Die gewerbliche Wirtschaft in Brandenburg ist in blendender Stimmung und guter Verfassung. Der Geschäftsklimaindex hat in den aktuellen Konjunkturumfragen der Kammern einen neuen Höchstwert erreicht, und es deuten sich weitere Vorwärtseentwicklungen an. Im Bundesländervergleich der Zeitschrift “Wirtschaftswoche” nimmt Brandenburg im Dynamikranking den ersten und in der Gesamtwertung nach Hamburg und Bayern den dritten Platz ein. Gerade das Dynamikranking zeigt, dass Brandenburg in den vergangenen Monaten den deutlichsten Aufschwung hinlegen konnte. Nun gilt es, den Schwung zu nutzen und insbesondere neue Technologien und Innovationen sowie den Ausbau internationaler Wirtschaftskontakte zur Exportsteigerung zügig voranzutreiben.”

Dr.-Ing. Victor Stimming, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg und Präsident der Industrie- und Handelskammer Potsdam

Wie wird sich das brandenburgische Handwerk Ihrer Meinung nach im Jahr 2011 entwickeln?

“87 Prozent der brandenburgischen Handwerksbetriebe sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden. Das ergab eine aktuelle Umfrage der drei Handwerkskammern des Landes im Sommer 2011. Der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen der Geschäftsergebnisse liegt mit 19 Punkten im Plus. Im Vergleich zur Vorjahresmitte ist das eine Verbesserung von 11 Punkten, so dass man von einem stabilen konjunkturellen Aufwärtstrend sprechen kann, zumal aus den Prognosen der Handwerksbetriebe ebenfalls mehr Zuversicht als vor einem Jahr erkennbar ist. 82 Prozent rechnen damit, dass sich ihre wirtschaftliche Lage auch weiterhin positiv entwickeln wird. Ein positives Zeichen setzt das Handwerk auch in punkto Beschäftigung; die Mitarbeiterzahlen bleiben konstant, die Bestandssicherung steht im Vordergrund.”

Bernd Ebert, Präsident des Brandenburgischen Handwerkskammertages und Präsident der Handwerkskammer Potsdam

Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Industrie

Nach dem starken Umsatzrückgang in der Industrie¹⁾ im Jahr 2009 um -9,8 Prozent stabilisierte sich die **Umsatzentwicklung** im Land Brandenburg rasch. 2010 konnten die Industrieunternehmen +13,0 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen umsetzen. Damit war das Wachstum der Industrieumsätze zwar höher als der Durchschnitt der neuen Bundesländer (+11,8 Prozent), aber niedriger als der gesamtdeutsche Durchschnitt (+14,6 Prozent). Besonders hohe Umsatzgewinne verzeichneten die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Geräten, die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen, der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen.

Das Verarbeitende Gewerbe startet in das Jahr 2011 mit Umsatzzuwächsen um +16,7 Prozent. Insbesondere das Auslandsgeschäft wuchs in den ersten vier Monaten (+28,3 Prozent).

Die Entwicklung des Auslandsumsatzes im Land Brandenburg wies 2010 mit einem Zuwachs von +23,7 Prozent eine höhere Dynamik auf als in Deutschland (+19,8 Prozent) bzw. in den neuen Bundesländern (+15,0 Prozent). Die Exportquote ist mit 27,2 Prozent gleichwohl eine der niedrigsten unter den Bundesländern. Die gesamtdeutsche Exportquote beträgt rund 46 Prozent, die ostdeutsche 34 Prozent.

Das **Beschäftigungsniveau** in der Industrie konnte in den Jahren 2009 und 2010 gehalten werden. Der konstanten Beschäftigung im Land Brandenburg (+0,2 Prozent) stand auf Bundesebene in beiden Jahren ein Rückgang gegenüber (2010 von -2,4 Prozent). Im Land Brandenburg wurden insbesondere bei den Herstellern von DV-Geräten, elektronischen und optischen Geräten, im Sonstigen Fahrzeugbau und bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln mehr Arbeitskräfte eingesetzt. Einen Beschäftigungsrückgang weisen beispielsweise die Hersteller von chemischen Erzeugnissen und die Maschinenbauer auf. Zu Beginn des Jahres 2011 (Januar bis April) waren deutlich mehr Personen tätig als noch im Vorjahr (+7,4 Prozent).

Die **Auftragslage** hatte sich im Verarbeitenden Gewerbe während der Wirtschaftskrise stark verschlechtert, aber bereits Ende 2009 zogen die Aufträge wieder an. 2010 wuchsen die Auftragseingänge um +10,8 Prozent, darunter ein Plus von +29,2 Prozent aus dem Ausland und von +4,5 Prozent aus dem Inland. In der Mehrzahl der Branchen verlief das Ordergeschäft positiv: Insbesondere die Vorleistungsgüterproduzenten erhielten mehr Aufträge. Es gab allerdings auch Wirtschaftsbereiche wie die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, die einen Auftragsrückgang verzeichneten. Die Entwicklung der Auftragslage verlief auch in den ersten vier Monaten 2011 positiv. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von +20,9 Prozent basierte dabei fast ausschließlich auf neuen Aufträgen aus dem Ausland (+72,2 Prozent).

Bauwirtschaft

Das von der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise initiierte Kom-

1) Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten, Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden

munale Zukunftsinvestitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpakets II hat in den Krisenjahren zur Stabilisierung der Bauwirtschaft beigetragen. Bis April 2011 waren im Land Brandenburg bereits 75 Prozent der aus dem Konjunkturpaket zur Verfügung stehenden 457 Mio. Euro für konkrete Vorhaben ausgezahlt. Neben Maßnahmen zur energetischen Sanierung wurden Baumaßnahmen mit wirtschaftlicher Relevanz durchgeführt, darunter Ausbaumaßnahmen an Hafenanlagen oder Sanierungsmaßnahmen auf Brachflächen.

Die positive **Umsatzentwicklung** im Bauhauptgewerbe im Jahr 2009 mit einem Umsatzplus von +4,3 Prozent setzte sich 2010 jedoch nicht fort. Die Witterungsbedingungen Anfang und Ende des Jahres führten zu deutlichen Umsatzeinbußen, die im Jahresdurchschnitt nicht ausgeglichen werden konnten. Kumuliert ergab sich ein Rückgang des Gesamtumsatzes von -7,6 Prozent. Besonders hoch waren die Rückgänge im Wohnungsbau (-14,6 Prozent). Der Umsatz im Ausbaugewerbe war dagegen 2010 wesentlich höher als im Vorjahr (+18,9 Prozent).

Die **Beschäftigung** ging im Bauhauptgewerbe 2009 im Vorjahresvergleich um -0,4 Prozent zurück. Der leichte Beschäftigungsrückgang hielt auch 2010 an (-0,2 Prozent). Im Ausbaugewerbe war die Beschäftigung 2009 ebenfalls geringer als im Vorjahr (-1,4 Prozent). 2010 stieg die Beschäftigung dank der guten Umsatzentwicklung stark an (+10,4 Prozent). Korrespondierend mit der soliden Umsatzentwicklung setzte sich der Beschäftigungsanstieg in den ersten Monaten des Jahres 2011 fort.

Die **Auftragslage** im Bauhauptgewerbe hatte sich gegen Ende des Jahres 2009 stabilisiert. Die Unternehmen erhielten gleichwohl -2,2 Prozent weniger Aufträge

als noch im Jahr davor. Anfang des Jahres 2010 ist der Auftragseingang witterungsbedingt geradezu eingebrochen. Insgesamt verbleibt 2010 ein Auftragsrückgang um -6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Während im Hochbau +8,8 Prozent mehr Aufträge eingingen, waren es im Tiefbau -14,8 Prozent. Die Zunahme des Auftragsvolumens zu Beginn des Jahres 2011 deutet auf eine positive Entwicklung im Bauhauptgewerbe auch für den Rest des Jahres hin.

Bei den Genehmigungen von Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau wurde 2010 mit einer Zunahme um +2,5 Prozent erstmals seit 2006 wieder ein Anstieg verzeichnet.

Handel

Der Einzelhandel im Land Brandenburg konnte 2010 vom konjunkturellen Aufschwung nur partiell profitieren. Betrachtet man die Indexwerte und deren Veränderung²⁾, so sind die preisbereinigten Umsätze im Durchschnitt des Jahres 2010 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2009 leicht um +0,7 Prozent gestiegen. In den ersten Monaten 2011 war die Umsatzdynamik im Einzelhandel verhalten positiv. Der private Verbrauch bleibt somit trotz positiver Impulse, z. B. vom Arbeitsmarkt, schwach. Ob sich daran in Zukunft etwas ändert, wird maßgeblich von der weiteren Entwicklung der verfügbaren Einkommen und der Inflation abhängen.

2) Aussagen über die Entwicklung des Einzelhandels (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) in Brandenburg im Jahr 2010 – im Vergleich zum Jahr 2009 – basieren ab dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einer veränderten Stichprobe (jährliche Rotation der meldenden Unternehmen). Durch diese Rotation wird der Aufwand für einzelne Unternehmen verringert und die Repräsentativität der Stichprobe gewahrt. Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 250.000 Euro werden von der amtlichen Statistik überhaupt nicht erfasst, was bei der kleinteiligen Unternehmensstruktur in Brandenburg die Aussagefähigkeit der Daten stark einschränken dürfte.

Die Beschäftigung schrumpfte 2010 gegenüber 2009 um -0,8 Prozent. Von dem Rückgang überdurchschnittlich betroffen war die Teilzeitbeschäftigung.

In den Monaten Januar bis April 2011 verlief die Entwicklung im Einzelhandel verhalten. Der Umsatz erhöhte sich leicht um +0,7 Prozent, die Zahl der Beschäftigten um +0,9 Prozent.

Tourismus/Gastgewerbe

Von den negativen Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2009 das Gesamtergebnis stagnieren ließ, war im Jahr 2010 nichts mehr zu spüren. Es wurden insgesamt 3,9 Mio. Gästeankünfte (+4,8 Prozent) und 10,7 Mio. Übernachtungen (+4,3 Prozent) registriert. Die Übernachtungszahl hat sich damit in den letzten fünf Jahren um rund ein Viertel erhöht. Die meisten Touristen kamen aus dem Inland, knapp 9 Prozent waren ausländische Gäste. Besonders für Gäste aus dem Ausland hat Brandenburg an Attraktivität gewonnen. Gästeankünfte in diesem Segment erzielten eine Wachstumsrate von +9,9 Prozent, die Übernachtungen stiegen sogar um +13,8 Prozent.

Im Beherbergungsgewerbe wurde 2010 gleichwohl nur ein marginal höherer realer Umsatz erzielt (+0,1 Prozent). In der Gastronomie ging der Umsatz zurück (-2,3 Prozent). Während die Catererumsätze deutlich stiegen (+8,4 Prozent), sanken die Umsätze in Restaurants, Gaststätten, Cafés etc. um fast -5 Prozent.

Der positive Beschäftigungstrend aus dem Vorjahr setzte sich 2010 nicht fort. Insgesamt waren -2,3 Prozent weniger Beschäftigte im Gastgewerbe tätig. Insbesondere im Beherbergungsgewerbe wurde Perso-

nal abgebaut (-3,0 Prozent). Der Rückgang betraf vor allem Teilzeitbeschäftigte. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Gastgewerbe blieb nahezu konstant. Anfang 2011 waren sowohl die Umsatz- als auch die Beschäftigungsentwicklung leicht rückläufig.

Zur Unterstützung der Entwicklung des Tourismus im Land Brandenburg hat das MWE die bisherige Tourismuskonzeption überarbeitet. Die Tourismuskonzeption 2011 – 2015 soll die Leistungsfähigkeit der Tourismuswirtschaft erhöhen, z.B. durch Impulse im Bereich Qualitätssicherung (siehe Kapitel C 2.4).

Handwerk

Die Konjunkturumfragen der brandenburgischen Handwerkskammern (HWK) für das erste Halbjahr 2011 (HWK Frankfurt (Oder) sowie Cottbus) bzw. für das erste Quartal 2011 (HWK Potsdam) lassen – bei allen regionalen und gewerkspezifischen Unterschieden – eine klare Tendenz erkennen: Das Handwerk hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise insgesamt gut überstanden und beurteilt seine Gesamtlage sowie die Aussichten für die nächsten Monate positiv. Erneut hat sich das Handwerk damit als stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg erwiesen. Die wichtigsten Indikatoren wie Geschäftslage und Beschäftigungsentwicklung zeigen Folgendes:

- Im Kammerbezirk Frankfurt (Oder) erreichte der Anteil der Betriebe, die ihre aktuelle **Geschäftslage** mit "gut" oder "befriedigend" bewerten, mit rd. 78 Prozent einen neuen saisonalen Höchstwert, im Kammerbezirk Cottbus wurde mit 91 Prozent der beste Wert der letzten fünf Jahre erzielt und

der Kammerbezirk Potsdam meldete, dass eine ähnlich gute Beurteilung der Geschäftslage zuletzt im Frühjahr 1995 erreicht wurde.

- Die **Auftragslage** war jahreszeitlich bedingt rückläufig, aber durchweg besser als im Vergleichszeitraum der Vorjahre.
- Die **Beschäftigungsentwicklung** war in allen drei Kammerbezirken insgesamt stabil. Viele Handwerksbetriebe versuchten im Bemühen um die Bindung von Fachkräften auch in Krisenzeiten Entlassungen zu vermeiden.
- Die **Umsatzentwicklung** verlief im Kammerbezirk Potsdam mit Ausnahme der Gesundheitsgewerke und der personenbezogenen Dienstleister insgesamt positiv. Im Bereich der HWK Frankfurt (Oder) entwickelten sich die Umsätze – saisonal bedingt – überwiegend rückläufig. Für das kommende Quartal rechnet jedoch jeder vierte Betrieb mit Umsatzsteigerungen. Im Kammerbezirk Cottbus sind gegenüber dem Frühjahr 2010 klare Erholungstendenzen zu verzeichnen.
- Die **Investitionsaktivitäten** der Handwerksbetriebe lassen – bei graduellen Unterschieden – in allen drei Kammerbezirken trotz besserer Konjunktur- und Geschäftsaussichten noch Zurückhaltung erkennen. Es werden zumeist Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Das brandenburgische Handwerk verfügt per 31. März 2011 über 39.889 Betriebe, was im Vergleich zum Vorjahr einem Zuwachs von +1,3 Prozent bzw. 519 Betrieben entspricht. Damit hat sich die Dynamik im Handwerk in den letzten Jahren zwi-

schen 1 und 2 Prozent eingependelt. Das Wachstum des Betriebsbestandes wurde dabei erneut von den zulassungsfreien Handwerken bestimmt. Die Betriebszahlen in diesem Bereich sind um 367 Betriebe, d.h. um ca. +4,4 Prozent auf einen Gesamtbestand von 8.752 Betrieben angestiegen. Diese Betriebe sind somit für 71 Prozent des gesamten Betriebszuwachses im Handwerk des Landes verantwortlich. In den zulassungspflichtigen Handwerken ist der Betriebsbestand um 89 Betriebe bzw. +0,4 Prozent angestiegen. Der Gesamtbestand beträgt in diesem Bereich nunmehr 22.834 Betriebe. Im handwerkähnlichen Gewerbe beträgt der Zuwachs ebenfalls +0,4 Prozent. Die Anzahl der Betriebe ist um 34 auf 8.215 Betriebe gestiegen.

Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

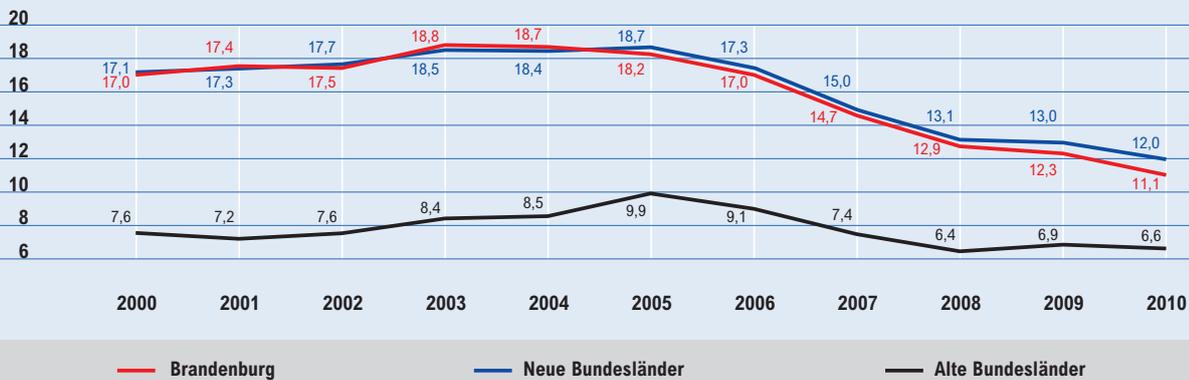
Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Land Brandenburg verlief in den Jahren 2009/2010 ausgesprochen positiv. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank 2009 trotz Krise weiter. Auch 2010 setzte sich der Rückgang fort und die Arbeitslosenquoten³⁾ waren stets niedriger als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote nach 12,3 Prozent im Vorjahr 2010 bei 11,1 Prozent (siehe Abbildung 4). Das war der zweitniedrigste Wert unter den neuen Bundesländern. Der Abstand zwischen der Arbeitslosenquote in Brandenburg und in Deutschland verringert sich damit auf 3,4 Prozentpunkte, 2009 betrug er noch 4,1 Prozentpunkte.

Die Arbeitslosigkeit ist bei regional differenzierter Betrachtung nach wie vor sehr

3) Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Abbildung 4: Arbeitslosenquote

Angaben in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

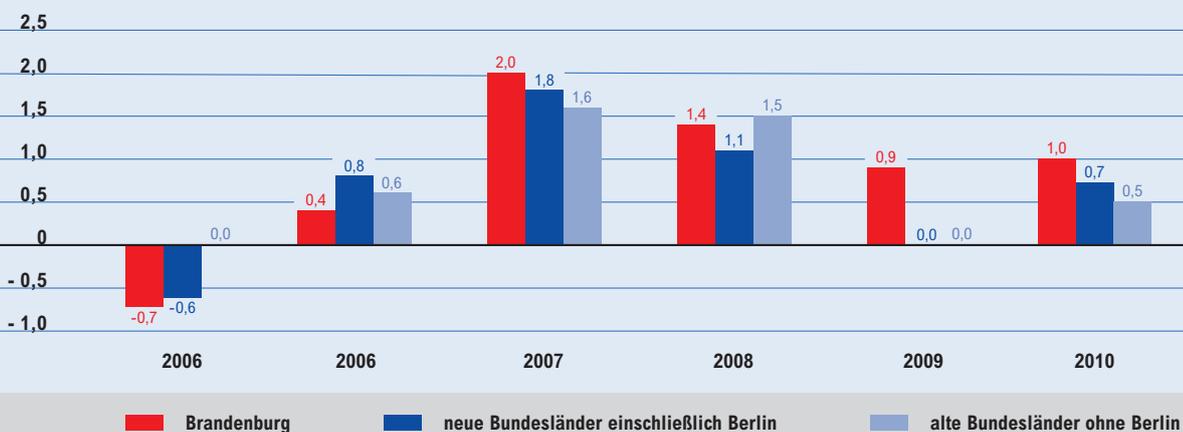
unterschiedlich ausgeprägt. Während der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit einer Quote von 7,5 Prozent 2010 bereits unter dem Bundesdurchschnitt lag, war die Arbeitslosenquote im Landkreis Uckermark mit 16,7 Prozent mehr als doppelt so hoch (siehe Abbildung 6).

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich auch im ersten Halbjahr 2011 fort. Im

Juni 2011 betrug die Arbeitslosenquote im Land Brandenburg nur noch 10,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Land Brandenburg im Jahr 2010 zum fünften Mal in Folge gestiegen (siehe Abbildung 5). Bereits 2009 lag die Entwicklung der Erwerbstätigkeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Mit einem Anstieg um +1,0 Prozent teilte sich Brandenburg 2010 mit Berlin deutschlandweit Platz 1. Der stärk-

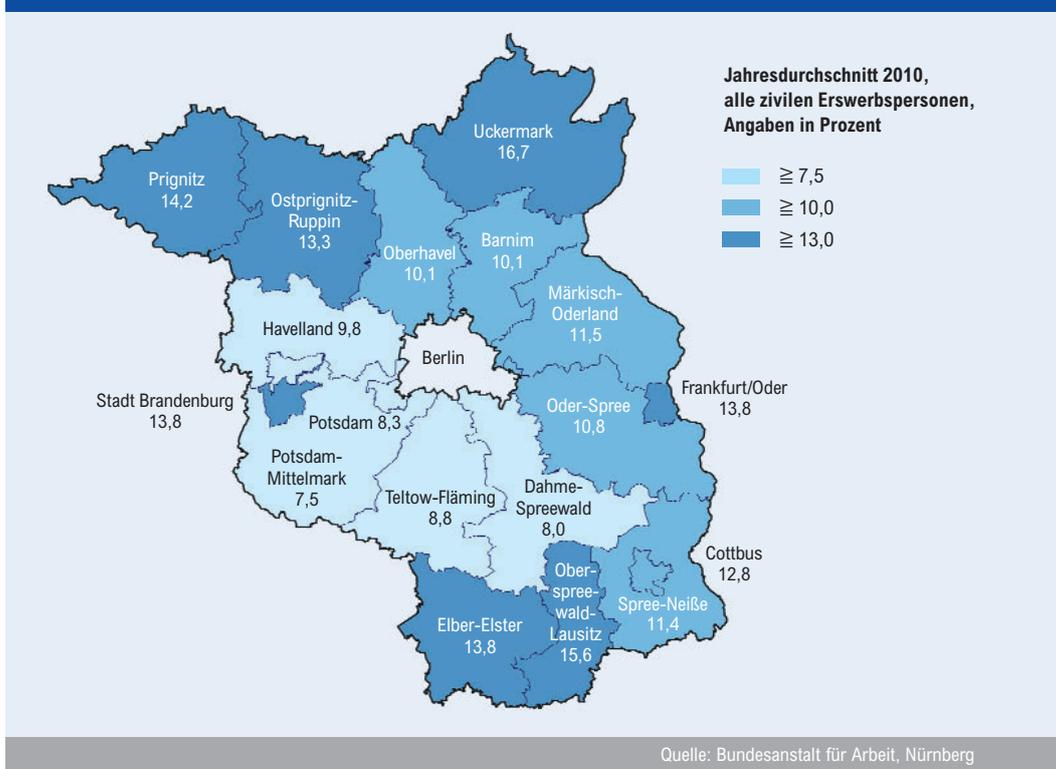
Abbildung 5: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Abbildung 6: Arbeitslosenquoten in den Landkreisen und kreisfreien Städten



ste Beschäftigungsanstieg ist mit +3,6 Prozent im Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen zu verzeichnen, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Erwerbstätigkeit (+0,7 Prozent). Hier war in Deutschland ein Rückgang zu verzeichnen (-1,7 Prozent).

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit resultierte 2010 ausgewogen aus einem Wachstum der Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, der Arbeitnehmer als auch der marginal Beschäftigten⁴⁾. Der Anteil marginaler Beschäftigungsverhältnisse an der Gesamtheit der Erwerbstätigen liegt bei 13 Prozent und damit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 14,5 Prozent. Die Selbstständigen-

quote in Brandenburg beträgt 12,3 Prozent.

Im ersten Quartal 2011 verlangsamte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg (+0,3%).

Außenhandel

Nach dem krisenbedingt starken Rückgang der Ausfuhren im Jahr 2009 um -11,8 Prozent zogen die Ausfuhren 2010 dank der Belebung der Konjunktur wieder an. Mit der Ausfuhr von Waren im Wert von rund 12,2 Mrd. Euro wurde ein neuer Höchststand erreicht und der Vorjahreswert um +13,9 Prozent übertroffen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Export von Luftfahrzeugen und pharmazeutischen Erzeugnissen. Sehr hohe positive Veränderungsrate wiesen 2010 die Bereiche "Elektronische Bauteile", "Lastkraftwagen

4) Zu den marginal Beschäftigten zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sogenannte "1-Euro-Jobs").

und Spezialfahrzeuge“ und “Kunststoffe” auf. Wichtigstes Exportland für Brandenburg war 2010 Frankreich vor Polen und den Vereinigten Staaten.

Im ersten Quartal 2011 konnten +18 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen exportiert werden als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Obwohl das Ausfuhrvolumen seit 2005 fast verdoppelt werden konnte, ist die Exportquote (Anteil der Ausfuhren am nominalen BIP) im Land Brandenburg mit rund 22 Prozent im gesamtdeutschen Vergleich (38,4 Prozent) nach wie vor unterdurchschnittlich. Das Wirtschaftsministerium bietet da-

her vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung der Auslandsgeschäfte von Unternehmen an (siehe Kapitel C 2.10).

Die Einfuhren sanken 2009 mit -17,6 Prozent wesentlich stärker als die Ausfuhren. Dem entsprechend fiel der Aufholprozess 2010 sehr kräftig aus. Dank eines Anstieges um +25,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erreichten die Einfuhren einen neuen Spitzenwert von 14,5 Mrd. Euro. Der Zuwachs ging maßgeblich auf höhere Importe aus Europa und Asien zurück. Wichtigste Importgüter sind Erdöl und Erdgas sowie Luftfahrzeuge. Von Januar bis März 2011 stiegen die Importe weiter um +27 Prozent.

1. Wirtschaftspolitische Strategie: Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln

1.1 Ziele, Herausforderungen und Grundsätze der Wirtschaftspolitik

Ziele

Ziel der wirtschaftspolitischen Strategie ist die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung im Land Brandenburg. Basis hierfür sind leistungsstarke Unternehmen. Wettbewerbsfähig sind Unternehmen, die über eine hohe Innovationskraft verfügen, die sowohl auf dem nationalen Markt als auch international gut aufgestellt sind, die ihren Beitrag zu Klima- und Umweltschutz leisten und hinsichtlich Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen gute Arbeitgeber sind.

Seitens der Wirtschaftspolitik erhalten die Unternehmen vielfältige Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Neben der klassischen Wirtschaftsförderung (siehe Kapitel C 2) spielen hierbei eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen für Unternehmen eine wichtige Rolle (siehe Kapitel C 3).

Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist, dass das Land Brandenburg in den nächsten Jahren ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt und sich als solcher den neuen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt. Ein für Investoren interessanter Standort zeichnet sich u. a. durch eine gut ausgebaute Infrastruktur (z.B. Gewerbe- und Büroflächen, Breitbandversorgung, Verkehrsverbindungen) aus. Der Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg bringt wichtige Vorteile für die Region als Wirtschaftsstandort (siehe Kapitel C 2.7). Entscheidend sind ferner günstige Kostenstruk-

turen, das Vorhandensein (hoch-) qualifizierter Arbeitskräfte und eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur.

Spezifische Ziele hat sich Brandenburg als **“Europäische Unternehmerregion 2011”** (siehe Kapitel D 3) in der Politik für kleine und mittlere Unternehmen gesetzt. Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung sind hierbei der ökologische Umbau der regionalen Wirtschaft sowie die Unterstützung von Kreativität und Innovation im Mittelstand. Außerdem soll die Bedeutung von KMU für die Entwicklung des Landes noch stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Herausforderungen

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftspolitik werden in den nächsten Jahren nicht einfacher. Eine der Restriktionen für die Wirtschaftspolitik ist die zunehmende Verknappung der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Der Rückgang der Fördermittel resultiert aus der degressiven Ausgestaltung des Solidarpaktes II Korb 2 und der bereits spürbaren Verringerung der EU-Strukturfondsmittel, die in der neuen EU-Strukturfondsperiode ab 2014 weiter sinken werden. Hinzu kommen die Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Haushalten, die zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderlich sind. Der Konsolidierungsbedarf hat sich durch die expansive Fiskalpolitik im Zuge der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zusätzlich verstärkt. Gleichwohl kommt der Bereitstellung von Landesmitteln zur Kofinanzierung der EU- und Bundesmittel für die Wirtschaftsförderung eine große Bedeutung zu, denn eine solide Wirtschafts-

entwicklung ist auch die Grundlage für künftige Steuereinnahmen.

In den letzten Jahren wurde im Land Brandenburg bereits eine **Neuorientierung im Energiebereich** vorgenommen. Die Bedeutung der regenerativen Energien ist stark gestiegen. Dieser Prozess wird sich aufgrund des jüngst beschlossenen Ausstieges aus der Atomenergie beschleunigen und muss auch wirtschaftspolitisch begleitet werden.

Eine dritte Herausforderung ist die **Deckung des Fachkräftebedarfes** angesichts der demografischen Entwicklung.

Wirksame Konzepte sind notwendig, um mit weniger Fördermitteln bestmögliche Unterstützung für Unternehmen zu bieten, Standortmarketing zu betreiben und die ökologischen und sozialen Herausforderungen zu meistern. Das Engagement der Akteure vor Ort spielt dabei eine wichtige Rolle.

Grundsätze der wirtschaftspolitischen Strategie

Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) verfolgt eine wirtschaftspolitische Strategie, welche die Erreichung der gesetzten Ziele bestmöglich unterstützt und das Land Brandenburg optimal auf die anstehenden Herausforderungen vorbereitet. Im Vordergrund steht eine innovative, auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschafts- und Standortpolitik, die partizipative Elemente beinhaltet.

Innovative Wirtschaftspolitik

Innovationen sind nicht nur ein wichtiger Wachstums- und Wettbewerbsfaktor für Unternehmen, sondern erhöhen auch die

Effizienz der Wirtschaftsförderpolitik. Neue Herausforderungen und veränderte Rahmenbedingungen bedürfen entsprechend angepasster Konzepte und Instrumente.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet der Rückgang der Fördermittel, dass noch stärker **Prioritäten** gesetzt werden müssen. Sowohl die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik des MWE als auch die Unterstützung der Regionalen Wachstumskerne (RWK) unter der Federführung der Staatskanzlei und unter aktiver Beteiligung aller Ressorts der Landesregierung tragen dem Rechnung.

Ein entscheidender Orientierungspunkt für wirtschaftspolitische Maßnahmen ist der **Bedarf der Unternehmen**. Bedarfsgerecht werden neue Wege in der Innovations- und Technologieförderung beschritten. Beispielsweise wurde Anfang 2010 der "Innovationsgutschein" eingeführt (siehe Kapitel C 2.1), der von den Unternehmen sehr gut angenommen wird.

Im Zuge der neuen Regeln für die Eigenkapitalstandards der Banken ab 2013 (Basel III), werden voraussichtlich insbesondere KMU höhere Anforderungen für eine Kreditvergabe erfüllen müssen. Deshalb gewinnen Programme zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und zur Erhöhung der Bonität von KMU an Bedeutung. Dazu gibt es im Bereich der Unternehmensfinanzierung neue Angebote. Ergänzend zu den Zuschüssen sollen mit alternativen Finanzierungselementen, z.B. der Vergabe von Darlehen oder Beteiligungen über revolvingierende Fonds, zusätzliche Handlungsspielräume erschlossen werden. 2010 wurden mit dem Brandenburg-Kredit Mezzanine und dem Frühphasenfonds bereits zwei **neue Finanzierungsinstrumente** eingeführt. Neuerungen gibt es auch in organisatorischer Hinsicht. So wurde mit der

Schaffung des Bereichs “**Beteiligungsmanagement**” das Beteiligungsangebot des Landes Brandenburg bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) konzentriert.

Als innovativ erweist sich die Wirtschaftspolitik auch im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg. Nachdem die Förderung der beiden Bundesländer bereits weitestgehend angeglichen wurde, gibt es jetzt eine einheitliche Strategie für Berlin und Brandenburg. Eine derartige länderübergreifende Kooperation ist in Deutschland bislang einmalig (siehe Kapitel C 2.1).

Ökologisch orientierte, nachhaltige Wirtschaftspolitik

Ein wichtiger Schwerpunkt in der neuen Legislaturperiode ist die Nutzung von Potenzialen, die sich aus der **Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz** ergeben. Dies gilt einerseits für die öffentliche Hand selbst. Bei vielen öffentlichen Gebäuden können nach wie vor beachtliche Kosteneinsparungen durch energiesparende Investitionen erzielt werden. Aber auch Unternehmen können ihre kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit z. B. durch energetische Sanierung, Energie-Contracting und den Einsatz sparsamer Produktionstechnologien sowie die Optimierung des Materialeinsatzes verbessern. Daraus ergibt sich gleichzeitig ein **Beitrag zum Klima- und Umweltschutz**. Zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützen die Unternehmen bei ihren diesbezüglichen Aktivitäten. Beispielsweise bietet die ZAB gezielt Energieberatung für Unternehmen an. Über das Programm RENplus können Investitionen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz gefördert werden (siehe Kapitel C 2.3). Ergänzend können Finanzierungshilfen, z. B. von der Kreditanstalt für Wie-

deraufbau (KfW) in Anspruch genommen werden.

Chancen ergeben sich in diesem Bereich ferner für Unternehmen, die Technologien und Produkte zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln. Ökologisch orientierte Produkt- und Prozessinnovationen werden auch wirtschaftspolitisch gefördert. So gibt es im Bereich **Elektromobilität** verschiedene Bundesprogramme⁵⁾ und neu ab Mai 2011 das “Regierungsprogramm Elektromobilität”, an denen auch brandenburgische Unternehmen partizipieren können.

Eine große Rolle spielen in Brandenburg **regenerative Energien**. In diesem Bereich erfolgt im Land Brandenburg eine hohe Wertschöpfung verbunden mit einer großen Zahl an Arbeitsplätzen. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung leistet die Erhöhung des Anteils der regenerativen Energieerzeugung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das Land Brandenburg ist dafür 2010 erneut mit dem **Leitstern der Agentur für Erneuerbare Energien** ausgezeichnet worden. Mit der **Energiestrategie 2020** soll die bisher erfolgreiche Energiepolitik konzeptionell fortgeschrieben werden (siehe Kapitel C 2.3). Die ZAB hat sich zu einer umfassenden **Energie Agentur** des Landes entwickelt. Zu Ihren Aufgaben gehören die Mitwirkung an der Umsetzung der Energiestrategie, die Beratung zum RENplus-Programm und seit 2011 das Management des Clusters Energietechnik. Für das branchenübergreifende Zukunftsthema Clean Tech hat die ZAB eine eigene Task Force eingerichtet, um

5) Dazu zählt das “Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie” (NIP) mit einer Laufzeit von 2007 bis 2016 sowie das batterieelektrische Schwerpunktprogramm »Elektromobilität in Modellregionen« mit den Mitteln und der Laufzeit des Konjunkturpakets II von 2009 bis 2011.

die Technologieführerschaft der Unternehmen im Land auf dem Gebiet der sauberen Technologien auszubauen.

Nachhaltigkeit wird in der Wirtschaftspolitik des MWE auch unter sozialen Aspekten berücksichtigt. So wird die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei der Wirtschaftsförderung besonders honoriert. Auch im neuen Vergabegesetz (siehe Kapitel C 3.1) findet sich eine soziale Komponente. Bei öffentlichen Aufträgen gilt künftig die Pflicht zur Zahlung von bestimmten Mindestarbeitsentgelten.

Alle Aspekte der Nachhaltigkeit sollen künftig im Land Brandenburg in einer **Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung** gebündelt werden.

Partizipative Wirtschaftspolitik

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bedarf des engen Austausches und Kontaktes mit allen Wirtschaftsakteuren und Intermediären. Informations- und Kommunikationsangebote fördern das persönliche Engagement und zeigen Möglichkeiten auf, wie jeder Einzelne sich aktiv beteiligen und seine Ideen einbringen kann.

In besonderer Weise wird der Dialog mit der Öffentlichkeit im Land Brandenburg im Bereich der **Energiepolitik** praktiziert. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Energiestrategie 2020 (siehe Kapitel C 2.3) wird das energiepolitische Dreieck, bestehend aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit um eine vierte Komponente ergänzt – die gesellschaftliche und regionale Akzeptanz.

Durch den Dialog mit Bürgern, Unternehmen und Institutionen soll die Akzeptanz für energiepolitische Maßnahmen und Projekte erhöht werden. Beispielsweise führt Minister Christoffers auf seiner **Ener-**

gietour 2011 Gespräche mit Akteuren verschiedener Bereiche der Energiewirtschaft und energiepolitisch wichtiger Einrichtungen und sucht den Dialog mit regionalen Verantwortungsträgern und Bürgern. Seit Mai 2011 bietet ein neues **Dialogportal** die Möglichkeit, Fragen zur Energiepolitik direkt an die Landesregierung zu richten (direktzu.de/energiepolitik-brandenburg). Der **Energie-Newsletter** und die **Internetseite Energieland Brandenburg** (energieland.brandenburg.de) ergänzen das Informationsangebot des Ministeriums.

Auf Initiative des MWE wurde im Frühjahr 2011 das **“Fachforum Netzausbau”** ins Leben gerufen, dem u. a. alle Verteilernetzbetriebe angehören und das sich vor allem mit der Frage der Beschleunigung des Netzausbaus in der 110-kV-Hochspannungsebene befasst.

Im Rahmen der **“Umweltpartnerschaft Brandenburg”** findet eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Landesregierung und Wirtschaft beim Umweltrecht statt. Das für Umwelt zuständige Ressort bezieht Wirtschaftsvertreter frühzeitig bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Umweltrechts ein. Im Gegenzug verpflichten sich die Kammern und Verbände zur stärkeren Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in den Mitgliedsunternehmen – vor allem in Form von hochwertigen zertifizierten betrieblichen Umweltmanagementsystemen wie EMAS⁶⁾. Dies wird wiederum durch öffentliche Anerkennung oder Gebührenermäßigungen von der Landesregierung honoriert. Außerdem profitieren die Unternehmen durch ihre Mitgliedschaft in der Partnerschaft. Diese ermöglicht den

6) Eco-Management and Audit Scheme, auch bekannt als EU-Öko-Audit oder Öko-Audit.

Zugang zu Kontakten, Informationen und Veranstaltungen im Kontext Umwelt und Wirtschaft. Die Umweltpartnerschaft hat sich gut bewährt und wurde 2010 für weitere fünf Jahre verlängert.

Für den Gedanken- und Meinungsaustausch zu generellen wirtschaftspolitischen Aspekten existiert im Land Brandenburg der **Wirtschaftspolitische Dialog**. Dieses Gremium besteht aus hochrangigen Vertretern der wirtschaftsfördernden Institutionen, Kammern, Sozialpartner und Unternehmen. Die Partner des Wirtschaftspolitischen Dialoges erörtern aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand,

die im Zusammenhang mit der Auszeichnung Brandenburgs als Europäische Unternehmerregion 2011 steht (siehe Kapitel D 3).

Ein besonderes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit der Landesregierung mit der kommunalen Ebene ist der **RWK-Prozess** (siehe Kapitel C 1.3). In enger Abstimmung wurden Integrierte Standortentwicklungskonzepte für die Regionalen Wachstumskerne erarbeitet und aktualisiert. Gemeinsam werden Prioritäten gesetzt und die Umsetzung der prioritären Projekte forciert.

Um die Ausstrahleffekte der Regionalen Wachstumskerne auf das Umland zu erhöhen und auch hier Akteure einzubinden, werden diesbezügliche Maßnahmen sei-



Die UVB und der DGB Berlin-Brandenburg sind Partner des Wirtschaftspolitischen Dialogs. Welche Bedeutung hat dieser Dialog für Sie und welche Themen sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?

“Brandenburg wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Die Bewältigung der weitreichenden Auswirkungen des demografischen Wandels zählt ebenso zu den herausragenden Aufgaben wie die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wir brauchen Antworten, wie zukünftig Fachkräfte gesichert und Investitionen in die Rahmenbedingungen gestaltet werden können – etwa in der Infrastruktur, Bildung, sozialen Absicherung und Daseinsvorsorge, gerade auch in den ländlichen Gebieten. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Die UVB als Sozialpartner wird sich wie schon bisher bei der Lösung wichtiger

Zukunftsfragen einbringen und entscheidende Beiträge leisten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Brandenburg.”

Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)

“Wir wissen es zu schätzen, dass der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten einen Dialog mit den Sozialpartnern begonnen hat. Dies ist ein klarer Fortschritt im Vergleich zu der Zeit vor seinem Amtsantritt. Dabei hat es sich als positiv herausgestellt, dass der DGB am wirtschaftspolitischen Dialog teilnimmt und unsere Mitgliedsgewerkschaften in den Cluster-Beiräten vertreten sind.”

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg

tens des MWE über das GRW-Regionalbudget (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur") unterstützt. Wichtige Impulse für die Aktivierung von Akteuren brachte auch das Vorhaben "Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK". 2010 hat das Wirtschaftsministerium in jedem RWK eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Ziel war die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz des RWK-Prozesses. Gleichzeitig soll Bürgern und Unternehmen die Mitwirkung am RWK-Prozess erleichtert werden. Auch dies ist ein Aspekt der Partizipation: alle relevanten Akteure zu motivieren, sich einzubringen.

Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderpolitik

Das Land Brandenburg hat seit 2005 eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik vorgenommen. Ausgangspunkt war das Ziel, die knapper werdenden Fördermittel so einzusetzen, dass ein größtmöglicher Nutzen für die brandenburgische Volkswirtschaft entsteht. Mit dem strategischen Ansatz "Stärken stärken – mehr Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung" wurde eine sektorale und räumliche Fokussierung der Wirtschaftsförderung vorgenommen.

Der Leitgedanke einer potenzialorientierten, stärker konzentrierten Wirtschaftsförderpolitik spiegelt sich mittlerweile in vielen fachpolitischen Strategien, Konzepten bzw. Einzelmaßnahmen wider und ist Basis für das Operationelle Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2007 – 2013 (siehe Kapitel C 2.10).

In der jetzigen Legislaturperiode erfolgt, basierend auf den Festlegungen im Koalitionsvertrag, unter dem Motto "**Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln**" eine Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie.

Neben der Beibehaltung bewährter Ansätze im Sinne der Kontinuität werden auch neue Akzente gesetzt werden. So soll z. B. eine stärkere **sektorale Prioritätensetzung** erfolgen und eine neue Qualität durch die **Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder (BKF) zu Clustern** erreicht werden (siehe Kapitel C 1.2). Für die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg, die auf den ehemaligen Zukunftsfeldern basieren, ist die Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB) die treibende Kraft (siehe Kapitel C 2.1).

Bezüglich der **regionalen Schwerpunktsetzung** im Rahmen der Wirtschaftspolitik erfolgt eine stärkere Fokussierung auf die Regionalen Wachstumskerne. Die Branchenschwerpunktorte haben ihre Funktion erfüllt und werden als regionale Kategorie nicht mehr benötigt. Dem entsprechend wird es auch in der Investitionsförderung zukünftig keinen Förderbonus im Rahmen der Potenzialförderung für Investitionen an Branchenschwerpunktorten mehr geben.

Schwerpunkt der Wirtschaftsförderpolitik bleibt gemäß der Wirtschaftsstruktur im Land Brandenburg die **Unterstützung des Mittelstandes**. Im Rahmen der Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand⁷⁾ werden gebündelt Maßnahmen zur Unterstützung mittelstän-

7) Bericht der Landesregierung zur Entschließung des Landtages Brandenburg "Brandenburg: Europäische Unternehmeregion 2011 – Innovation und Kreativität im Mittelstand nachhaltig unterstützen!" vom 25. Februar 2010 (Drucksache 5/510-B)

discher Unternehmen umgesetzt (siehe Kapitel D 3).

Bei der Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW-G Richtlinie) wird das "**Wachstumsprogramm für den Mittelstand**" fortgesetzt. Für förderfähige Investitionen von KMU bis zu einem bestimmten Fördervolumen (derzeit 2,5 Mio. Euro, ab 2012 ist eine Absenkung geplant) kann demnach auch weiterhin unabhängig von Ort und Branche und der Erfüllung der Strukturkriterien der jeweilige Höchstfördersatz bewilligt werden. Das Wachstumsprogramm trägt damit der regionalen Struktur und der Betriebsstruktur der brandenburgischen Wirtschaft Rechnung, die überwiegend von kleineren Unternehmen geprägt ist (siehe Kapitel C 2.10).

Brandenburg ist eine Wirtschaftsregion mit einer vielseitigen, leistungsfähigen Industrie. Die industriepolitische Herausforderung des Landes besteht in der Weiterentwicklung der industriellen Basis und der weiteren Etablierung als moderner und ökologisch orientierter Industriestandort. Das MWE arbeitet gegenwärtig an einem **Leitbild** und einem **Aktionsplan "Pro-Industrie" Brandenburg** (siehe Kapitel C 2.2). Dabei handelt es sich um einen sektoralen, querschnittsbezogenen sowie handlungsorientierten Ansatz, um die industrielle Basis des Landes zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten.

1.2 Der Clusteransatz

Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern

Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik seit 2005 wurde bewusst eine Fokussierung auf die wirtschaftlichen Stärken vorgenommen. Es wurden jene Branchen identifiziert, die sich besonders erfolgreich in Brandenburg entwickelt haben und die besten Zukunftspotenziale aufweisen. Diese sogenannten Branchenkompetenzfelder wurden in den letzten Jahren gezielt unterstützt. Nun soll eine neue Qualität erreicht werden: die Branchenkompetenzfelder werden zu Clustern mit überregionaler Ausstrahlung weiterentwickelt (zum Status quo der Branchenkompetenzfelder/Cluster siehe Kapitel E).

Unter einem **Cluster** wird dabei im Sinne von Porter⁸⁾ die geographische Konzentration von Unternehmen und Institutionen verstanden, die über die Tätigkeit in einem Wirtschaftszweig, die Zugehörigkeit zu einer Wertschöpfungskette oder die Benutzung gleicher oder ähnlicher Technologien thematisch verbunden sind bzw. ähnlich gelagerte Interessen aufweisen. Durch die Kooperation der Akteure, aber auch durch deren Konkurrenz entstehen Effekte, die sich erstens positiv auf Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region auswirken und zweitens Anreize für potenzielle Investoren schaffen.

Im Rahmen der Evaluierung der Wirtschaftspolitik im Jahr 2010 wurde u. a. die Entwicklung der Branchenkompetenzfelder analysiert. Unter Berücksichtigung der

8) Michael Eugene Porter ist Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard Business School und Leiter des "Institute for Strategy and Competitiveness".

Evaluierungsergebnisse und der bereits erfolgten Festlegungen im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg wurde überprüft, welche Branchenkompetenzfelder die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Clusterentwicklung aufweisen. Die Kriterien waren:

- das Vorhandensein einer kritischen Masse im Sinne eines hohen Anteils an der gesamten Wertschöpfung und Beschäftigung;
- eine überdurchschnittliche Entwicklung in den letzten Jahren im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Land Brandenburg, aber auch im Vergleich zum Branchendurchschnitt in Deutschland;
- überdurchschnittlich gute Wachstumsperspektiven, z. B. durch zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Innovationen, Auslandsaktivitäten oder Wettbewerbsvorteile und
- intensive Kooperation der Unternehmen.

Im Ergebnis wurden folgende Cluster identifiziert:

Gemeinsame Cluster Berlin-Brandenburg (basierend auf den ehemaligen Zukunftsfeldern)

Energietechnik
Gesundheitswirtschaft
IKT/Medien/Kreativwirtschaft
Optik
Verkehr, Mobilität, Logistik

Brandenburgspezifische Cluster

Ernährungswirtschaft
Kunststoffe/Chemie
Metall
Tourismus

Die Anwendung und die Entwicklung von Clean Technologies ("Sauberen Technologien"), die sowohl zu Effizienzerhöhungen,

Leistungs- oder Produktivitätssteigerungen als auch zu größerer Energie- und Materialeffizienz sowie zur Schonung der natürlichen Ressourcen führen sollen, ist ein wichtiges Querschnittsthema in allen Clustern (siehe Kapitel C, 2.1). Dies ergibt sich aus der großen Anzahl von Einsatzfeldern für Clean Tech wie der Erzeugung von Solar- und Windenergie oder Biokraftstoffen, der Leichtbautechnik im Kunststoff- und Metallbereich sowie der Herstellung von effizienten Antrieben für Flugzeuge oder Schienenfahrzeuge.

Wirtschaftspolitische Unterstützung der Cluster

Die Cluster werden im Rahmen einer integrierten Strategie über alle Politikfelder wirtschaftspolitisch unterstützt (**Clusterpolitik**). Ein wesentliches Element ist die Investitionsförderung. In der neuen GRW-G Richtlinie wird die Zuordnung zu einem Cluster künftig eine Fördervoraussetzung sein.

Darüber hinaus soll Unternehmen aus den Clustern Priorität bei fast allen Förderprogrammen eingeräumt werden. Die Cluster werden Schwerpunkte des neu strukturierten Technologietransfersystems, bei industriepolitischen Aktivitäten, bei der Lobbyarbeit in Brüssel, sowie beim Standortmarketing, den außenwirtschaftlichen Aktivitäten und der Zusammenarbeit mit Polen sein.

Für die Unterstützung der Clusterentwicklung werden effiziente Organisationsstrukturen – sogenannte **Clustermanagements** – geschaffen. Für die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg werden zur Bündelung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderinstitutionen Kooperationsvereinbarungen zwischen der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB), der TSB Innovations-

agentur Berlin GmbH und Berlin Partner GmbH abgeschlossen. Die Clustermanagements sollen im Sinne einer nachhaltigen Clusterentwicklung die Erarbeitung von Masterplänen und die Verantwortung für deren Umsetzung übernehmen. Die Weiterentwicklung der Cluster wird strategisch von einem Beirat begleitet, der sich aus Wirtschaftsakteuren, Vertretern der Branchennetzwerke und der Sozialpartner sowie weiteren Multiplikatoren für jedes Cluster konstituieren soll. Jedes Cluster wird von einem **Clustersprecher** repräsentiert.

Die brandenburgspezifischen Cluster haben wirtschaftspolitisch denselben Stellenwert wie die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg. Es ist daher vorgesehen, für diese Cluster ähnliche Clustermanagementstrukturen wie für die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg aufzubauen.

Einmal im Jahr soll pro Cluster eine **Clusterkonferenz** als Plattform für den Informationsaustausch der Unternehmen untereinander sowie mit Akteuren der Wirtschaftsförderung, von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie weiteren Intermediären stattfinden.

Als Grundlage für die Weiterentwicklung der Clusterpolitik erfolgt ein mit Berlin abgestimmtes **Clustermonitoring** über wenige Kernindikatoren.

Fortschritte bei der Clusterentwicklung

Im Juli 2010 startete das Clustermanagement für das Cluster Gesundheitswirtschaft. Hauptaufgabe ist die weitere Umsetzung des Masterplans "Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg", der für das damalige Zukunftsfeld "Biotechnologie, Medizintechnik und Pharma" erarbeitet wurde.

Das Clustermanagement für das Cluster Energietechnik hat seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen, das Clustermanagement für das Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik arbeitet seit Mai 2011.

Das bereits vorhandene Potenzial zur Clusterentwicklung in den Zukunftsfeldern IKT/Medien/Kreativwirtschaft und Optik sowie clusterpolitische Ansätze zu deren Unterstützung wurden mit Akteuren aus diesen Zukunftsfeldern im Oktober und November 2010 im Rahmen von Zukunftsfelddialogen diskutiert. Der Start des Clustermanagements für das Cluster IKT/Medien/Kreativwirtschaft wird derzeit vorbereitet.

1.3 Regionale Wachstumskerne: Starke Standorte

Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, die 2004 begonnene Ausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne (RWK) fortzusetzen. Ziel der Landesregierung bleibt es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den RWK nachhaltig zu stärken, um dadurch höhere Wachstumseffekte zu erreichen, Arbeitsplätze zu schaffen, Investoren attraktivere Standorte zu bieten und die Ausstrahlungsfunktion der RWK auf ihr Umland weiter zu verbessern. Es geht in erster Linie um die Stärkung der überregionalen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale. Dieser Ansatz hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und dazu beigetragen, dass Brandenburg heute ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen ist.

Die Unterstützung des MWE für die Regionalen Wachstumskerne beruht auf zwei Säulen: Zum einen wurde den RWK in bestehenden MWE-Förderprogrammen ein

Vorrang eingeräumt. Dadurch konnten zahlreiche – aus den Standortentwicklungskonzepten der Wachstumskerne abgeleitete – Einzelvorhaben unterstützt werden.

Zum anderen wurden neue Instrumente für die RWK geschaffen. Diesbezüglich sind insbesondere das aus der Technischen Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanzierte Projekt “Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK” und die Ausrichtung der neuen Regionalbudgets der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur” (GRW) auf die RWK (und die sie

umgebenden Landkreise) zu nennen (Details siehe unter www.mwe.brandenburg.de).

Über das **Projekt “Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK”** wurden in den Jahren 2008 – 2010 insgesamt 45 Maßnahmen finanziert. Die Maßnahmen wurden vom MWE gemeinsam mit den RWK konzipiert und zielten auf vier Themenfelder: Konzeption und Strategie, Kommunikation und Kooperation, Management sowie Standortmarketing. Außerdem wurden drei Maßnahmen durchgeführt, die sich an alle 15 Wachstumskerne richten: das Projekt “Stärkung der Regionalen Wachstumskerne durch



Was hat Sie zur Übernahme der Funktion als Clustersprecher bewogen und worin sehen Sie die inhaltlichen Schwerpunkte in der Clusterarbeit der nächsten Zeit?

“Die Energietechnik ist eines der technologie- und innovationsgetriebenen Cluster in der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Hier werden Kompetenzen der Hauptstadtregion gebündelt und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und der öffentlichen Hand miteinander vernetzt. Rund 500 Unternehmen mit fast 50.000 Beschäftigten sowie mehr als 30 Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen haben sich diesem Thema verschrieben. Die Region Berlin-Brandenburg steckt also im wahrsten Sinne des Wortes “voller Energie”. Die Aktivitäten dieses Clusters können entscheidende Beiträge zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Energietechnikbranche in der Hauptstadtregion leisten. Gerne habe ich deshalb die Funktion des Clustersprechers übernommen. Besonders am Herzen liegt mir dabei die Förderung des wis-

senschaftlichen und handwerklichen Nachwuchses, um dadurch den Erhalt dieses wichtigen Technologiefeldes zu gewährleisten. Eine weitere wichtige Aktivität des Clusters ist die Erschließung internationaler Märkte mit zukunftsweisenden Energielösungen im Sinne ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit.”

Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard F. Hüttl,
*Sprecher des Clusters Energietechnik,
Vorstandsvorsitzender des Deutschen
GeoForschungsZentrums (GFZ), Potsdam*

“Ausschlag gebend für meine Entscheidung, die Funktion des Sprechers des Clusters Gesundheit zu übernehmen, war zum einen die gelungene Konzentration auf Kompetenzfelder in den Ländern Berlin und Brandenburg, hier vor allem im Bereich der Lebenswissenschaften, aus denen sich die Notwendigkeit und Möglichkeit zur Clusterbildung ableitete, zum anderen die eindrucksvolle Bereitschaft der Politik beider Länder und der Akteure im Gesundheitswesen und in der Gesundheitswirtschaft, ein solches Cluster zu bil-

Unterstützung der kommunalen Wirtschaftsförderung“, die Veranstaltungsreihe „Wachstumskerne – Starke Standorte für Brandenburg“ sowie das Vorhaben „Erfassung und Bewertung der Potenziale der Industriekultur“. Ein Folgeprojekt befindet sich in Vorbereitung.

Die im Jahr 2010 neu eingeführten **Regionalbudgets** im Rahmen der GRW (siehe Kapitel C 2.10) sind in Brandenburg ein besonderes Angebot für die RWK. Die Wachstumskerne müssen sich zur Sicherung der regionalen Ausstrahlung ihrer Regionalbudget-Projekte mit den sie umgebenden Landkreisen abstimmen. Maßnahmen, die

aus den Regionalbudgets unterstützt werden können, sind u. a. die Stärkung regionsinterner Kräfte, die Verbesserung der regionalen Kooperation, die Mobilisierung regionaler Wachstumspotenziale und die Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings.

Bis Juni 2011 sind die Regionalbudget-Anträge von sieben Wachstumskernen bewilligt worden: Cottbus, Fürstenwalde, Neuruppin, Oranienburg/Hennigsdorf/Velten, Perleberg/Wittenberge/Karstädt, Spremberg und Westlausitz.

den. In Zukunft müssen die begonnenen Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren gefestigt und neue Kooperationen begründet werden, um eine einzigartige Wertschöpfungskette (von Ausbildung, über Versorgung bis Produktbereitstellung) für den Bereich Gesundheit auszuprägen. Prävention, Rehabilitation und regenerative Medizin müssen in kluger Weise in diese Wertschöpfungskette einbezogen werden, um über den wirtschaftlichen Erfolg hinaus vor allem eine Steigerung der Lebensqualität der Menschen zu erreichen. Und schließlich: die Region muss und kann durch die Gesundheitswirtschaft reindustrialisiert werden.“

Professor Dr. Dr. h. c. Günter Stock,
Sprecher des Clusters Gesundheitswirtschaft, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

“Mobilität, Verkehr und Logistik sind Alltagsthemen, aber das beinhaltet ja, dass sie jeden Tag von Neuem eine hohe Relevanz haben, und das gilt ganz besonders in einer Hauptstadtregion wie Berlin-Bran-

denburg. Die Region ist in diesem Themenfeld heute schon an vielen Stellen vorbildlich – denken Sie beispielsweise an die Vielfalt der Mobilitätsoptionen in Berlin und Potsdam oder an die aufstrebende Entwicklung der Güterverkehrszentren im Umland von Berlin. Es gibt hier zahlreiche Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die höchst erfolgreich in den Bereichen Mobilität, Verkehr und Logistik arbeiten. Daran wird das Cluster anknüpfen. Ziel wird es sein, den Akteuren den Blick über den Tellerrand der eigenen Branche oder des eigenen Arbeitsbereiches leichter zu machen und damit beizutragen, dass neue Verbindungen und branchenübergreifende Vernetzungen möglich werden. Gleichzeitig sollte das Cluster eine wichtige Funktion übernehmen, wenn es darum geht, die Sichtbarkeit der vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten noch weiter zu steigern.“

Professor Dr. Barbara Lenz,
Sprecherin des Clusters Mobilität, Verkehr und Logistik, Leiterin des Instituts für Verkehrsforschung am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

2. Für innovative, kreative und leistungsstarke Unternehmen: Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg

2.1 innoBB/Technologie- und Innovationspolitik

Die Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg

Das brandenburgische Landesinnovationskonzept und die kohärente Innovationsstrategie Berlin wurden in eine **Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg** (innoBB) überführt, die das neue Rahmenkonzept für die mittel- und langfristigen innovationspolitischen Aufgaben beider Länder bildet. Ziel der Strategie ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der Hauptstadtregion in den wissensbasierten Bereichen weiter voranzutreiben, die Region für innovative Ansiedlungen und Neugründungen noch attraktiver zu machen und sie als europäische Innovationsregion im internationalen Wettbewerb zu stärken. Die Strategie wurde auf dem Innovationsgipfel am 2. Dezember 2010 vorgestellt und diskutiert. Sie wurde am 21. Juni 2011 von den Kabinetten beider Länder per Beschluss bestätigt.

Die Eckpunkte der Gemeinsamen Innovationsstrategie sind:

- Entwicklung der bisher definierten Zukunftsfelder zu überregional sichtbaren Clustern (siehe Kapitel C 1.2);
- Stärkung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen durch Forcierung des Wissens- und Technologietransfers;
- Harmonisierung der Innovations- und Technologieförderpolitik;
- Erhalt und Ausbau der Infrastruktur für innovationsorientierte Unternehmen und der FuE-Infrastruktur;
- Unterstützung der Akteure bei Entwicklung und Ausbau ihrer nationa-

- len, europäischen und internationalen Vernetzung und Vermarktung;
- Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die Innovationsstrategie;
- Aufbau von Managementstrukturen für die Cluster/Zukunftsfelder.

Im Bereich der Innovations- und Technologiepolitik werden auch Querschnittsthemen im Sinne von

- branchen- und sektorenübergreifenden Feldern,
- Innovationslieferanten für mehrere Zukunftsfelder/Cluster,
- Beschleunigungsfaktoren und Wachstumstreibern sowie
- Auslösern von Produkt- und Prozessinnovationen

unterstützt. Diese sind im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg mit Berlin abgestimmt. Es handelt sich dabei um die folgenden Querschnittsthemen:

- Clean Technologies (z. B. Solartechnologien, Clean Coal, Windenergie),
- Werkstoffe/Materialien (z. B. Leichtbaustoffe),
- Produktions- und Automatisierungstechnik (z. B. intelligente Steuerungsprozesse, innovative Automatisierungslösungen) und
- Sicherheit (z. B. Sicherheit von IT-Infrastrukturen, Produkt- und Prozesssicherheit).

Die Umsetzung der Gemeinsamen Innovationsstrategie ist ein dynamischer Prozess. Der letzte Innovationsgipfel hat am 22. August 2011 stattgefunden. Schwerpunktthema war die Internationalisierung in den Clustern.

Instrumente der Technologie- und Innovationsförderung

Zur einzelbetrieblichen Unterstützung und zur intensiveren Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft werden folgende innovationspolitische Instrumente eingesetzt:

Das MWE unterstützt die Innovationsfähigkeit der brandenburgischen Unternehmen mit der **Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben**. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, aber auch Nicht-KMU und Forschungseinrichtungen werden auf der Grundlage der FuE-KMU-Richtlinie, des Luftfahrtforschungsprogramms sowie der sogenannten FuE-Große Richtlinie gefördert. Projekte der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung von Produkten, Verfahren und Technologien sowie Prozess- und Betriebsinnovationen bei Dienstleistungen sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen weiter auszubauen. Im Rahmen der Förderung von FuE-Vorhaben wurden im Jahr 2010 Zuschüsse in Höhe von rund 64 Mio. Euro für 104 Anträge bewilligt. Damit konnten Projekte mit einem Gesamtumfang von ca. 134 Mio. Euro und die Schaffung von 308 neuen Arbeitsplätzen angeschoben werden. Im Zeitraum 1. Januar 2011 bis 30. Juni 2011 erfolgten 22 Bewilligungen mit einem Zuschussbetrag von insgesamt 15,7 Mio. Euro.

Mit dem Programm **“Innovationsassistenten und -assistentinnen für KMU”** wird die Einstellung von Hochschulabsolventen unterstützt. Damit wird der Wissenstransfer gefördert und das Humankapital in den Unternehmen gestärkt und somit die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer KMU verbessert. In 2010 wurden 76 Förderanträge positiv entschieden und rund 2 Mio. Euro Zu-

schüsse bewilligt. Im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2011 erfolgten 36 Bewilligungen mit einem Zusagebetrag von insgesamt 1,0 Mio. Euro.

Ein neues, niedrighschwelliges Instrument im Bereich Wissens- und Technologietransfer ist der **“Brandenburger Innovationsgutschein”**. Mit diesen Gutscheinen haben kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes und des Handwerks die Möglichkeit, sich wissenschaftliche Leistungen einzukaufen, um ihren konkreten Innovationsbedarf zu decken. Damit soll die Hemmschwelle bei KMU überwunden werden, mit Forschungseinrichtungen Kontakt aufzunehmen und zusammenzuarbeiten. Als erste Ansprechpartner stehen für dieses Instrument die Transferstellen bzw. iq brandenburg (das Netzwerk der Technologietransferstellen im Land Brandenburg) zur Verfügung. Die brandenburgischen KMU haben von dieser Fördermöglichkeit rege Gebrauch gemacht. 149 Anträge wurden dazu eingereicht und 104 Vorhaben mit einem Zuschussbetrag von insgesamt rund 0,5 Mio. Euro konnten 2010 von der Investitionsbank des Landes Brandenburg bewilligt werden. 45 Zuwendungsbescheide wurden davon als “Kleiner Innovationsgutschein” ausgereicht. Das bedeutet zugleich 45 Erstkontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, da die kleinen Gutscheine nur für Vorhaben gelten, bei denen zuvor noch kein Kontakt zwischen dem Unternehmen und einer Forschungseinrichtung bestand. Im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2011 erfolgten insgesamt 31 Bewilligungen mit einem Zusagebetrag von zusammen 0,17 Mio. Euro.

Im Dezember 2009 wurde der Startschuss für das **“Brandenburger Innovationsprogramm zur Förderung der Implementierung neuer Lösungen für mehr Wachs-**



Innovationsgipfel der Länder Berlin und Brandenburg im Dezember 2010 in Potsdam

tum und Beschäftigung“ (ProVIEL) gegeben und ein Ideenwettbewerb zum neuen Programm ausgelobt. Ziel des Programms ist die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien. ProVIEL fördert neuartige Wertschöpfungsketten, Zuliefernetzwerke, innovative Dienstleistungen und auch Prozessoptimierungen. Zielgruppe des Innovationsprogramms sind kleine und mittlere Unternehmen des Dienstleistungssektors, des Handwerks und des Produzierenden Gewerbes in allen Branchenkompetenzfeldern bzw. Clustern des Landes Brandenburg. In der ersten Ausschreibungsrunde 2010 wurden Projekte aus den Bereichen “Sicherheit” sowie “Navigation & Ortung” gefördert. 2011 wurde der Wettbewerb zum Thema “Mit innovativen Dienstleistungen den Einsatz von Energie und Material effizient managen (Ressourceneffizienz)” ausgerufen. Es wurden 2010 zwei Anträge mit Förderzusagen in Höhe von insgesamt knapp 0,2 Mio. Euro bewilligt. In der Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum

30. Juni 2011 erfolgten in zwei weiteren Fällen Fördermittelzusagen in Höhe von rund 0,2 Mio. Euro.

Wissens- und Technologietransfer

Damit aus den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen anwendbares Wissen entstehen kann, welches wiederum als Innovation in den Unternehmen umgesetzt wird, bedarf es effizienter Strukturen zum Wissens- und Technologietransfer. Im Land Brandenburg erfüllen diese Funktion derzeit die Transferstellen der Hochschulen, die Branchentransferstellen, die eng mit den Branchennetzwerken kooperieren und regionale Transferstellen in ausgewählten Regionalen Wachstumskernen. Die Transferstellen arbeiten im Netzwerk “iq brandenburg” zusammen. Im Jahr 2010 wurden von den insgesamt 22 aktiven Transferstellen

- 119 Innovationsgutscheine mit einem Gesamtvolumen von über 750.000 Euro (Schwerpunkte Medien/IKT, Ernährungswirtschaft, Biotechnologie/Life Sciences) vermittelt,
- ca. 65 FuE-Projekte mit der brandenburgischen Wirtschaft und einem dazugehörigen Projektvolumen von rund 22 Mio. Euro initiiert; davon kamen 41 Projekte mit Kleinunternehmen bis 50 Mitarbeiter zustande sowie 22 Verbundprojekte mit 56 kooperierenden brandenburgischen Unternehmen,
- 24 Messeteilnahmen mit Präsentationen erfolgreicher Transferbeispiele, darunter 15 nationale Messen, organisiert sowie
- mehr als 50 Informationsveranstaltungen und Workshops zu neuesten Technologietrends und Forschungsergebnissen mit über 400 teilnehmenden Unternehmen aus Brandenburg organisiert.

Zusammen mit der Patentverwertungsagentur BRAINSHELL wurden 2010 von den Transferstellen der Hochschulen im Jahr 2010 36 Erfindungsmeldungen, 26 Patentanmeldungen, 9 Internationalisierungen und 8 Patentverwertungen betreut.

Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode sollen der Wissens- und Technologietransfer weiter intensiviert und die Strukturen dazu optimiert werden.

2.2 Neue industriepolitische Akzente: Leitbild und Aktionsplan "ProIndustrie BB"

Nach dem Einbruch der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990er Jahren und dem signifikanten Verlust industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze ist es nicht zuletzt auf Grund intensiver wirtschafts- und ansiedlungspolitischer Bemühungen gelungen, zentrale Industriestandorte zu erhalten und eine wettbewerbsfähige und diversifizierte Industrie- und Branchenstruktur im Land Brandenburg zu etablieren. Brandenburgische Industrieunternehmen sind zu einem Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung geworden. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 hat zwar zu einem Rückgang der industriellen Leistung geführt, im Jahr 2010 ist die Industrie jedoch bereits wieder auf den Wachstumspfad zurück gekehrt. Umsatz, Produktion, Beschäftigung und Wertschöpfung lagen in 2010 über dem Niveau der Vorkrisenzeit (siehe Kapitel B 1). Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind Industriedichte, industrieller Besitz und industrielle Fertigungstiefe in vielen Regionen des Landes nach wie vor zu gering und müssen ausgebaut werden.

Die Bedeutung der Industrie und damit der Industriepolitik für Wachstum und Beschäf-

tigung zeigt sich auch auf EU- und Bundesebene. So hat die EU-Kommission im Oktober 2010 mit der Leitinitiative "**Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung**" ihre Strategie für eine moderne Industriepolitik vorgelegt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat Ende des Jahres 2010 die Strategie "**Im Fokus: Industrieland Deutschland**" vorgestellt, die die Bedeutung der Industrie für internationale Wettbewerbsfähigkeit und ein nachhaltiges Wachstum betont und zentrale Zukunftsfragen sowie Handlungsfelder aufgreift. Beide Strategien unterstreichen die Bedeutung eines abgestimmten und dialogorientierten politischen Vorgehens aller zentralen Akteure für eine erfolgreiche Industriepolitik. Auch die **Wirtschaftsministerkonferenz** hat im Juni 2011 einen Beschluss zur Industriepolitik gefasst und dabei hervorgehoben, dass sich eine zukunftsorientierte Industrie durch eine hohe Innovationsfähigkeit sowie einen hohen Spezialisierungsgrad auszeichnen muss.

Vor diesem Hintergrund – der hohen Bedeutung der Industrie für das Land Brandenburg und der Rückbesinnung auf industrielle Werte in der EU und beim Bund – besteht die industriepolitische Herausforderung des Landes in der Weiterentwicklung der industriellen Basis und der gezielten Profilierung Brandenburgs als moderner, ökologisch orientierter und international wettbewerbsfähiger Industriestandort. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg und eine noch stärkere nachhaltig und ökologisch ausgerichtete industrielle Erzeugung sind wichtige Elemente einer aktiven Industriepolitik des Landes in der aktuellen Legislaturperiode. Weitere entscheidende Aspekte sind die noch engere Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit der

Industrie sowie die Fachkräfteentwicklung und -qualifizierung. Eine **industriepolitische Strategie** des Landes, die diese Aspekte aufgreift, ist ein geeigneter Handlungsrahmen für die gemeinsamen Bemühungen von Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften.

Das MWE arbeitet daher gegenwärtig an einem **Leitbild und einem operationalisierten Aktionsplan “ProIndustrie” Brandenburg**. Dabei handelt es sich um einen sektoralen und branchenübergreifenden sowie handlungsorientierten Ansatz, um die industrielle Basis des Landes zu stärken und zukunftsfähig auszubauen. Grundlage hierfür war ein Gutachten der Prognos-AG, in dessen Rahmen wesentliche Herausforderungen der Industrie des Landes herausgearbeitet sowie zentrale Handlungsfelder abgeleitet wurden.

Leitbild und Aktionsplan orientieren sich an folgenden fünf wirtschaftspolitischen Hauptzielen: Sicherung und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Ökologie, Wachstum und Beschäftigung, Innovation sowie leistungsfähige Infrastruktur. Dem Selbstverständnis nach ist **Industriepolitik** dabei **mehr als reine Förderpolitik**. Als Standortpolitik für die Industrie umfasst Industriepolitik auch die Bereiche Wissenschafts- und Mittelstandspolitik sowie Infrastruktur-Bereiche, in denen Entscheidungen maßgebliche Auswirkungen auf Rahmenbedingungen für industrielle Produktion, Innovation und Investition haben.

Den Kern der brandenburgischen Industriestrategie bilden die aus der Stärken-/Schwächen-Analyse sowie den Zukunfts- und Erfolgsfaktoren hervorgegangenen **fünf zentralen Handlungsfelder** und diesen zugeordnete prioritäre Maßnahmen- bzw. Aktionsbereiche. Diese berücksichtigen so-

wohl zukünftige Entwicklungstrends, die sich auf strukturelle Stärken und Schwächen der brandenburgischen Industrie auswirken, als auch Einflussfaktoren, welche Zukunftsfähigkeit und Erfolg der industriellen Entwicklung gewährleisten. Die Handlungsfelder beziehen sich auf folgende Bereiche:

- Das **Handlungsfeld 1 “Rahmenbedingungen”** (Infrastruktur, Standort und Nachhaltigkeit) umfasst den weiteren Infrastrukturausbau anhand prioritärer Projekte des RWK-Prozesses, die Weiterentwicklung des Gewerbe- und Industrieflächenatlas sowie die Einführung eines Landespräsentationstools, die Sicherung von Energieversorgung zu stabilen Preisen sowie den Aufbau einer Innovationskette rund um nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien (Clean Tech Initiative).
- Im **Handlungsfeld 2 “Vernetzung, Cluster und Innovation”** stehen die Clusterentwicklung und die Forcierung von Querschnittsthemen, Innovationsmanagement und -beratung für KMU sowie die Weiterentwicklung von Technologietransfersystem und innovationsorientierten Einzelprojekten im Fokus.
- **Handlungsfeld 3 “Globalisierung und produktbezogene Dienstleistungen”** umfasst die engere Kooperation des industriellen Mittelstandes im Rahmen von supplier centers und einem unternehmensspezifischen Globalisierungscoaching, ein stärkeres Auslands- und Industriepartnering und -contacting, die Etablierung hierfür erforderlicher Informationsplattformen sowie eine stärkere Verbreitung von Informationen und eine aktive

- Hilfestellung für Unternehmen im Bereich der Entwicklung von Geschäftsmodellen für produktbegleitende Dienstleistungen.
- Im **Handlungsfeld 4 “Fachkräfteentwicklung und Qualifizierung”** sind Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und -entwicklung im Bereich der Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung sowie Ausbildungsplatz- und Fachkräftebörsen vorgesehen. Darüber hinaus geht es um eine verbesserte Durchlässigkeit von der beruflichen in die akademische Bildung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit, um Kreativität und Mitgestaltung und eine stärkere Bindung der (angehenden) Fachkräfte an den Standort durch Initiativen und Projekte.
 - Im **Handlungsfeld 5 “Standortkommunikation”** (Image und Marketing) stehen Maßnahmen einer verbesserten Imagebildung sowie des verbesserten Standortmarketings der Industrie im Vordergrund. Vorgesehen sind hier eine Imagekampagne “ProIndustrie” für eine stärkere Unterstützung und Akzeptanz der Industrie, Industrie- und Clusterkonferenzen als Informations- und Kommunikationsplattform sowie eine gezieltere Öffentlichkeitsarbeit mit Industrieunternehmen des Landes.

Diesen Handlungsfeldern werden im Zuge des Aktionsplans 16 prioritäre wirtschaftspolitische Maßnahmenbereiche mit jeweiligen Einzelmaßnahmen zugeordnet. Laufende Aktivitäten, wie die Innovationsstrategie, die Clusterpolitik, der RWK-Prozess und die Energiestrategie werden dabei berücksichtigt.

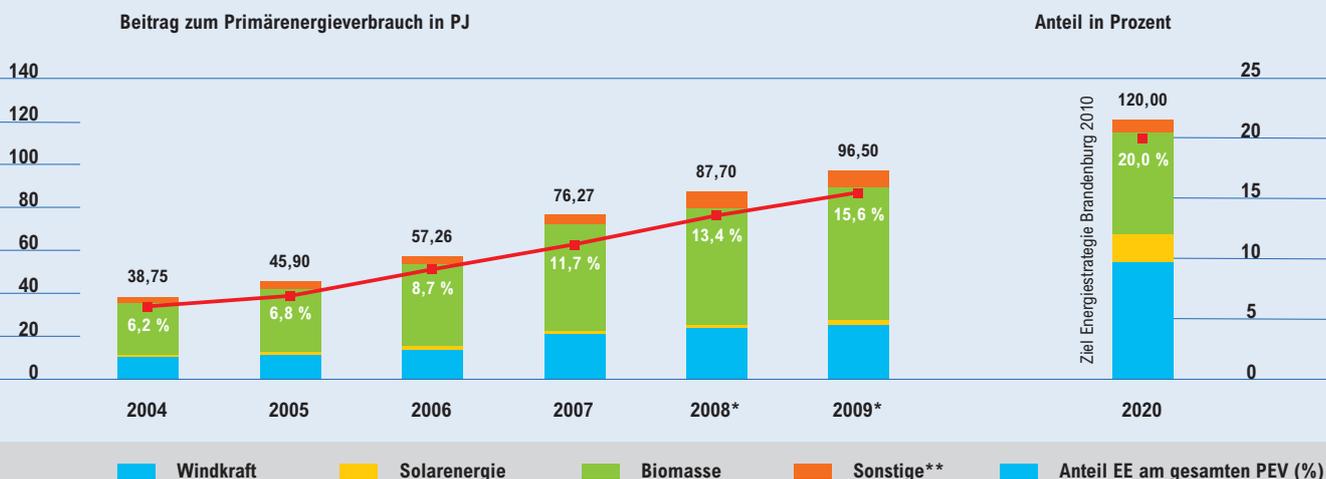
In einem dialogorientierten und partnerschaftlichen Prozess von Politik und Verwaltung mit den Unternehmen sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern gibt es für die Umsetzung von Leitbild und Aktionsplan viele Verantwortliche für eine erfolgreiche Implementierung. **Neue Akzente einer integrierten Industriepolitik** in Brandenburg erfordern daher eine enge und ressortübergreifende Abstimmung sowie ein mit Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und der Wirtschaftsförderung koordiniertes Vorgehen aller Partner im Prozess.

2.3 Energiestrategie 2020

Energie ist in unserer Gesellschaft ein Schlüsselfaktor für Produktivität, Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig steht die Gesellschaft im 21. Jahrhundert vor der großen Herausforderung, ihre ökonomischen Bedürfnisse mit einer ökologischen und nachhaltigkeitsorientierten Wirtschaft zu verknüpfen. Eine moderne Energiepolitik muss deshalb bei einer steigenden Energienachfrage die Versorgungssicherheit zu wirtschaftlichen Preisen gewährleisten und Wege finden, eine umweltgerechte, klimaschonende energiewirtschaftliche Entwicklung zu gestalten.

Eine solche Politik setzt einen Strukturwandel des derzeitigen Energiesystems voraus. Die brandenburgische Landesregierung hat für die Umsetzung des energiepolitischen Strukturwandels bereits im Jahr 2008 die Weichen gestellt und die “Energiestrategie 2020” sowie den “Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels” verabschiedet. Im Fokus dieser Strategie stand das energiepolitische Ziel-dreieck aus Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.

Abbildung 7: Beitrag der erneuerbaren Energien zum Primärenergieverbrauch



* zum Teil vorläufige Werte (Berechnung nach LUGV, Stand 09/2010)

** Wasserkraft, Klär- und Deponiegas etc.

Quelle: AfS BB; AG Energiebilanzen; Bundesministerium für Wirtschaft; Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Wesentliche Zielstellungen sind, analog zu den Zielen der Bundesregierung und der EU, eine Reduzierung energiebedingter CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 und eine weitere Reduzierung um 35 Prozent bis 2030. Forciert wird auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Anteil am Primärenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent erhöht werden soll. Ein weiteres wichtiges Ziel der Energiestrategie ist die Steigerung der Energieeffizienz. Damit sollen Wachstum und Verbrauch künftig stärker entkoppelt werden. Ziel ist es, den Energieverbrauch in Brandenburg ausgehend von 2004 bis 2020 um 13 Prozent zu senken – also um durchschnittlich einen Prozentpunkt pro Jahr.

Das Land Brandenburg ist mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sehr gut vorangekommen. Im Jahr 2009 (derzeit verfügbare Angaben) konnte der Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bereits auf 15,6 Prozent gesteigert werden (siehe Abbildung 7).

Insgesamt nimmt Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern bei der Nutzung der erneuerbaren Energien einen Spitzenplatz ein und wurde deshalb nach 2008 im Jahr 2010 erneut mit dem „Leitstern“ der Agentur für Erneuerbare Energien ausgezeichnet. Mit diesem Prädikat werden die Bundesländer ausgezeichnet, die mit dem erfolgreichen Einsatz erneuerbarer Energien und ambitionierter Technologie- und Wirtschaftspolitik den Weg in eine nachhaltige Energieversorgung weisen. Zudem besitzt das Land Brandenburg eine Vielzahl von Wissenschaftseinrichtungen, die in den Bereichen Energie, Klima und Erdsystem forschen und neue Technologien entwickeln. Herausragende Belege für die Leistungsfähigkeit brandenburgischer Wissenschaftseinrichtungen sind das Verbundvorhaben GeoEn im Rahmen des Bundesprogramms „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“, die Gründung des IASS (Institute for Advanced Studies in Climate, Earth System and Sustainability Sciences) und die erfolgreiche Einwerbung des sogenannten „Kli-

ma-KIC" (KIC: Knowledge and Innovation Community) als Teil des European Institute of Innovation and Technology (EIT).

Seit der Verabschiedung der Energiestrategie 2020 im Jahr 2008 hat sich der energiepolitische Handlungsrahmen erheblich dynamischer entwickelt als vorher angenommen. Das ist gerade im Verlauf des Jahres 2011 sehr deutlich geworden. Einerseits liegen Energiekonzepte der Bundesregierung und der Europäischen Kommission vor, andererseits wird aber auch der vorhandene Rechts- und Regulierungsrahmen stetig weiterentwickelt (u. a. das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen und das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung). Auch andere Entwicklungen wie der Anfang Juli 2011 gesetzlich festgelegte Ausstieg aus der Kernenergie, der unerwartet schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien oder die raschere Degression der Solarförderung haben zu Veränderungen im Energiesektor geführt.

Bei der bisherigen Umsetzung der Energiestrategie 2020 wurden einige Hindernisse identifiziert, die in Zukunft stärker berücksichtigt werden müssen. Die wichtigsten derzeit sehr deutlich zu Tage tretenden Kerndefizite sind die mangelnde Akzeptanz von energiepolitischen Maßnahmen in der Bevölkerung, ein zu langsamer Netzausbau, fehlende Speicherkapazitäten und mangelnde Energieeffizienz.

- Deshalb setzt sich das Land Brandenburg auch bei der Bundesregierung u. a. für eine faire **Umlage der Netzausbaukosten** ein. Nach der gegenwärtigen Rechtslage werden die Mehrkosten über die Netzentgelte und damit auf die Strompreise umgelegt. Bezahlen müssen dies die Stromkunden in der Region, in der der

weilige Netzbetreiber tätig ist. Das benachteiligt die Verbraucher in den Ländern mit einem hohen Nutzungsgrad der erneuerbaren Energien und damit einem hohen Netzausbaubedarf.

- Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für ein CCS-Gesetz setzt sich Brandenburg dafür ein, dass die **Erprobung und Demonstration der CCS-Technologien** grundsätzlich in ganz Deutschland zulässig ist und dass das geplante CCS-Demonstrationsprojekt im Kraftwerk Jänschwalde sowie die Erkundung der CO₂-Speichermöglichkeiten im Raum Birkholz-Beeskow bzw. Neutrebbin ermöglicht werden. Oberste Priorität bei der Demonstration der CCS-Technologien muss die **Sicherheit der Bevölkerung** haben. Deshalb setzt sich Brandenburg für eine transparente Ausgestaltung des gesamten Prozesses, beginnend bei den Genehmigungsverfahren, inklusive einer Offenlegung der Untersuchungskonzepte und der Untersuchungsergebnisse, der Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen und der Sicherstellung der wissenschaftlichen Projektbegleitung ein. Als ein Angebot zur Beteiligung der Öffentlichkeit und zur Erhöhung der Transparenz in den Verfahren hat das MWE im Juli 2010 den Regionalen Erkundungsbeirat zur Begleitung der geologischen Erkundung in Ostbrandenburg (REBO) eingerichtet.
- Es hat sich gezeigt, dass das energiepolitische Dreieck zum energiepolitischen Viereck weiterentwickelt werden muss. Neben Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit hat die **Ak-**

zeptanz der Bevölkerung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der gesellschaftliche und der regionale Konsens über die Notwendigkeit des bevorstehenden bzw. bereits begonnenen Strukturwandels und die Bereitschaft, die damit verbundenen Maßnahmen auch mitzutragen, sind zentrale Voraussetzungen für den energiepolitischen Wandel.

Ende 2010 wurde der Prozess der systematischen Weiterentwicklung der Energiestrategie 2020 gestartet, um bessere Rahmenbedingungen für die Zielerreichung zu schaffen. Er wird auf den Erfolgen der bisherigen Energiestrategie 2020 aufbauen, Lösungswege für die Kerndefizite entwickeln und die relevanten Einflussfaktoren (u. a. Rechts- und Regulierungsrahmen) berücksichtigen. Der Prozess soll bis Ende 2011/Anfang 2012 abgeschlossen werden.

Das **neue energiepolitische Zielviereck** aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Akzeptanz und Beteiligung bildet dabei den strategischen Überbau und wird gemäß der identifizierten Kernherausforderungen für die Energiepolitik in Brandenburg in Form folgender Leitlinien konkretisiert:

1. Energieeffizienz steigern und -verbrauch reduzieren
2. Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch erhöhen
3. Energiebedingte CO₂-Emissionen senken
4. Zuverlässige Energieversorgung gewährleisten
5. Regionale Beteiligung und möglichst weitgehende Akzeptanz herstellen
6. Beschäftigung und Wertschöpfung des Energielands stärken

Das Zielviereck spiegelt den politischen Willen wider, durch verstärkte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung sowie der Akteure vor Ort auf potenzielle Zielkonflikte bei der Umsetzung der Energie- und Klimaschutzpolitik angemessen zu reagieren. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass öffentliche Akzeptanz eine wichtige Voraussetzung dafür ist, die Ziele der Energie- und Klimaschutzstrategie 2020 erfolgreich umzusetzen. Das MWE hat verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um Informationen zur Verfügung zu stellen und einen gesellschaftlichen Dialog auf verschiedenen Ebenen zu führen. Zielgruppen dieser Maßnahmen sind regionale – insbesondere kommunale – Verantwortungsträger, Bürgerinitiativen, Kammern und Unternehmen der Energiewirtschaft. Direkt vor Ort werden die Ziele der Energie- und Klimaschutzstrategie und Maßnahmen zu deren Umsetzung bürger- und anhand besonders gelungener Beispiele vermittelt.

Im Einzelnen wird dieser Dialog bisher durch den "Energiedialog" des MWE, durch fachspezifisch ausgebaute Angebote im Internet (z. B. die zentrale Informationsplattform www.energie.brandenburg.de), durch den REBO sowie durch einen seit September 2010 regelmäßig erscheinenden Newsletter "Energieland Brandenburg" und das seit Mai 2011 bestehende, Internet-basierte Dialogportal "direkt zu Energiepolitik für Brandenburg" umgesetzt.

Auf Initiative des MWE wurde im Frühjahr 2011 das "Fachforum Netzausbau" ins Leben gerufen. Das Fachforum soll sich vorrangig der Frage widmen, wie der Netzausbau in der 110-kV-Hochspannungsebene beschleunigt werden kann. Ständige Mitglieder des Fachforums sind neben den zuständigen Behörden die Vertrei-

lernetzbetreiber, die im Land Brandenburg ein 110-kV-Hochspannungsnetz betreiben, Vertreter des Bundesverband WindEnergie e.V. und des Bundesverband Solarwirtschaft e.V. Die BTU Cottbus nimmt die wissenschaftliche Begleitung des Fachforums wahr. In Abhängigkeit von den jeweils zu behandelnden Themen werden darüber hinaus weitere Unternehmen/Institutionen im Fachforum mitwirken. Gegenwärtig steht das Thema Erdverkabelung im 110-kV-Hochspannungsbereich zur Umsetzung der kürzlich vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes im Mittelpunkt der Arbeit des Fachforums.

Das MWE unterstützt die brandenburgischen KMU bei der **ökologischen Modernisierung** durch Maßnahmen zur Sensibilisierung, Information, Beratung und zur Förderung von Investitionen im Zusammenhang mit Energieeffizienz durch folgende Maßnahmen:

- Vorhaben zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien sowie zu höherer Energieeffizienz und Versorgungssicherheit werden nach der Richtlinie **RENplus** gefördert, die im Jahr 2010 das bisherige REN-Programm abgelöst hat. So sind im Jahr 2010 zu 35 Projekten Fördermittel in Höhe von insgesamt rd. 4,1 Mio. Euro bewilligt werden. Das Programm wurde verstärkt auf die Zielvorgaben der "Energierstrategie 2020" abgestimmt, der Kreis der Berechtigten für Fördermittel erweitert. Zuschüsse gibt es beispielsweise für Anlagen zur Energierückgewinnung und Wärmepumpen. Darüber hinaus können auch investitionsbegleitende Maßnahmen wie Planung, Durchführungsmanagement und Ergebnisevaluation gefördert werden.

- Veranstaltungen und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Beratung zum Thema Energieeffizienz können aus dem Programm RENplus gefördert werden. Zur Sensibilisierung der Wirtschaft in Energieeffizienzfragen sollen die bestehenden GRW-Netzwerke mit eingebunden werden. Zu diesem Zweck können neben regionalen jetzt auch sektorale Energiekonzepte aus RENplus gefördert werden. Ergänzend hierzu sind auch Energieeffizienzmaßnahmen in gewerblichen Prozessabläufen sowie die Förderung der Einführung betrieblicher Energiemanagementsysteme förderfähig. Der Sensibilisierung und Beratung dienen ferner von der ZAB EnergieSpar-Agentur Brandenburg durchgeführten Einzelveranstaltungen z. B. zum Thema "Energieeffiziente Bürogeräte".

Im Ergebnis der Evaluierung der energie-relevanten Institutionen und Netzwerke (u. a. Energiebereich der ZAB, Brandenburgische Energie Technologie Initiative – ETI, Centrum für Energietechnologie Brandenburg – CEBra, Kooperationsnetzwerk Energiewirtschaft/Energietechnologie – EWET, Kooperationsnetzwerk Mineralöl/Biokraftstoffe Brandenburg-Berlin–BBpro) soll die **ZAB EnergieSpar-Agentur** im Zusammenspiel dieser Einrichtungen eine zentrale Rolle übernehmen. Gegenwärtig werden die Einzelheiten der Umsetzung erarbeitet. Dazu zählt auch die Abstimmung und Bündelung der Informationsangebote dieser Einrichtungen. Mit der Schaffung der Internetplattform www.brandenburg.de ist bereits ein erster Schritt zur Bündelung des Informationsangebotes getan worden.

2.4 Tourismuskonzeption 2011 – 2015

Die positive Entwicklung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft (siehe Kapitel B 2) ist u. a. auf die Landestourismuskonzeption 2006 – 2010 zurückzuführen, deren Empfehlungen sowohl von den Verbänden und Institutionen des Tourismussektors als auch insbesondere von der Branche selbst in hohem Maße akzeptiert und umgesetzt worden sind. Brandenburg verfügt heute über eine zukunfts- und wettbewerbsfähige touristische Infrastruktur und einen professionellen, modernen Marktauftritt. Um sich den schnell ändernden Rahmenbedingungen in Gesellschaft, Nachfrage und Wettbewerb anzupassen, hat das MWE im Jahr 2010 eine neue Landestourismuskonzeption für die Jahre 2011 – 2015 erarbeitet, die im März 2011 auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin vorgestellt wurde.

Die Konzeption 2011 – 2015 verfolgt zwei grundlegende Ziele: die Steigerung des wirtschaftlichen Nutzens sowie die Verbesserung des Gesamtimages Brandenburgs durch den Tourismus. Der wirtschaftliche Nutzen soll durch eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Tourismusentwicklung weiter gesteigert werden. Wichtig dafür sind die verstärkte Nutzung der geschaffenen Infrastruktur sowie eine innovative, marktorientierte Produktentwicklung. Darüber hinaus werden wichtige branchenübergreifende Themen und Herausforderungen wie touristische Qualität (insbesondere über die Qualitätsinitiativen "ServiceQualität Deutschland" bzw. "Brandenburger Gastlichkeit"), Demografie, Fachkräftebedarf, Mobilität und Klimawandel verstärkt berücksichtigt.

Der brandenburgische Tourismus wird themenorientiert weiterentwickelt. Gleichzeitig werden die themenspezifischen touristi-

schen Angebote noch stärker miteinander vernetzt und auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmt. Insgesamt soll sich das Reiseland Brandenburg zukünftig deutlicher als bisher durch seinen Wasserreichtum und sein kulturelles Erbe von Wettbewerbern abheben.

Im Einzelnen definiert die neue Landestourismuskonzeption für die weitere Tourismusentwicklung folgende zehn Schlüsselstrategien:

- **Tourismusmarke Brandenburg profilieren:** Vermittlung einer brandenburgspezifischen Authentizität und Identität über die touristischen Themen und Destinationen des Landes.
- **Quellmärkte sichern und entwickeln:** Gezielte Vermarktung der Tourismusmarke Brandenburg in Erfolg versprechenden Märkten im In- und Ausland.
- **Qualität sichern und ausbauen:** Qualität als Markenzeichen des Brandenburgtourismus über umfassende Qualität sowie Barrierefreiheit in Service, Infrastruktur und Produkten weiter ausbauen.
- **Themen und Zielgruppenausrichtung schärfen:** Sicherung und Neuerschließung von Marktpotenzialen über differenzierte Zielgruppenansprache, Schaffung höchster Erlebnisqualität und Vernetzung von Angeboten der touristischen Themen.
- **Kooperationen ausbauen:** Optimierung der Management- und Kooperationsstrukturen bei Vermarktung sowie Produktentwicklung auf Landes-, regionaler und Gemeindeebene.
- **Länderübergreifende Zusammenarbeit intensivieren:** Intensivierte Zusammenarbeit mit allen Nachbarn auf Landes- und regionaler Ebene, vor allem themen- und zielgruppenbezogen.

- **Ressourcen sichern:** Fachkräftesicherung, Sicherung der Erreichbarkeit touristischer Angebote vor allem über ÖPNV, stärkere Verflechtung regionaler, landwirtschaftlicher Produkte mit dem touristischen Angebot, Beförderung energieeffizienter Leistungserbringung.
- **Tourismus stärken und Landesentwicklung vernetzen:** Vernetzung des Tourismus mit weiteren Bereichen der Landesentwicklung im Rahmen gemeinsamer Leitthemen zur gegenseitigen Stärkung des touristischen und des Gesamtimages Brandenburgs.
- **Infrastruktur gezielt entwickeln:** Sicherung und Qualitätssteigerung der vorhandenen Freizeit- und Übernachtungsinfrastruktur sowie deren selektiver Ausbau bei klar erkennbarem Nutzen für das gesamte Reiseland Brandenburg.
- **Tourismusförderung schärfen:** Stärkere Differenzierung und Schwerpunktsetzung auf Erschließung touristischer Entwicklungs- und Wachstumspotenziale sowie bessere ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Förderung.

Neben der Erarbeitung der neuen Landestourismuskonzeption gab es im Berichtszeitraum weitere **wichtige Entwicklungen im brandenburgischen Tourismus** wofür folgende prominente Beispiele stehen:

- Brandenburg ist auch im **barrierefreien Tourismus** eines der führenden Reiseziele in Deutschland. Im September 2010 startete die neue Plattform www.barrierefrei-brandenburg.de. Es sind bereits über 500 Angebote für alle Gästezielgruppen aus den Bereichen Beherbergung, Gastronomie und Freizeit verzeichnet. Ferner steht umfangreiches Informa-



Therme in Bad Saarow

tionsmaterial für die Anbieter zur Verfügung. Bis 2015 soll diese Plattform als zentrale Informationsstelle für den barrierefreien Tourismus in Brandenburg etabliert und weiterentwickelt werden. Das Projekt wird bereits als Modell für eine bundesweite Plattform diskutiert.

- In den Jahren 2010 und 2011 wuchs der Kreis der **Kur- und Erholungsorte** in Brandenburg. Am 31. Juli 2010 erhielten die Gemeinde Schwielowsee für die Ortsteile Caputh und Ferch, sowie am 13. Dezember 2010 die Stadt Angermünde für die Ortsteile Angermünde, Wolletz und Altkündendorf das Prädikat als staatlich anerkannte Erholungsorte. Ende Juni 2011 kam der Rheinsberger Ortsteil Flecken Zechlin hinzu. Brandenburg verfügt heute über 16 staatlich anerkannte Erholungsorte sowie acht staatlich anerkannte Kurorte.

- Der Kurort Bad Saarow hat im Mai 2011 als erste Stadt im Land Brandenburg und als eine der ersten Städte in Deutschland den Titel **“Qualitäts-Stadt”** erhalten. Mit der Prädikatisierung der Stadt Brandenburg a.d.H. im Juni und der Stadt Senftenberg im August konnte sich das Land Brandenburg bei dieser Qualitätsinitiative bundesweit an die Spitze setzen. Der Titel geht auf eine Initiative im Rahmen des Gütesiegels **“Service Qualität Deutschland”** zurück. Ausschlaggebend dafür ist, dass sich Unternehmen in einer bestimmten Anzahl zusammenfinden müssen, die nachhaltig und kontinuierlich an ihrer Servicequalität arbeiten.

Tourismusförderung

Über die Gemeinschaftsaufgabe **“Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur”** (GRW) wurden von Januar 2010 bis Ende Juni 2011 bei der Infrastrukturförderung sowie der gewerblichen Förderung 151 touristische Projekte mit Fördermitteln in Höhe von 62,3 Mio. Euro unterstützt, woraus ein Investitionsvolumen von 123,8 Mio. Euro resultierte. Damit wurden 260 Arbeitsplätze neu geschaffen und weitere 720 Arbeitsplätze gesichert.

Auf die gewerbliche Förderung entfielen 137 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 97,4 Mio. Euro, die mit insgesamt 39,8 Mio. Euro gefördert wurden. 132 Projekte davon hatten ein Investitionsvolumen bis zu 2,5 Mio. Euro (maximales Investitionsvolumen im Rahmen des **“Wachstumsprogramms für den Mittelstand”**, siehe Kapitel C 1). Bei der gewerblichen Förderung ging es überwiegend um die Verbesserung der vorhandenen Substanz. Darüber hinaus gab es 43 Neuerrichtun-

gen. Umgesetzt wurden die Projekte wie schon 2009 vor allem in Kur- und Erholungsorten sowie entlang der in den Landesplanungen ausgewiesenen Rad- und Wasserwege.

Im Bereich der touristischen Infrastrukturförderung wurden im gleichen Zeitraum sieben Projekte mit 22,5 Mio. Euro Fördermitteln unterstützt, woraus sich ein Investitionsvolumen von 29,1 Mio. Euro ergab.

Im Zuge der Überarbeitung der GRW-Förderrichtlinien ist vorgesehen, unter anderem den qualitätssteigernden Maßnahmen sowie der Barrierefreiheit eine größere Bedeutung zuzumessen.

2.5 Medien/Kreativwirtschaft

Im brandenburgischen Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass der Kreativstandort **“Hauptstadtregion”** mittelfristig zum führenden Medienstandort und längerfristig zum innovativsten Standort für Informations- und Kommunikationstechnik in Deutschland ausgebaut werden soll. Dazu gehört ausdrücklich die weitere gezielte Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Zusammen mit IKT bilden die Bereiche Medien/Kreativwirtschaft das Cluster IKT/Medien/Kreativwirtschaft (s. Kapitel E).

Medien

Die Medienwirtschaft ist der Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei dem das Land Brandenburg über eine ausgewiesene, große nationale und internationale Ausstrahlung verfügt. Strategisches Ziel bleibt, den Medienstandort Berlin-Brandenburg weiter zukunftsfähig auszubauen. Dies wird unterstützt durch die Förderung von Medientechnologien, die Ansiedlung von innovativen Medienunternehmen, eine Vielzahl von internationalen Filmforen und



Medieninnovationszentrum Babelsberg

-veranstaltungen sowie die Bildung von Netzwerken und Zulieferketten.

Berlin-Brandenburg hat sich als eine anerkannte und international erfolgreiche Marke in der Filmbranche etabliert. Im Wirtschaftszweig der Film- und Medienpolitik arbeiten die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg eng zusammen. Diese Zusammenarbeit wird institutionell abgesichert durch die im Auftrag beider Länder arbeitende **Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH** und die **Mediengestaltung Berlin-Brandenburg**. Wichtige Impulse gehen dabei auch von der gemeinsamen Rundfunkanstalt, dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), aus.

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH ist erste Anlaufstelle für alle Kreativen der Film- und Medienwirtschaft in beiden Bundesländern. Der Geschäftsbereich Filmförderung fördert Filme und filmbezogene Projekte vor allem in den Kategorien Stoff-

und Projektentwicklung, Produktion, Verleih und Vertrieb sowie Filmtheater. Außerdem werden Filmschaffende in Finanzierungsfragen beraten und über die Möglichkeiten der fachlichen Weiterbildung in der Medienwirtschaft informiert. Der Geschäftsbereich Standortmarketing sorgt für die nationale und internationale Präsentation und Profilierung, für aktuelle Standortinformationen sowie für die länder- und branchenübergreifende Vernetzung der Film- und Medienwirtschaft und unterstützt die Wirtschaftsförderungsgesellschaften beider Länder bei der Ansiedlung von Medienunternehmen. Ferner fördert die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH medienbezogene Projekte am Standort und die Entwicklung innovativer audiovisueller Inhalte in den Bereichen Games, Web 2.0 und Mobile. Die Hauptstadtregion hat auch 2010 wieder überdurchschnittlich von Mitteln des Deutschen Filmförderfonds des Bundes profitiert.

Der Medienstandort Brandenburg hat im Verbund mit der Berlin an Bedeutung gewonnen. Nach der letzten Erhebung⁹⁾ erwirtschafteten 2008 im Land Brandenburg rund 1.150 Unternehmen mit mehr als 7.100 Beschäftigten einen Umsatz von 1,04 Mrd. Euro. Von großer wirtschafts-, struktur- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung sind die drei größeren Zeitungsverlage in Cottbus und Frankfurt (Oder).

Bei internationalen Filmproduktionen ist die Studio Babelsberg AG deutschlandweit der Marktführer. Gleichzeitig ist Potsdam mit der UFA Film & TV Produktion GmbH Sitz des größten deutschen Fernsehproduzenten. Weitere wichtige Akteure in Babelsberg sind die Hochschule für Film und

9) Auswertung der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Jahr 2010 auf der Datenbasis 2008.

Fernsehen Konrad Wolf (HFF) und der rbb, dem das ARD Play-Out-Center – die zentrale ARD-Einrichtung zur Abwicklung ihres digitalen Programmbouquets – angegliedert ist. Neben diesen wichtigen Stützen des Medienstandortes, deren Erfolg für die weitere positive Standortentwicklung entscheidend ist, spielen auch die mehr als 120 kleinen und mittleren Medienunternehmen im Babelsberger Umfeld eine wichtige Rolle. Dabei nimmt der Bereich der digitalen Medien einen zunehmend größeren Raum ein.

Die Teilbranche Digitale Medien hat sich in den vergangenen Jahren in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu einem bedeutenden Wachstumsfeld entwickelt. Hervorzuheben ist die Ansiedlung von Special-Effects-Unternehmen in der Medienstadt Babelsberg.

Um den Bereich Digitale Medien neben den Bereichen Spielfilm- und Fernsehproduktion als drittes Standbein zu stärken, wurde 2009 das **Guido-Seeber-Haus**, ein Technologie- und Gründerzentrum für kleine und mittlere Medienunternehmen, vornehmlich aus dem Bereich der digitalen Produktion, eröffnet. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hat in Potsdam das **Medieninnovationszentrum Babelsberg (MIZ)** eröffnet. Hier werden seit Mai 2011 viele Aus- und Weiterbildungsaktivitäten gebündelt.

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg und die Investitionsbank des Landes Berlin stellen Zwischenkredite für Fernsehproduktionen zur Verfügung. Dieses Programm ist auch für digitale Medieninhalte geöffnet worden. Auch bei der Forschungs- und Entwicklungsförderung hat der Bereich digitale Medien eine deutlich stärkere Berücksichtigung gefunden.

Kreativwirtschaft

Unter Kultur- und Kreativwirtschaft werden hier diejenigen Kultur- und Kreativschaffenden verstanden, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen bzw. kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist sowohl auf Bundesebene als auch im Land Brandenburg eine Wachstumsbranche mit einer überwiegend kleinteiligen Unternehmensstruktur. Die Branche umfasst die Teilmärkte Musikwirtschaft, Buch, Kunst, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, darstellende Künste, Designwirtschaft, Architektur, Presse, Werbung sowie Software-/Gamesindustrie.

Mit einem Umsatz von über 4 Mrd. Euro im Jahr 2008¹⁰⁾, rund 5.000 Unternehmen sowie knapp 23.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten verfügt das Land Brandenburg über beachtliche kulturwirtschaftliche Potenziale, auch wenn es aufgrund seiner geringen Einwohnerdichte als Flächenland zwangsläufig zu den kleineren regionalen Kulturmärkten in Deutschland zählt. Rechnet man die Selbstständigen, Freiberufler, die geringfügig Beschäftigten und die Beschäftigten in temporären oder Nebentätigkeiten hinzu, sind immerhin fast 50.000 Beschäftigte im Kultur- und Kreativwirtschaftsbereich tätig.

Als Umsatz- und Beschäftigungstreiber steht die Software-/Gamesbranche an der Spitze der gesamten Kultur- und Kreativwirtschaft im Land Brandenburg. Zugleich ist

10) Auswertung der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Jahr 2010 auf der Datenbasis 2008.

die Hauptstadtregion nach Hamburg bundesweit der zweitgrößte Verlagsstandort.

Der Status quo der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die Chancen und Potenziale dieser Branche im Land Brandenburg wurden im Rahmen einer Studie¹¹⁾ erfasst und Handlungsempfehlungen für die Politik aufgezeigt¹²⁾. Seit Mitte 2010 befasst sich der Arbeitskreis "Kulturwirtschaft" der Wirtschaftsministerkonferenz mit einer auch auf europäischer Ebene vergleichbaren und konsistenten statistischen Systematik für die Kreativwirtschaft.

Sowohl in der klassischen Kulturwirtschaft, wie Verlagswesen, Film, Rundfunk, Design, Musik, Kunst und Architektur, als auch in den Kreativbranchen Werbung, Software- und Gamesindustrie bestehen Markterfordernisse, neue Geschäftsmodelle und branchenübergreifende Kooperationsformen zu entwickeln. Dafür müssen Rahmenbedingungen optimiert oder neu geschaffen werden. Durch die Strukturen dieser facettenreichen Branche ist die Entwicklung von Rahmenbedingungen für alle Beteiligten – vor allem in einem Flächenland wie Brandenburg – eine anspruchsvolle Aufgabe.

Das MWE sieht sich als Hauptansprechpartner für den gewerblich orientierten Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit mit anderen Ressorts der Landesregierung (vor allem dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) ist dabei ebenso von Bedeutung wie die Zu-

sammenarbeit mit den Teilbranchen selbst und mit den fachlich betroffenen Institutionen des Landes – ob ILB, ZAB, LASA oder den IHKen. Unabdingbar ist auch eine verstärkte Kooperation mit Berlin, wie sie bereits im Medienbereich beispielhaft praktiziert wird.

Anfang 2010 wurde durch die Bundesinitiative Kulturwirtschaft das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft mit acht Regionalbüros eingerichtet. Ein Regionalbüro ist für die Region Berlin und Brandenburg zuständig. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen dem regionalen Ansprechpartner des Bundes und dem MWE ergeben sich effektive Synergien, die für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen der brandenburgischen Kreativwirtschaft genutzt werden.

Eine künftige Unterstützung muss vor allem dazu beitragen, die Wertschöpfung und die Kooperationsbereitschaft zu erhöhen bzw. die Innovationsdynamik der Branche stärker entfalten zu können. Dazu sind folgende Maßnahmen geplant:

- der Netzwerkaufbau durch den Einsatz eines Kreativkoordinators,
- die Einrichtung eines interaktiven Webportals sowie
- die Verbesserung von Finanzierungsmöglichkeiten durch ein Mikro-Darlehensprogramm auf Basis des KfW-Startgelds ("Brandenburg-Kredit Mikro"), das auch von Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft in Anspruch genommen werden kann.

Der **Kreativkoordinator** wird organisatorisch bei der ZAB angebunden und soll noch im Herbst 2011 seine Tätigkeit aufnehmen. Zu dem Tätigkeitsspektrum gehört in erster Linie die Bündelung und Entwicklung der Potenziale der Kreativwirtschaft durch den Aufbau von Netzwerk-

11) Michael Söndermann, Thomas Strittmatter (2009): Studie "Kulturwirtschaft im Land Brandenburg – Empirischer Grundlagenbericht zu den Strukturen und Entwicklungstrends des kulturwirtschaftlichen Sektors und des Non-Profit-Kultursektors im Land Brandenburg"

12) MWE/MWFK: Kultur- und Kreativwirtschaft in Brandenburg – Standortbestimmung und Ausblick 2008/2009

strukturen. Weitere wichtige Aufgaben sind die Unterstützung von Projektentwicklungen, die Beratung der Kreativen u. a. bei Finanzierungs- und Förderangelegenheiten sowie Öffentlichkeitsarbeit für die gesamte Branche und ihre Produkte (z. B. durch die Erstellung und Betreuung eines branchenspezifischen Internetportals). Ziel ist es, die verschiedenen Disziplinen der Kultur- und Kreativwirtschaft unter einem Dach zusammen zu führen, mit weiteren Wirtschaftsbranchen zu verzahnen und damit die gesamte Wertschöpfungskette von Kreativleistungen zu stärken.

2.6 Entwicklungskonzept Glasfaser 2020

Das Ziel der Glasfaserstrategie 2020 des MWE ist eine flächendeckende und zukunftssichere Breitbanderschließung aller Haushalte mit über 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) bis zum Jahr 2020. Mit dieser Strategie werden die Vorgaben von EU und Bundesregierung zur Breitbandversorgung langfristig umgesetzt¹³⁾. Als eines der ersten Flächenländer zieht Brandenburg mit der Glasfaserstrategie die Konsequenz aus der Tatsache, dass die breitbandige Internetversorgung ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Dies gilt insbesondere für die Sicherung der Wirtschaftsstandorte im ländlichen Raum. Denn während die Städte im Land Brandenburg aus heutiger Sicht mit Breitband hinreichend versorgt sind, liegt

13) Nach der EU-Leitinitiative "Eine digitale Agenda für Europa" sollen bis 2020 für alle Haushalte in der EU ein Zugang zu Internetgeschwindigkeiten von über 30 Mbit/s gewährleistet und mindestens 50 Prozent dieser Haushalte mit über 100 Mbit/s versorgt werden. Auch die Bundesregierung hat für den Breitbandausbau klare Ziele gesetzt. So sollten nach der Breitbandstrategie des Bundes bereits bis Ende 2010 alle Haushalte in Deutschland mit mindestens 1Mbit/s erschlossen sein. Bis zum Jahr 2014 sollen mindestens 75 Prozent der Haushalte mit über 50Mbit/s und mehr Bandbreite versorgt werden.

der Schwerpunkt der Unterversorgung klar im ländlichen Raum. Dieser Entwicklung wirkt die Glasfaserstrategie 2020 entgegen.

Der Schwerpunkt der Glasfaserstrategie des MWE konzentriert sich dabei auf Standorte, die über weniger als 6 Mbit/s im Download verfügen. Standorte, die durch im Wettbewerb stehende Anbieter mit breitbandigem Internet wirtschaftlich erschlossen werden können, werden dem Markt überlassen. Funklösungen bleiben als ergänzende Technologie für die Grundversorgung insbesondere sehr dünn besiedelter Gegenden und zur Nachfrageaktivierung notwendig und sind in der Breitbandstrategie berücksichtigt.

Das MWE setzt mit seinem Konzept dabei auf

- die Nutzung von Synergien beim Infrastrukturaufbau,
- unterstützende Frequenzpolitik,
- wachstumsfreundliche Regulierung und
- finanzielle Fördermaßnahmen.

In Brandenburg ist eine Vielzahl an Glasfaserinfrastrukturen entlang von Energietrassen bereits vorhanden. Dieses bisher kaum genutzte Potenzial soll konsequent ausgeschöpft und für die Breitbanderschließung des Landes nutzbar gemacht werden.

Grundsätzlich sind zwei Problemfelder anzugehen. Zum einen gilt es, die Bandbreite in vorhandenen Netzen zu erhöhen und die notwendige Finanzierung sicherzustellen. Zum andern müssen Netzlücken mit einer möglichst kosteneffizienten Lösung geschlossen werden.

Die zentrale Säule dieser langfristigen Strategie ist der Aufbau landesweiter NGA-

Netze¹⁴⁾ (Glasfaser, FTTC¹⁵⁾, interaktive Kabelnetze) zur flächendeckenden Breitbanderschließung. Hierbei geht es im Kern darum, auf Basis der vorhandenen Glasfaserinfrastrukturen in Brandenburg den zukünftigen Aus- und Neubau eines glasfaserbasierten Zugangsnetzes zu entwickeln. Einzig der Aufbau von NGA-Netzen besitzt das technologische Potential zur Erfüllung dieser Zielstellung.

Der Ausbau eines Netzes mit über 50 Mbit/s bis in die Ortslage heißt auch, dass es beim Ausbau nicht nur darum geht, den Mindeststandard von 2 Mbit/s für die "Weißen Flecken" im Land zu beseitigen. Der Bandbreitenbedarf wird sich auch in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Bereits die "Grauen Flecken" mit 2 bis 6 Mbit/s reklamieren einen höheren Breitbandbedarf. Befinden sich Gewerbegebiete in Ortslagen, liegt der Breitbandbedarf sogar bei über 16 Mbit/s. Das Ziel ist also ein nachhaltiger Ausbau zukunftsfähiger Netze, die im Weiteren auch den Glasfaserausbau durch private Anbieter in den Ortslagen sinnvoll und zeitnah ermöglichen.

Dabei ist es unstrittig, dass sich der Ausbau an wirtschaftlichen Kriterien messen lassen muss und für alle Anbieter mittel- bis langfristige auskömmliche Geschäftsmodelle ermöglichen soll.

Derzeit wird von den Mobilfunkbetreibern der LTE¹⁶⁾-Netzausbau in Brandenburg schrittweise umgesetzt. Die Breitbandversorgung über LTE ist eine wichtige und notwendige Maßnahme zur Versorgung bisher unterversorgter Kommunen (Band-

breite <2 Mbit/s). LTE als Funktechnologie bietet Kostenvorteile gegenüber einem leitungsgebundenen Ausbau und kann insbesondere im ländlichen Raum die Grundversorgung sichern und einige "Weiße Flecken" erschließen. Die LTE-Technologie kann aber einen leitungsgebundenen Ausbau nicht ersetzen. Bis zu einem Radius von 4 km um einen LTE-Funkstandort mit nicht mehr als 400 Haushalten kann eine Bandbreite von bis zu 3 Mbit/s sichergestellt werden. Sobald die Anforderungen bei 4 Mbit/s und höher liegen, reicht eine Erschließung mit LTE nicht mehr aus. Insbesondere Gewerbebestände benötigen dauerhaft höhere Bandbreiten von mehr als 3 Mbit/s.

Für den Breitbandausbau aller Haushalte im Land Brandenburg mit Glasfasertechnologie bis in jedes Haus würden Kosten von ca. 1 Mrd. Euro anfallen. Dieser Ausbau ist durch das Land nicht finanzierbar. Die Strategie des MWE, vorhandene Netze zu nutzen und somit die im Neubau erforderlichen Netzlängen zu verringern, senkt die Kosten für den Breitbandausbau in Brandenburg erheblich. Dafür sind ein landesweit koordinierter Ausbau und eine zentrale Organisation notwendig. Die Erfahrungen im bisherigen kleinteiligen Netzausbau auf Gemeindeebene zeigen, dass die spezifischen Ausbaukosten pro angeschlossenem Haushalt zu hoch liegen, da Synergieeffekte, die sich aus einem überregionalem Netzausbau ergeben, so nicht genutzt werden können. Zentrales Ziel ist daher die Verringerung der Wirtschaftlichkeitslücke beim Breitbandausbau vor Ort. Trotzdem werden für die Umsetzung der Glasfaserstrategie 2020 Fördergelder nötig sein. Möglichkeiten hierzu werden geprüft.

14) NGA bedeutet Next Generation Access, NGA-Netze sowie technologisch zukunftsfähige Netze.

15) FTTC bedeutet "Fiber to the Curb", wörtlich übersetzt "Glasfaser bis zur Bordsteinkante".

16) Long Term Evolution (LTE) ist ein Mobilfunkstandard.

2.7 Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt/Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA)

Flughafen Berlin Brandenburg

Der Bau des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) in Schönefeld ist weiterhin das bedeutendste Infrastrukturprojekt in Ostdeutschland. Durch die künftige Konzentration des bisherigen dezentralen Flughafensystems auf einen Standort kommt dem Flughafen Berlin Brandenburg eine zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu. Mit einem Investitionsvolumen von rund 2,5 Mrd. Euro wirkt das Vorhaben bereits in der Bauphase als bedeutendes Konjunkturprogramm für die Hauptstadtregion. Hinzu kommen Aufträge für die Herstellung der Straßen- und Schienenanbindung sowie für die Realisierung der Investitionen von privaten Dritten, wie Parkhäuser, Bürogebäude, Hotels oder einer Frachthalle.

Die Landesregierung hat das Vorhaben von Beginn an mit Nachdruck betrieben und unterstützt und im engen Zusammenwirken mit der Flughafengesellschaft alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um das Vorhaben qualitäts-, budget- und termingerecht zu realisieren.

Wesentliche Arbeiten am neuen Flughafen wurden zwischenzeitlich bereits abgeschlossen. Im Mai 2010 konnte für das Terminal des künftigen Flughafens Berlin Brandenburg mit einer Startkapazität von nunmehr bis zu 27 Mio. Passagieren Richtfest gefeiert werden. Im Dezember 2010 wurde die Gebäudehülle geschlossen, so dass der Innenausbau unabhängig von Witterungseinflüssen realisiert werden kann. Allerdings hat es Zeitverzögerungen bei der Planung der technischen Gebäudeausrüstung des Terminals gegeben und in Folge neuer Sicherheitsstandards bei der Fluggastkon-



Flughafen Berlin Brandenburg nach Fertigstellung (Simulation)

trolle waren Planungsänderungen erforderlich. Dies führte zu einer Verschiebung des Eröffnungstermins um sieben Monate auf Anfang Juni 2012.

Für das MWE ist es beim Bau des künftigen Flughafens Berlin Brandenburg von besonderem Interesse, dass auch die kleinen und mittelständischen Bauunternehmen eine faire Chance zur Beteiligung bekommen und von dem enormen Investitions- und Beschäftigungsvolumen angemessen profitieren können. Gemeinsam mit der Flughafengesellschaft wurden entsprechende Maßnahmen definiert und in einem Mittelstandskonzept zusammengefasst. Bis Mitte 2011 hat die Flughafengesellschaft Aufträge mit einem Gesamtvolumen von mehr als 2 Mrd. Euro vergeben. Mit über 60 Prozent des Auftragsvolumens ging ein auch im Verhältnis zu ver-

gleichbaren Projekten erheblicher Anteil der Bauaufträge an regionale Unternehmen in Berlin und Brandenburg.

Wenn der neue Flughafen Berlin Brandenburg im Frühsommer 2012 in Betrieb geht, verfügt die Hauptstadtregion über die moderne und leistungsfähige Infrastruktur, die eine Teilhabe an den Entwicklungschancen der Wachstumsbranche Luftverkehr ermöglicht. Zusätzliche Interkontinentalverbindungen und die Entwicklung von Umsteigeverkehr sind zu erwarten. Die direkte Anbindung an die internationalen Märkte wird zu einer besseren Erschließung der wirtschaftlichen Potenziale Berlins und Brandenburgs führen und die internationale Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftstandortes stärken.

Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung

2010 war der Flughafen Schönefeld wieder Schauplatz der ILA, die zugleich eine eindrucksvolle Leistungsschau als auch eine internationale Marketingplattform der Hochtechnologiebranche Luft- und Raumfahrt ist. Rund 240.000 Besucher, darunter rund 125.000 Fachbesucher interessierten sich für die Angebote von mehr als 1.100 Ausstellern aus 47 Ländern. Auch die Luftfahrtindustrie der deutschen Hauptstadtregion zeigte auf der ILA 2010 ihre Stärken und unterstrich den Anspruch, Berlin-Brandenburg zur dritten bedeutenden Aerospace-Region Deutschlands zu entwickeln. Besondere Kompetenzen sind in den Bereichen Triebwerkstechnik und Sportflugzeugbau zu verzeichnen. Produkte der Luftfahrtindustrie haben einen hohen Anteil an den brandenburgischen Exportgütern. Für die regionalen Unternehmen der Branche, in besonderem Maße für die kleinen und mittelständischen Dienstleistungs- und Zulieferunternehmen, ist die ILA von großer Bedeutung, denn die Aero-

space-Fachmesse fördert die Vertiefung internationaler Branchenkontakte und unterstützt die Anbahnung neuer Geschäfte in der ganzen Welt.

Die ILA stärkt dadurch das Ansehen der Region als Technologiestandort und sorgt dafür, dass Berlin und Brandenburg international als Luftverkehrsstandort wahrgenommen werden. Die Region gewinnt auch an Attraktivität für Investitionen und Ansiedlungen. Darüber hinaus bringt diese Großveranstaltung einen spürbaren Kaufkraftzufluss, der vor allem der Gastronomie und dem Einzelhandel zugute kommt. Die Landesregierung hat sich erfolgreich für die langfristige Bindung der ILA an die Region eingesetzt. Im Südwesten des Flughafengeländes wird im Ortsteil Selchow der Gemeinde Schönefeld ein modernes Messe- und Veranstaltungsgelände entstehen, das der ILA ab 2012 einen attraktiven Standort bietet und beste Bedingungen für Aussteller und Besucher aufweist. 2010 wurde eine eigene Entwicklungs- und Betreibergesellschaft für das Areal gegründet. Die Sicherung der notwendigen Flächen ist weitgehend abgeschlossen, wesentliche Planungsleistungen wurden beauftragt.

2.8 Ansiedlungen/Marketing/ Fachkräfteentwicklung

Ansiedlungen

Die Ansiedlung weiterer Unternehmen im Land dient der Stärkung der Wirtschaftsstruktur des Landes. Dazu sollen insbesondere Lücken in bestehenden Wertschöpfungsketten der Branchenkompetenzfelder bzw. Cluster geschlossen und die Wertschöpfungsketten erweitert werden. Unternehmensansiedlungen stärken nicht nur ihre jeweiligen Standorte, sondern können auch positive Wirkungen auf

Bestandsunternehmen in der gesamten Region haben, wenn daraus neue Zuliefer- oder Kooperationsbeziehungen entstehen. Die Ansiedlung forschungs- und innovationsorientierter Unternehmen trägt in besonderem Maße zum Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen bei.

Gerade in der jüngeren Vergangenheit erwies sich das Land Brandenburg als sehr attraktiv für hochwertige Investitionsprojekte und konnte sich im Standortwettbewerb durch eine Reihe erfolgreicher Ansiedlungsvorhaben deutlich verbessern (siehe Abbildung 8).

Insbesondere auf dem Gebiet der Clean Technologies zählt Brandenburg inzwischen auch im internationalen Vergleich zu den führenden Standorten. Diese Position wurde 2010 durch weitere Ansiedlungen ausgebaut. So will der amerikanische Solarmodulproduzent First Solar die Produktion in Frankfurt (Oder) bis zum dritten Quartal 2011 durch die Erweiterung um vier Fertigungslinien verdoppeln. Ein wei-

terer Erfolg ist die Ansiedlung des Solarmodulproduzenten Algatec in Großräschen (Oberspreewald-Lausitz). Die ZAB hat mit der Einrichtung einer teamübergreifenden Task Force "Clean Tech" diesem Thema besondere Bedeutung in ihrer Arbeit eingeräumt.

Die Luftfahrtindustrie hat mit dem Mechanical Test Operation Centre (MTOC) des Rolls-Royce-Konzerns eine Top-Einrichtung im internationalen Maßstab für die Region gewonnen. Die Erweiterung bei MTU unterstreicht die Dynamik der Branche in der deutschen Hauptstadtregion. Dies ist auch mit der erfolgreichen ILA 2010 deutlich hervorgehoben worden.

Darüber hinaus konnte die ZAB die Tandem Verlagsgruppe GmbH für Potsdam gewinnen, die 100 neue Arbeitsplätze schaffen wird. Ferner hat der Telekommunikationsdienstleister Nextira One sich für eine Ansiedlung in Teltow entschieden. Hier werden 360 neue Arbeitsplätze entstehen. Ebenfalls hervorzuheben sind die

Abbildung 8: Ansiedlungsergebnisse der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB)

	2009	2010
Anzahl der Investitionen	95	112
davon Direktinvestitionen	46	42
davon Erweiterungsinvestitionen	43	66
davon Betriebsstabilisierung	6	4
Investitionszusagen (in Mio. Euro)	316,9	825,2
Zusage von Schaffung oder Stabilisierung von Arbeitsplätzen	2.691	3.274
davon Direktinvestitionen	822	1.081
davon Erweiterungsinvestitionen	1.354	1.848
davon technologieorientierte Existenzgründungen und FuE-Projekte	515	345

Quelle: ZAB

Ansiedlungen der Schmidt Maschinenbau GmbH in Eberswalde (Barnim) sowie von Funghi Tech in Fehrbellin, die zur Ernährungsbranche gehört.

Eine Reihe wichtiger Unternehmensansiedlungen gab es im Jahr 2010 im Umfeld des künftigen Flughafens Berlin Brandenburg. Die ZAB hat allein im 30-Minuten-Radius um den Airport 28 Projekte mit 939 Arbeitsplätzen begleitet. Dazu zählen die Flugzeugwerften von Air Berlin, Germania und Lufthansa Technik in Schönefeld sowie verschiedene Logistikunternehmen wie DB Schenker in Großbeeren und Siemens Logistik in Ludwigsfelde.

Der Industrieanteil bei den von der ZAB im Jahr 2010 begleiteten Ansiedlungen betrug 57 Prozent, davon wiederum der Anteil von Hoch- und Spitzentechnologie 55 Prozent. Beides ist für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in Brandenburg besonders wichtig, denn industrielle Investitionen ziehen erfahrungsgemäß weitere Investitionen von Zulieferern und Partnern nach sich und auch die Arbeitsplatzwirkungen auf Handwerk und Dienstleister sind besonders hoch.

Marketing

Die Akquisition von Unternehmen für den Standort Brandenburg wird durch gezielte Maßnahmen des Branchenmarketings und des Marketings für das Land als Standort mit hoher Lebensqualität aktiv unterstützt. Die Marketingmaßnahmen vermitteln die Branchenkompetenzen, die Alleinstellungsmerkmale und die Wettbewerbsvorteile der Region. Für ansiedlungsinteressierte Unternehmen sind die komparativen Vorteile des Standortes, z. B. qualifizierte Fachkräfte, eine breite Wissens- und Forschungslandschaft, eine leistungsfähige Infrastruktur und gute Förderbedingungen von großer Bedeutung. Beim Standortmar-

keting ist die enge Verzahnung mit Berlin strategischer Leitfadenelement.

Ab 2012 soll das Marketing Brandenburgs durch das LandesPräsentationsTool (LPT) ergänzt und erweitert werden. Mit dem LPT als multimedialem Online-Portal wird die Erstellung einer auf Geodaten basierenden Darstellung für das Flächenland Brandenburg erfolgen. In dem LPT werden harte und weiche Standortfaktoren regional differenziert dargestellt werden können. Vor dem Hintergrund von eGovernment wird das LPT die bei Verwaltung, Wirtschaftskammern, Verbänden, Wissenschaftseinrichtungen und weiteren Akteuren vorhandenen Daten sowie Standortvorteile bündeln und per schnellem Zugriff abrufbar machen. Gemeinsam mit dem Berliner "Business Location Center" (BLC) verfügt die Hauptstadtregion dann über ein hochmodernes Informationsmanagement, das die Position im internationalen Standortwettbewerb weiter stärkt.

Fachkräfteentwicklung

Qualifizierte Fachkräfte sind eine zentrale Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist zudem ein entscheidendes Kriterium für Investoren bei Ansiedlungsentscheidungen und Betriebserweiterungen. Fachkräfteknappheit kann sowohl die Entwicklung einzelner Unternehmen gefährden als auch die Wachstumschancen der brandenburgischen Wirtschaft beeinträchtigen. Für das Land Brandenburg kann gegenwärtig zwar kein flächendeckender, wohl aber ein punktueller Fachkräftebedarf festgestellt werden. Ursachen dafür sind vor allem die Auswirkungen der demografischen Entwicklung mit geburtenschwachen Jahrgängen und die Abwanderung von Fachkräften. Für die brandenburgische Arbeits- und Wirtschaftspolitik bedeutet Fachkräfte-

entwicklung, neben den aktuellen Erfordernissen auch die mittel- und langfristigen Trends des Fachkräftebedarfs in den Blick zu nehmen und daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

Vor diesem Hintergrund haben die für Arbeit zuständigen Ressorts der Länder Berlin und Brandenburg eine Studie zur zukünftigen Entwicklung des Fachkräftebedarfs¹⁷⁾ für die gesamte Hauptstadtregion erarbeiten lassen. Eine branchenspezifische Vertiefung erfolgte insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftsbereiche, die in den kommenden Jahren zu Clustern fortentwickelt werden sollen. In der "Gemeinsamen Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg" wird außerdem ein innovativer Wachstumskurs in Industrie und Gewerbe der Region vorhergesagt. Demzufolge wächst die Nachfrage nach Fachkräften. Prognostiziert wird, dass im Jahr 2030 bis zu 460.000 Arbeitsplätze in der Hauptstadtregion nicht besetzt werden können, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Die Instrumente der brandenburgischen Landesregierung zur Fachkräfteentwicklung sind unter dem Motto "Brandenburger Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen" in einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst. Dabei wird neben dem "Bilden" (Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung) das "Halten" von akademischen Fachkräften im Land bzw. in der Region immer wichtiger. Hier spielen Faktoren wie attraktive Arbeitsbedingungen, ein angemessenes Lohnniveau sowie zahlreiche weiche Standortfaktoren eine große Rolle. Dies gilt ebenso für das "Gewinnen" von Fachkräften aus dem In- und Ausland

vor allem im Zusammenhang mit der seit Mai 2011 erfolgten Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Ein im Zusammenhang mit Unternehmensansiedlungen wichtiger Punkt des Maßnahmenkatalogs ist das "Brandenburger Servicepaket". Gemeinsam stellen die Bundesagentur für Arbeit, das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, das MWE, die Landesagentur für Struktur und Arbeit sowie die ZAB Investoren ein individuell auf die Bedürfnisse des ansiedlungswilligen Unternehmens zugeschnittenes Qualifizierungspaket für die Mitarbeiter zur Verfügung.

2.9 Existenzgründungen

Die Förderung von Existenzgründungen ist ein wesentliches Element der brandenburgischen Mittelstandspolitik. Ein Indikator für den Erfolg dieser Politik ist die Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen), die im Jahr 2010 mit 12,3 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 10,9 Prozent lag. Im Bundesländervergleich erreichte Brandenburg hinter Berlin und Bayern den dritten Rang.

Zur Förderung von Existenzgründungen gehört die Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation. Dies bedeutet, Menschen im Land Brandenburg für eine berufliche Selbständigkeit zu interessieren, sei es für die Gründung eines neuen bzw. für die Übernahme eines bestehenden Betriebs oder für eine selbständige freiberufliche Tätigkeit. Das Interesse für die Selbständigkeit soll bereits bei Schülern geweckt und durch praktische Tätigkeiten vertieft werden. Weitere wichtige Handlungsfelder sind die Unterstützung der Gründer und die Sicherung des Erfolgs

17) Prognos (2010), Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg

von Gründungen durch eine qualifizierte Beratung und Begleitung in der Vor- und der Nachgründungsphase sowie die Begleitung von Unternehmensnachfolgen.

Zur Erhöhung der Gründungsmotivation und zur Begleitung von Gründern gibt es vielfältige Angebote:

- Im **“Gründungsnetz Brandenburg”** finden sich alle wichtigen Akteure des Gründungsgeschehens in Brandenburg wieder. Seit 2000 arbeiten in der Landesinitiative, die bis 2007 unter dem Begriff AGIL **“Aufbruch: Gründen im Land”** geführt wurde, vier Ressorts der Landesregierung (Arbeit, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft) mit. Inzwischen arbeiten alle brandenburgischen Kammern, das Brandenburgische Institut für Existenzgründung und Mittelstandsförderung e.V., die Bürgschaftsbank Brandenburg, die Landesagentur für Struktur und Arbeit und die ZAB mit und tragen dazu bei, gemeinsame Initiativen auf den Weg zu bringen. Ziel des Gründungsnetzes ist es, Brandenburger für den Schritt in die Selbständigkeit zu begeistern und sie auf diesen Schritt ausreichend vorzubereiten. Das Internetportal des Gründungsnetzes heißt www.gruendungsnetz.brandenburg.de und bietet seit April 2011 auch Informationen zu dem Schwerpunktthema Finanzierung von Klein Gründungen.
- Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) war im Jahr 2010 deutscher Partner der **“Global Entrepreneurship Week” (GEW)**. Im Zeitraum vom 15. bis 21. November 2010 fanden weltweit tausende Veranstaltungen zu den Themen Existenzgründung und unternehmerische Selbständigkeit statt. In

Deutschland wurde unter dem Titel **“Gründerwoche Deutschland 2010”** in mehreren hundert Veranstaltungen versucht, junge Menschen für die unternehmerische Selbständigkeit zu begeistern. Das Gründungsnetz Brandenburg mit seinen Partnern wirkte an dieser Veranstaltungsreihe mit und nutzte über die Marketingmaßnahmen des BMWi (u. a. über die Website www.gruenderwoche.de) die Gelegenheit, das Thema Existenzgründung noch stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die Gründerwoche 2011 wird vom 14. bis zum 20. November stattfinden.

- Im Rahmen des von allen Hochschulen des Landes gegründeten **Brandenburgischen Institutes für Existenzgründung und Mittelstandsförderung e.V. (BIEM)** leisten die Hochschulen einen nachhaltigen Beitrag zur Gründungsförderung. Die Universität Potsdam ist laut Handelsblatt-Ranking der gründungsbezogenen Aktivitäten an deutschen Universitäten die Hochschule mit der besten Gründerausbildung bundesweit. Die vom MWE geförderten Gründungsstandortmanager an neun Hochschulen sind erste Ansprechpartner für gründungswillige Studierende. Sie bieten Erst- und Orientierungsberatung und vermitteln Kontakt zu Ansprechpartnern für weitere Beratungsleistungen.
- Viele Schüler haben durch Ferien- oder Nebenjobs bereits Einblicke ins Arbeitsleben gewonnen. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn Jugendliche selbst zu Unternehmern werden. Die Servicestelle-Schülerfirmen unterstützt die Gründung und Arbeit von Schülerfirmen, sie berät Schulen

- aller Schulformen vor Ort und begleitet von der ersten Idee bis zum erfolgreichen Start. Im Jahr 2010 wurde vom MWE die Erarbeitung eines **Schülerfirmenbranchenbuches** unterstützt. Damit wurde erstmals für Brandenburg eine umfassende Übersicht bestehender Schülerfirmen erstellt.
- Der **Businessplan-Wettbewerb (BPW)** wird seit 1996 durchgeführt und hat sich zum größten und auch erfolgreichsten regionalen Gründerwettbewerb Deutschlands entwickelt. Das von Berlin und Brandenburg gemeinsam getragene Beratungsangebot ermöglicht Gründern, kostenlose Seminare und Coachings in Anspruch zu nehmen und ihren Businessplan (vertraulich) überprüfen zu lassen. Gleichzeitig werden die besten Konzepte in drei Wettbewerbsstufen prämiert und mit Geldpreisen ausgezeichnet (www.b-p-w.de).
 - Die **deGUT Deutsche Gründer- und Unternehmertage** bieten einmal im Jahr ein kompaktes Informationsangebot mit Themen rund um die Gründung. An zwei Tagen finden sich regionale und überregionale Aussteller in Berlin ein, um für die Interessierten aus der Hauptstadtregion Fördermöglichkeiten zu erläutern und mögliche Geschäftsmodelle vorzustellen. Zur deGUT gehört neben einem umfangreichen Seminar- und Workshopprogramm auch die Verleihung des KfW-Unternehmerpreises "Gründer Champion". Hier werden junge Unternehmen aus allen Branchen ausgezeichnet, die sich auf besondere Weise auf dem Markt behauptet haben. Inzwischen ist die deGUT die größte derartige Veranstaltung bundesweit (www.degut.de). Im Jahr 2011 (21. und 22. Oktober) findet die Messe erstmals auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof statt. Der neue Messestandort steht auch symbolisch für die Kreativität und Aufbruchstimmung von jungen Existenzgründern.
 - Das MWE fördert ein **Modellprojekt "Fit für die Unternehmensnachfolge im Handwerk"** im Zeitraum von Ende 2008 bis Ende 2012. Die Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft hat gemeinsam mit regionalen Unternehmen eine Initiative zur Sicherung der Führungsnachfolge in Handwerksunternehmen gestartet. Interessierte und engagierte Auszubildende sollen frühzeitig über eine Zusatzqualifizierung auf eine spätere Übernahme eines Handwerksunternehmens vorbereitet werden. Die Gemeinschaftsinitiative, die ein Novum darstellt, schafft mit der Zusatzqualifizierung einen Nachwuchspool für das Handwerk und vermittelt aus diesem Pool heraus den Nachwuchs an suchende Altunternehmer. Die begleitende Beratung von Betriebsübernahmen im Rahmen der Unternehmensnachfolge kann über die M4-Richtlinie (Management, Marketing, Messen und Markterschließung) gefördert werden (siehe Kapitel C 2.10).

2.10 Förderinstrumente und Unternehmensfinanzierung

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)

Die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) ist neben dem Europäischen Fonds für re-

gionale Entwicklung (EFRE) das wichtigste Instrument zur Förderung des Strukturwandels und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums für mehr Beschäftigung. Mit den Mitteln der GRW werden Investitionen gefördert, die die Einkommens- und Beschäftigungssituation verbessern. Um die Wachstumspotenziale Brandenburgs zu unterstützen, können sowohl gewerbliche Investitionen (GRW-G) als auch kommunale Infrastrukturmaßnahmen (GRW-I) gefördert werden.

Im Land Brandenburg wurden im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (GRW-G) im Jahr 2010 rd. 471 Projekte mit Fördermitteln in Höhe von rd. 306 Mio. Euro bezuschusst und damit Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 1.174 Mio. Euro angeschoben. Damit verbunden ist die Schaffung von rd. 3.800 neuen Arbeitsplätzen und rd. 340 Ausbildungsplätzen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 10 Prozent mehr Vorhaben bewilligt. Im ersten Halbjahr des Jahres 2011 wurden in der GRW-G 213 Projekte mit Fördermitteln in Höhe von ca. 85 Mio. Euro bezuschusst und damit Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 439 Mio. Euro angeschoben. Damit verbunden ist die Schaffung von 1.134 neuen Arbeits- und 92 Ausbildungsplätzen.

Die brandenburgische Wirtschaftspolitik setzt auf einen starken Mittelstand. Um dessen Potenziale zu stärken, wurde im September 2005 das **Wachstumsprogramm für den Mittelstand** im Rahmen der GRW-G aufgelegt. Das Programm ist von den mittelständischen Unternehmen gut angenommen worden. Allein für den Mittelstand sind im Jahr 2010 für insgesamt 394 Vorhaben Fördermittel in Höhe von rd. 116 Mio. Euro zugesagt worden. Damit wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 333 Mio. Euro angeschoben und etwa 1.000 neue Arbeitsplätze und

130 Ausbildungsplätze geschaffen. Im ersten Halbjahr des Jahres 2011 wurden im Wachstumsprogramm 187 Projekte mit Fördermitteln in Höhe von ca. 37 Mio. Euro bezuschusst und damit Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 105 Mio. Euro angeschoben. Damit verbunden ist die Schaffung von 314 neuen Arbeits- und 46 neuen Ausbildungsplätzen.

Zur Finanzierung geplanter Investitionen werden im Rahmen der gewerblichen Förderung in Kombination mit dem GRW-Zuschuss auch **unbesicherte Nachrangdarlehen** angeboten. Die Darlehen haben Laufzeiten von acht bis zehn Jahren, müssen in den ersten drei Jahren nicht getilgt werden und sind zinsfrei. Im Jahr 2010 sind sechs kombinierte Zuschüsse/Darlehen ausgereicht worden. Bei angeschobenen Investitionen von rd. 37,5 Mio. Euro sind Zuschüsse in Höhe von rd. 5,5 Mio. Euro und Darlehen in Höhe von rd. 10,58 Mio. Euro bewilligt worden.

In Brandenburg-Südwest (Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße sowie kreisfreie Städte Brandenburg a. d. H., Potsdam und Cottbus) erfolgten zum 1. Januar 2011 die von der EU geforderten Absenkungen der Höchstfördersätze um 10 Prozentpunkte für kleine Unternehmen auf 40 Prozent, für mittlere Unternehmen auf 30 Prozent und für Nicht-KMU auf 20 Prozent. Die EU-Vorgabe begründet sich in der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der Region Südost-Brandenburg, in deren Folge das Pro-Kopf-Einkommen auf über 75 Prozent des EU-25-Durchschnitts stieg.

Zwischen Berlin und Brandenburg besteht Einvernehmen, Verlagerungen gewerblicher Unternehmen aus der GRW grundsätzlich nicht mehr zu fördern. Die beraten-

den Fördergremien der Länder informieren gegenseitig über Investitionsförderungen.

Bei Lohnkostenförderung haben sich Berlin und Brandenburg auf einen Mindestjahresbruttolohn von 25.000 Euro geeinigt. Die Richtlinie GRW-G wird derzeit im Rahmen der Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik (siehe Kapitel C 1.1) überarbeitet. Größtmögliche volkswirtschaftliche Effekte sollen durch Konzentration auf die Unterstützung qualitativ hochwertiger Investitionen erzielt werden. Insbesondere über die Gewährung von Struktureffekten können entsprechende Förderanreize geschaffen werden. Außerdem sollen die Förderkriterien am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden. Beim effizienten Einsatz der Fördermittel muss auch berücksichtigt werden, dass sich das Land Brandenburg bei Investitionsentscheidungen im Standortwettbewerb mit anderen Regionen befindet.

Infrastrukturmaßnahmen zielen auf die Verbesserung der Standortattraktivität für Investoren. Die GRW-I-Richtlinie enthält neben der Festlegung eines einheitlichen Basisfördersatzes für Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 50 Prozent die Möglichkeit einer Aufstockung von bis zu 30 Prozent in Regionalen Wachstumskernen (RWK) sowie in Kur- und Erholungsorten. Im Jahr 2010 wurden 24 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 24 Mio. Euro im Bereich der Infrastruktur gefördert. Die Verbesserung und der Ausbau der verkehrlichen Erschließung der Industrie- und Gewerbegebiete wurden in fünf und die Attraktivitätssteigerung der touristischen Infrastruktur in drei Fällen gefördert. Im ersten Halbjahr des Jahres 2011 wurden 15 Infrastrukturvorhaben mit insgesamt rd. 32 Mio. Euro, davon sechs Vorhaben der touristischen Infrastruktur mit insgesamt 20 Mio. Euro unterstützt.

Die Richtlinie wurde zum 1. Februar 2011 dahin gehend geändert, dass bei Einnahme schaffenden Infrastrukturvorhaben (Vorhaben, bei denen zu erwartende Nettoeinnahmen – z. B. durch Flächenverkäufe oder Mieteinnahmen – von den förderfähigen Ausgaben abgesetzt werden) die Berechnung der Nettoeinnahmen nur noch beim Einsatz von EFRE-Mitteln vorzunehmen ist. Das entlastet die kommunalen Träger in vielen Fällen davon, neben dem Eigenanteil auch die erwarteten Nettoeinnahmen vorzufinanzieren.

Neben der Investitionsförderung gibt es in der GRW auch nichtinvestive Fördertatbestände. Das Förderangebot "**Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement**" unterstützt die überregionale Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und wirtschaftsnahen Einrichtungen innerhalb der Branchenkompetenzfelder bzw. Cluster. Innerhalb einer Anlaufphase von drei Jahren können Kooperationsvorhaben im Rahmen einer Anschubfinanzierung mit bis zu 500.000 Euro gefördert werden. Eine einmalige Verlängerung um weitere drei Jahre ist nach positiver Evaluierung möglich. Im Jahr 2010 machten davon sieben Kooperationsnetzwerke Gebrauch. Im Jahr 2011 werden insgesamt 15 Kooperationsnetzwerke gefördert, davon 11 Netzwerke in der zweiten und vier Netzwerke in der ersten Förderphase. Nach dem Auslaufen der Projekte aus der zweiten Förderphase sollen die Netzwerke frei finanziert arbeiten, da eine weitere Förderung nicht erfolgt. Das betrifft ab Mitte des Jahres 2011 zwei Netzwerke und 2012 ein weiteres Netzwerk. Die frei finanzierte Phase der Netzwerke wird durch umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Netzwerktätigkeiten vorbereitet.

Das Förderangebot "**Regionalbudget**" richtet sich als Modellversuch an RWK

(siehe Kapitel C 1.3). Mit dem Regionalbudget können gemeinsam mit dem angrenzenden bzw. umgebenden Landkreis gemeinsame Projekte durchgeführt werden, die zur Stärkung regionsinterner Kräfte, zur Verbesserung der regionalen Kooperation, zur Mobilisierung regionaler Wachstumspotenziale, zur Initiierung regionaler Wachstumsprozesse oder zur Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings dienen. Die Förderung beträgt bis zu 150.000 Euro pro Jahr bei einer Laufzeit von drei Jahren. Im Jahr 2010 wurden sechs Vorhaben, im 1. Halbjahr 2011 ein Vorhaben bewilligt (siehe Kapitel 1.3.).

Ein ebenfalls wirtschaftspolitisch bedeutender Infrastrukturförderatbestand ist die **Errichtung oder der Ausbau von Kommunikationsverbindungen**. Die Maßnahme soll zur Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen für Unternehmen aufgrund des mangelnden Zugangs zu Breitbandanschlüssen beitragen (siehe Kapitel 2.6). Förderfähige Betriebe sollen zielgerichtet und vorrangig mit einem Breitbandanschluss versorgt werden. Private Haushalte können mit angeschlossen werden. Im Jahr 2010 konnten 12 Anträge zur Vorbereitung und Durchführung von Breitbandinfrastrukturinvestitionen bewilligt werden. Im ersten Halbjahr 2011 wurden fünf Vorhaben mit insgesamt 120.000 Euro unterstützt.

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Die Strukturförderung der Europäischen Union (siehe Kapitel D 1) dient dem Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte und unterstützt Brandenburg, sich im Wettbewerb der Regionen erfolgreich zu behaupten.

Mit der im Jahr 2000 beschlossenen Lissabon-Strategie verfolgte die Europäische

Union das Ziel, "dass die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt wird, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen." Dieses Ziel wurde im Jahr 2001 durch den Europäischen Rat von Göteborg um die Dimensionen "Umwelt" und "nachhaltige Entwicklung" ergänzt. Im Jahr 2005 wurde die Strategie dahingehend modifiziert, dass Wachstum und Beschäftigung in den strategischen Fokus gelangten. Außerdem wurden Aktionen insbesondere in vier Handlungsfeldern beschlossen: Erschließung des Unternehmenspotenzials, Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Europäische Energiepolitik sowie Wissen und Innovation (zum Nachfolgeprogramm, der im Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedeten und auf zehn Jahre angelegten Strategie "Europa 2020", siehe Kapitel D1).

Im Rahmen des Operationellen Programms (OP) für den EFRE werden im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie drei strategische Ziele festgelegt: die Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Unternehmenssektors, die Stärkung des Innovationspotenzials in Forschung und Bildung zum Ausbau der Wissensgesellschaft sowie die Unterstützung infrastruktureller Potenzialfaktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Das brandenburgische EFRE-OP für die Förderperiode 2007 bis 2013 (für die gesamte Förderperiode stehen insgesamt rd. 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung) besteht aus vier Schwerpunkten:

Schwerpunkt 1: Förderung betrieblicher Investitions- und Innovationsprozesse,

Schwerpunkt 2: Entwicklung innovations-, technologie- und bildungsorientierter Infrastrukturen,

Schwerpunkt 3: Förderung wirtschaftsnaher, touristischer und Verkehrsinfrastrukturen,

Schwerpunkt 4: Förderung der Umwelt und städtischen Entwicklung.

Im Jahr 2010 wurden Bewilligungen in allen vier Schwerpunkten vorgenommen (alle Angaben sind gerundet): Im Schwerpunkt 1 konnten im Jahr 2010 92 Mio. Euro bewilligt werden. In den Schwerpunkten 2 und 3 sind 30 Mio. Euro bzw. 38 Mio. Euro gebunden worden. Im Schwerpunkt 4 konnten 18 Mio. Euro ausgereicht werden. Im Rahmen der Technischen Hilfe wurden 3,5 Mio. Euro gebunden.

In der Förderperiode 2007 bis 2013 wurden (ebenfalls gerundete Angaben) insgesamt 1 Mrd. Euro bewilligt und 500 Mio. Euro EFRE-Mittel ausgezahlt (Bewilligungen im Schwerpunkt 1: 536 Mio. Euro; im Schwerpunkt 2: 147 Mio. Euro; im Schwerpunkt 3: 219 Mio. Euro; Schwerpunkt 4: 92 Mio. Euro; Technische Hilfe: 16 Mio. Euro).

Für jedes Projekt ist eine nationale Kofinanzierung sicherzustellen. Diese kann aus Landes-, Bundes- oder kommunalen Mitteln oder auch über private Mittelgeber erfolgen. In der laufenden Förderperiode wurden rund 63 Prozent der Mittel für Projekte in städtischen und etwa 37 Prozent für Projekte in ländlichen Gebieten zugesagt.

Unter www.efre.brandenburg.de stehen detaillierte Informationen zur Verfügung.

Programme für kleine und mittlere Unternehmen¹⁸⁾

Das Land Brandenburg unterstützt kleine und mittlere Unternehmen durch zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen bei Gründung, Übernahme und Erweiterung von Unternehmen, aber auch bei der Umsetzung notwendiger Struktur Anpassungen, bei der Überwindung von Liquiditätsengpässen und bei der Stärkung der Eigenkapitalbasis. Als Förderbank kommt der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Unternehmensförderung zu. Durch die stärkere Etablierung eigener Programme soll die ILB zu einer Förder- und Strukturbank weiterentwickelt werden.

Darlehen

Ziel des **Konsolidierungs- und Standort-sicherungsprogramms** ist es, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU, die sich vorübergehend in existenzbedrohenden Schwierigkeiten befinden, wiederherzustellen. Zusätzlich zur Umstrukturierung der Unternehmen wird seit Oktober 2009 auch die Liquiditätssicherung bis zur Erstellung eines Umstrukturierungsplanes (Rettungsbeihilfe) gefördert. Im Jahr 2010 wurden fünf Anträge mit einem Volumen von 1,10 Mio. Euro bewilligt. Von Januar bis Ende Juni 2011 erfolgten drei Zusagen über 0,61 Mio. Euro. Die relativ niedrigen Zahlen der Zusagen spiegeln die derzeit gute konjunkturelle Entwicklung wider.

Der **Brandenburg-Kredit für den Mittelstand** dient der langfristigen Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln. Er basiert auf dem KfW-Unternehmerkredit. Im Jahr 2010 gab es mit 405 Zusagen über

18) Siehe dazu auch: Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg 2011/2012, MWE, 2011

insgesamt 66,78 Mio. Euro eine deutliche Zunahme der Anzahl der Zusagen und des Kreditvolumens gegenüber dem Vorjahr. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 hat die ILB 149 Darlehensverträge mit einem Volumen von 26,04 Mio. Euro geschlossen.

Über das **ILB-Wachstumsprogramm "Kooperationsdarlehen für den Mittelstand"** beteiligt sich die ILB als Konsortialpartner der Hausbank an der Finanzierung von Investitionen von bestehenden mittelständischen Unternehmen. Im Jahr 2010 konnten 14 Zusagen über Darlehen und Avale im Gesamtumfang von 21,65 Mio. Euro erteilt werden. Von Januar bis zum 30. Juni 2011 erfolgte eine Zusage über 2,12 Mio. Euro.

Der **Brandenburg-Kredit Mikro**, der im Verlauf des III. Quartals 2011 angeboten werden soll, basiert auf dem KfW-Startgeld. Er richtet sich an Gründer, Freiberufler und kleine Unternehmen aller Branchen bis zu drei Jahre nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit relativ geringem Kapitalbedarf, die noch keine Hausbank gefunden haben.

Das Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm und den Brandenburg-Kredit Mikro wickelt die ILB im Auftrag des MWE ab. Der Brandenburg-Kredit für den Mittelstand und das ILB-Wachstumsprogramm "Kooperationsdarlehen für den Mittelstand" sind Eigenprogramme der Bank.

Beteiligungen und mezzanine Formen

Die **Stärkung** der oft unzureichenden **Eigenkapitalbasis** der KMU ist besonders wichtig für deren Wachstumsmöglichkeiten. Deshalb arbeiten MWE und ILB hier gemeinsam an einer Ausweitung des Förderangebotes. Die zunehmende Bedeutung von beteiligungs- und eigenkapitalnahen Finanzierungen in der Unternehmens-

förderung wird auch durch die zum 1. Juli 2010 erfolgte Bündelung dieser Aktivitäten in dem neu geschaffenen Bereich "Beteiligungsmanagement" der ILB unterstrichen.

In diesem Rahmen nimmt die ILB seit dem 1. Juli 2011 auch die Aufgaben der BC Brandenburg Capital GmbH (einer Holdinggesellschaft verschiedener Beteiligungsfonds) als Geschäftsbesorgerin wahr. Damit kann eine breitere Auswahl an Finanzierungsmitteln aus einer Hand angeboten und somit den Anforderungen an eine optimale Finanzierung noch besser entsprochen werden.¹⁹⁾

Zielgruppe des **BFB Wachstumsfonds Brandenburg** sind technologieorientierte KMU in der Früh- und Wachstumsphase. Es können offene oder stille Beteiligungen eingegangen werden. Die auszureichenden Beteiligungen betragen bis zu 2,5 Mio. Euro pro Zwölfmonatszeitraum pro KMU für die Finanzierungstranche. Der private Kofinanzierungsanteil muss – bezogen auf die jeweilige Finanzierungstranche – mindestens 30 Prozent betragen. Bis Ende 2010 wurde bereits 14 Unternehmen Kapital zur Verfügung gestellt.

Der **Frühphasenfonds**, der seine Investitionstätigkeit im März 2010 aufgenommen hat, ist auf kleine innovative Unternehmen in der Seed- und Start-up-Phase orientiert. Er kombiniert eine offene Beteiligung mit einem Nachrangdarlehen, wobei das Gesamtinvestment maximal 1,0 Mio. Euro betragen kann. Ein privates Ko-Investment ist nicht zwingend erforderlich. Von Januar bis Ende Juni 2011 konnten 8 Nachrangdarlehen bzw. Beteiligungen zugesagt werden.

19) Siehe dazu: Investitionsbank des Landes Brandenburg, Geschäftsbericht 2010

Der **Brandenburg-Kredit Mezzanine**, ein Nachrangdarlehensfonds für bestehende KMU aller gewerblichen und freiberuflichen Branchen, die Wachstum finanzieren wollen, ist im November 2010 gestartet. Bis Juni 2011 wurde ein Engagement eingegangen, weitere sind in Vorbereitung.

Bürgschaften

Die Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH (BB) als Selbsthilfeeinrichtung der mittelständischen Wirtschaft ermöglicht Unternehmen trotz fehlender banküblicher Sicherheiten den Zugang zu Krediten.

Beim Programm **Bürgschaft "Klassik"** übernimmt die BB Ausfallbürgschaften von bis zu 80 Prozent des Kreditbetrages für Betriebsmittel- und Investitionskredite. Der Bürgschaftshöchstbetrag liegt bei 1,0 Mio. Euro. Die im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossenen befristeten Anhebungen des verbürgbaren Kreditanteils auf 90 Prozent und des Bürgschaftshöchstbetrages auf 2,0 Mio. Euro sind zum 31. Dezember 2010 ausgelaufen.

Das **Programm Bürgschaft ohne Bank** bietet den Antragstellern zweifache Unterstützung. Für Kredite bis 400.000 Euro übernimmt die BB gemeinsam mit den Betriebsberatern der Kammern die Prüfung des Antrages und senkt damit den Verwaltungsaufwand der Bank, die letztlich den Kredit gewährt. Gleichzeitig wird eine Ausfallbürgschaft von maximal 80 Prozent des Kreditbetrages übernommen und damit das Risiko der Bank erheblich reduziert.

In Kooperation mit den Kammern, der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam und weiteren Sparkassen bietet die BB die Programme **Unternehmersofortkredit** und **Handwerkersofortkredit** an. KMU, die Kredite bis 100.000 Euro benötigen, erhalten Hilfe bei der Antragstellung. Nach Vorlage

aller notwendigen Unterlagen wird über den Antrag innerhalb von 10 Tagen entschieden. Auch für diese Kredite ist die Übernahme einer bis zu 80-prozentigen Ausfallbürgschaft möglich.

Insgesamt hat die BB im Jahr 2010 387 Bürgschaften mit einem Bürgschaftsvolumen von 83,93 Mio. Euro übernommen. Damit ist das Bürgschaftsgeschäft der BB im Vergleich zum Vorjahr hinsichtlich der Bürgschaftsfälle leicht und bezüglich des Bürgschaftsvolumens deutlich gewachsen (2009: 336 Bürgschaften, Volumen: 66,94 Mio. Euro).

Unternehmensbegleitung, Konsolidierung

Zur Unterstützung von Unternehmen in Schwierigkeiten – insbesondere angesichts der Auswirkungen der Finanzmarktkrise – ist Anfang 2009 eine Monitoring-Gruppe gegründet worden, die aus Vertretern der ILB, der BB, der ZAB und des MWE besteht. Die Mitglieder dieser Monitoring-Gruppe stehen als Ansprechpartner für Unternehmen in Brandenburg zur Verfügung, die unverschuldet in die Krise geraten sind. Wesentliche Aufgabe ist die Beratung über konkrete Hilfestellungen für diese Unternehmen. Die Arbeit der Gruppe wird über die Finanzmarktkrise hinaus fortgeführt.

Ziel der Arbeit der Monitoring-Gruppe ist es, die Restrukturierung und Stabilisierung von Unternehmen zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu erhalten und Werksschließungen zu verhindern. Das Gremium hat seit Februar 2010 insgesamt 115 Unternehmen begleitet. Betroffen sind und waren Unternehmen aller Größen und Branchen. 33 dieser Unternehmen konnte unmittelbar geholfen werden, indem entweder eine staatliche Bürgschaft oder ein Kreditprogramm des Bundes oder des Landes genutzt wurde. So konnten insge-

samt ca. 2.710 Arbeitsplätze gesichert werden. Weitere 37 Unternehmen haben nach Begleitung durch die Monitoring-Gruppe eine Stabilisierung ohne öffentliche Mittel geschafft, indem z.B. privates Kapital zur Verfügung gestellt worden ist und/oder die Auftragslage sich wieder verbessert hat. 13 Unternehmen mussten Insolvenz anmelden, 5 Unternehmen konnte aufgrund fehlender Fördervoraussetzungen keine Förderung gewährt werden und 21 Unternehmen sind im Rahmen von öffentlichen Finanzierungsangeboten ihren Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen und werden deshalb nicht weiter begleitet. Mitte Juni 2011 befanden sich noch 6 Unternehmen in der Betreuung der Monitoring-Gruppe.

Konversion

Auf der Grundlage der "Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg 2007 – 2010" wurden im Jahr 2010 15 Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 4,4 Mio. Euro auf den Weg gebracht. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai 2011 wurden vier Projekte mit einem Fördervolumen von 1,3 Mio. Euro bewilligt. Damit wird durch die zivile Umwandlung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften sprichwörtlich Boden gut gemacht und ein Beitrag zum allgemeinen Strukturwandel in Brandenburg geleistet.

Im Rahmen des Brachflächenprogramms nutzen sechs Städte die Chance, um mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung Brachflächen für eine gewerbliche Nutzung herzurichten. Die ILB, die im Auftrag des MWE die entsprechenden Anträge bearbeitet hat, hat Projekte in Fürstenberg (Havel), Fürstenwalde, Cottbus, Luckenwalde, Zossen (Wünsdorf) und Neuruppin bewilligt. Insgesamt werden 10

Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Bei den Brachflächen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Liegenschaften, die früher militärisch genutzt wurden. Um die Kommunen zu unterstützen, stellen MWE und ILB eine enge Prozessbegleitung sicher.

Marktzugangsförderung

Das MWE unterstützt Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Erschließung neuer Märkte. Dafür werden zwei Instrumente eingesetzt:

Wichtigstes Instrument ist die einzelbetriebliche Förderung über die "**Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung von Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, Messen und Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen (M⁴)**". Gefördert werden:

- Maßnahmen des innerbetrieblichen Managements, des Marketings und der strategischen Unternehmensführung im Inland;
- die Teilnahme an Messen und Ausstellungen;
- Maßnahmen zur Vorbereitung des Marktauftritts auf einem neuen Markt und Markterschließungsstrategien im Ausland;
- Marktzugangprojekte, die zielland- bzw. branchenorientiert sind sowie
- innovationsunterstützende Dienstleistungen wie die Zertifizierung und Anpassung von Produkten an neue Märkte.

Das zweite Instrument ist die **Markterschließungsrichtlinie**, aus der Gemeinschaftsprojekte gefördert werden. Dazu gehören von den Kammern und der ZAB gemeinsam oder arbeitsteilig mit der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner unter der Dachmarke "Hauptstadtregion

Berlin-Brandenburg” organisierte Firmengemeinschaftsstände auf wichtigen nationalen und internationalen Messen, auf denen sich KMU aus der Region präsentieren können. Im Jahre 2010 wurden in diesem Rahmen Messegemeinschaftsstände auf 17 inländischen (u. a. CeBIT, Hannover Messe, ILA, InnoTrans) und acht ausländischen (u. a. BIO in Chicago/USA, Intergeo East in Istanbul/Türkei) Messen gefördert. Für das Jahr 2011 sind Messegemeinschaftsstände auf 19 inländischen (u. a. AERO 2011, Transport Logistic) und 9 ausländischen Messen (u. a. 83. ITM “Innovation-Technologie-Maschinen” in Posen/Polen, RENEX in Istanbul/Türkei) geplant.

Unternehmerreisen bilden ein weiteres wichtiges Instrument, um Unternehmen bei der Markterschließung im Ausland zu unterstützen und tragen gleichzeitig dazu bei, den Wirtschaftsstandort Brandenburg im

Ausland bekannter zu machen. Im Jahre 2010 wurden Unternehmerreisen mit politischer Begleitung nach Israel, Belarus, Rumänien, Tschechien und in die Slowakei über die Markterschließungsrichtlinie unterstützt. Darüber hinaus hat sich das Land Brandenburg anlässlich der EXPO 2010 in Shanghai präsentiert. Im Jahr 2011 haben bereits Unternehmerreisen in die USA und nach Kanada und Israel stattgefunden. Weitere Reisen nach Russland und China sind geplant.

Im Rahmen der Markterschließungsförderung wurden im Jahr 2010 über die Markterschließungsrichtlinie und die M⁴-Richtlinie Fördermittel in Höhe von 4,3 Mio. Euro für 300 Vorhaben bewilligt, von Januar bis Ende Juni 2011 waren es 1,8 Mio. Euro für 143 Vorhaben. Ansprechpartner für die genannten Förderprogramme ist die ILB.

3. Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

3.1 Vergabegesetz

Die Menschen sollen in Brandenburg von ihrer Arbeit leben können. Deshalb will das Land bei der Beschaffung von Leistungen nicht von Löhnen profitieren, mit denen dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund wurde dem Landtag Ende März 2011 der Entwurf des "Brandenburgischen Gesetzes über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen" zugeleitet. Der Gesetzentwurf sieht folgende Kernpunkte vor:

- Es werden Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ab einer Bagatellgrenze gestellt. Danach werden öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die ihren Beschäftigten einen Bruttostundenlohn von mindestens 7,50 Euro zahlen. Der Entwurf sieht teilweise keine Anwendung des Gesetzes in Fällen vor, in denen es einen höheren Mindestlohn nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG) gibt. Nach dem Entwurf soll dies bei Bauleistungen bis 100.000 Euro und bei Dienstleistungen bis 10.000 Euro gelten. Darüber wird auch die Einhaltung eines höheren AEntG-Mindestlohnes mit den Regeln und Sanktionen des Vergabegesetzes kontrolliert.
- Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird statt einer Mindestvergütung eine Tariftreue-Regelung getroffen. Darin ist festgeschrieben, dass bei öffentlichen Aufträgen für Dienstleistungen des ÖPNV auf Straße und Schiene die Beschäftigten "mindestens das am Ort der Ausführung tarifvertraglich vorgesehene Entgelt" gezahlt bekommen.

- Im Gesetzentwurf sind Bestimmungen enthalten, die die Vergabestellen rechtssicher in die Lage versetzen, das wirtschaftlichste Angebot zu bestimmen.
- Die Landesregierung sieht in ihrem Entwurf vor, den Kommunen für die mit der Anwendung des Gesetzes verbundenen Mehrbelastungen beim Verwaltungsaufwand einen finanziellen Ausgleich zu gewähren.

3.2 Arbeit der Kartellbehörde

Aufgabe der Kartellbehörden des Bundes und der Länder ist der Schutz des Wettbewerbs vor Beschränkungen und Verzerrungen durch unzulässige Vereinbarungen, Zusammenschlüsse oder den Missbrauch wirtschaftlicher Macht. Die Landeskartellbehörde Brandenburg ist unter anderem für die Missbrauchsaufsicht in solchen Fällen zuständig, in denen aus sachlichen Gründen kein funktionierender Wettbewerb vorliegt.

Die Landeskartellbehörde übt eine Missbrauchsaufsicht und keine Regulierungsfunktion aus, das heißt die Festsetzung von Preisen erfolgt durch die Unternehmen und nicht durch die Landeskartellbehörde. Aufgabe der Landeskartellbehörde ist es, die missbräuchliche Ausnutzung (zum Beispiel durch Preismissbrauch) einer marktbeherrschenden Stellung eines Unternehmens zu verhindern. Nach den geltenden Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) liegt Preismissbrauch insbesondere dann vor, wenn ein marktbeherrschendes Unterneh-

men Entgelte fordert, die von denen erheblich abweichen, die sich bei wirksamem Wettbewerb mit hoher Wahrscheinlichkeit ergeben würden (Vergleichsmarktprinzip). Hierbei muss die Landeskartellbehörde auch umfassende Ermittlungen zur Kostenstruktur der Unternehmen vornehmen und wesentliche Abweichungen im Rahmen der Feststellung des Vergleichspreises berücksichtigen. Dabei besagt allein die aus einer Leitungsgebundenheit der Versorgung resultierende Errichtung eines Versorgungsmonopols nichts darüber, ob Preise missbräuchlich überhöht sind.

Die Landeskartellbehörde führte Ende 2009 und im Kalenderjahr 2010 landesweite Erhebungen bzw. Sektoruntersuchungen schwerpunktmäßig in den Bereichen der Gas-, Fernwärme- und Trinkwasserversorgung durch. Hierbei wurden die Preise untersucht, die im Rahmen der Versorgung privater Endverbraucher gezahlt worden sind. Dabei wurden zum Teil erhebliche Preisunterschiede unter Versorgern mit vergleichbaren Strukturen (zum Beispiel Größe, Gebiet, Kundenstruktur) festgestellt. Gegen Versorger, bei denen der Verdacht missbräuchlicher Preisfestsetzung bestand, wurden Verfahren nach dem GWB eingeleitet. Durch die verfahrensökonomische Vorgehensweise der Landeskartellbehörde, bei der gesicherte, schnelle Rückerstattungen an die Verbraucher langwierigen juristischen Auseinandersetzungen vorgezogen werden, konnten im Verhandlungswege Verpflichtungszusagen der Versorgungsunternehmen hinsichtlich einer schnellen Preisrückerstattung an die privaten Endverbraucher erreicht werden, die einer Mehrerlösabschöpfung von insgesamt mehr als 7,48 Mio. Euro entsprachen.

3.3 Einheitlicher Ansprechpartner (EAP)

Seit Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG) zum 28. Dezember 2009 gibt es im Land Brandenburg wie in allen anderen Bundesländern und EU-Mitgliedstaaten einen Einheitlichen Ansprechpartner (EAP). Dieser ist als nachgeordnete Einrichtung im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten angesiedelt und als erste Anlaufstelle für Dienstleistungsunternehmen ein wesentlicher Baustein zur Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt. So bietet der EAP umfangreiche Informationen und Beratungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten und hilft bei der Abwicklung aller hierfür notwendigen Verwaltungsverfahren.

In Brandenburg steht dieser Service nicht nur Unternehmern aus den anderen EU-Mitgliedstaaten und den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) Island, Liechtenstein und Norwegen zur Verfügung. Auch inländische Dienstleister sollen hiervon profitieren, egal ob ein Unternehmen gegründet oder eine Zweigniederlassung eines bereits bestehenden Unternehmens errichtet werden soll. Bei solchen Vorhaben sind oftmals mehrere zuständige Behörden, wie etwa die kommunalen Gewerbeämter oder die Handwerks- bzw. die Industrie- und Handelskammern, zu beteiligen. Vorgänge, wie die Gewerbeanzeige, die Eintragung in die Handwerksrolle oder die Um- und Abmeldung eines Gewerbes, können gebündelt über den EAP abgewickelt werden. Dieser übernimmt für den Antragsteller die notwendigen Schritte wie das Zuleiten der Anträge an die zuständigen Behörden, die gesamte Korrespondenz mit den entsprechenden

Stellen und nicht zuletzt die Überwachung der einzuhaltenden Fristen sowie des Rücklaufs der gewünschten Genehmigungen und Bestätigungen. Dem Antragsteller bleiben auf diesem Weg die Behördengänge erspart.

Neu ist zudem die Möglichkeit der vollständigen elektronischen Verfahrensabwicklung. Das innovative, benutzerfreundliche Internetportal des Einheitlichen Ansprechpartners (eap.brandenburg.de), das 2011 auch auf der CeBIT in Hannover vorgestellt wurde, bietet Dienstleistern einen ersten Überblick über die jeweiligen Verfahren, die benötigten Unterlagen, Gebühren und die zuständigen Behörden. Diese Informationen können mittels eines Schritt-für-Schritt-Leitfadens zu einer persönlichen Checkliste zusammengestellt werden. Nach Registrierung und Anmeldung im Portal kann der Nutzer sein Vorhaben elektronisch einreichen und mit dem EAP bzw. der zuständigen Behörde kommunizieren. Inhalt und Umfang des Portals werden ständig den aktuellen rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten angepasst, Funktionalitäten erweitert und verbessert sowie regelmäßig neue Verfahren einge-

bunden. Neben der Nutzung des Online-Portals besteht natürlich auch die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme mit dem EAP per Telefon, Fax, Post oder durch persönlichen Besuch.

War der EAP anfangs in der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt, lässt sich nach Ablauf der ersten 18 Monate ein stetiger Anstieg der Nachfrage nach den Dienstleistungen des EAP feststellen. Der überwiegende Teil der Informationsanfragen und Anträge kommt aus dem Land Brandenburg, darunter Anfragen von Gastwirten, IT-Dienstleistern, Frisören oder aus dem Baugewerbe. Auch über die Grenzen Deutschlands hinaus zog der EAP Brandenburg bereits einige Aufmerksamkeit auf sich. So konnte beispielsweise Steuerberatern, Fliesenlegern und Architekten aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aus Polen, geholfen und der Einstieg in den deutschen Markt erleichtert werden. Der EAP arbeitet mit allen wirtschaftsrelevanten Einrichtungen des Landes Brandenburg zusammen, um gemeinsam zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes beizutragen.

D. Europaangelegenheiten

1. Europäische Kohäsionspolitik

Bedeutung der europäischen Kohäsionspolitik für Brandenburg

Der Einsatz des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE, siehe Kapitel C 2.10), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL-A) bzw. seit 2007 des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER, hat den EAGFL-A ersetzt) hat seit 1991 wesentlich zu den Erfolgen des Transformationsprozesses in Brandenburg, zur Modernisierung des Landes und zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb beigetragen. Mit Unterstützung dieser Fonds konnte eine passgenaue, nachhaltige und sektorübergreifende integrierte Entwicklungsstrategie für das Land aufgestellt und umgesetzt werden. Diese Strategie ist auf die spezifische Situation, den konkreten Bedarf und die individuellen Potenzialfaktoren des Landes ausgerichtet.

Brandenburg ist es durch einen strategisch orientierten EU-Mitteleinsatz gelungen, sich zu einer europäischen Vorzeigeregion zu entwickeln. Dies wird durch die Auszeichnungen als "Europäische Unternehmerregion 2011" (verliehen durch den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union im Jahr 2010) und als "Region of Excellence" (verliehen durch die Europäische Kommission im Jahr 2011) deutlich (siehe Kapitel D 3).

Ziele Brandenburgs bei der Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2013

Die Landesregierung hat im September 2010 Eckpunkte und Handlungsempfehlungen zur Zukunft der EU-Finzen, der EU-Kohäsionspolitik sowie der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 beschlossen.

Der Beschluss wurde vor dem Hintergrund gefasst, dass das Land Brandenburg nach 2013 voraussichtlich nicht mehr im Ziel "Konvergenz" förderfähig sein wird und daher künftig erheblich weniger EU-Mittel zur Unterstützung der Regionalentwicklung zur Verfügung stehen werden. Dies macht es erforderlich, sich innerhalb des Landes frühzeitig über die künftige Prioritätensetzung zu verständigen und sich gemeinsam mit anderen deutschen und europäischen Regionen gegenüber der EU-Kommission für angemessene Übergangsregelungen für alle aus dem Ziel Konvergenz ausscheidenden Regionen einzusetzen. Die Forderung nach Übergangsregelungen bezieht sich dabei nicht nur auf die Höhe der finanziellen Unterstützung, sondern auch auf geeignete Förderbedingungen, zum Beispiel hinsichtlich der Höhe der EU-Kofinanzierungshöchstsätze, der beihilferechtlichen Regelungen oder der Möglichkeiten zur Darstellung der nationalen Kofinanzierung durch private Mittel. Der Übergang soll so gestaltet werden, dass die bereits erzielten Erfolge in den betroffenen Regionen stabilisiert und deren Potenziale nachhaltig mobilisiert werden. Dies wird es den Regionen auch ermöglichen, weiterhin einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 zu leisten.

Die Strategie Europa 2020 wird die thematische Ausgestaltung der künftigen Kohäsionspolitik maßgeblich bestimmen. Wäh-

rend eine noch stärkere thematische Konzentration auf die Ziele der Strategie grundsätzlich begrüßt werden kann, muss aus brandenburgischer Sicht darauf geachtet werden, dass ein ausreichendes Maß an regionaler Flexibilität beim EU-Mitteleinsatz erhalten bleibt. Denn der große Vorteil der Kohäsionspolitik hat sich bisher gerade in der Möglichkeit zur regionalspezifischen Förderung integrierter Ansätze gezeigt. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Berlin soll eine Flexibilisierung der Regelungen für die fördergebietsübergreifende Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zum Erfolg zum Beispiel für die Umsetzung der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB, siehe Kapitel C 2.1) leisten.

Für Brandenburg sind darüber hinaus die zukünftigen Regelungen für die interregionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Dies betrifft einerseits die überaus wichtige Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarregionen im Rahmen von INTERREG²⁰⁾, andererseits aber auch die Frage, wie zusätzlich zu INTERREG neue Perspektiven für Kooperationen im Raum der Oder-Partnerschaft eröffnet werden könnten (siehe Kapitel D 2).

Schließlich gilt es, alle Neuregelungsvorschläge der EU-Kommission darauf zu prüfen, ob sie Gefahr laufen, das bereits sehr komplexe Umsetzungssystem der Fonds noch komplizierter zu gestalten.

2. Zusammenarbeit mit Polen/ Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG)

Zusammenarbeit mit Polen

Die Republik Polen ist das wichtigste Partnerland Brandenburgs in der Europäischen Union. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg ist die Zusammenarbeit mit Polen von besonderer Bedeutung: So gehört Polen sowohl beim Export als auch beim Import seit Jahren zur Spitzengruppe der Außenhandelspartner Brandenburgs. 2010 wies Brandenburg unter den ostdeutschen Bundesländern das größte Handelsvolumen mit Polen auf und lag damit im Vergleich aller Bundesländer auf dem sechsten Platz. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Exporte 2010 um +14,6 Prozent auf 1,4 Mrd. Euro. Nach Frankreich war Polen 2010 zweitgrößter Abnehmer märkischer Produkte. Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten dienen vor allem dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft durch Vertiefung und Stabilisierung der Zusammenarbeit mit Polen zu erhöhen sowie Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Unternehmen zu fördern.

Die Förderung von Kooperationen in den Grenzregionen liegt in erster Linie im Kompetenzbereich der Bundesländer, die dabei vom Bund unterstützt werden. Das Koordinationsgremium ist die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Der wesentliche Baustein der politischen Zusammenarbeit des Landes Brandenburg mit der Republik Polen ist die "Oder-Partnerschaft", die am 5. April 2011 den fünften Jahrestag ihrer Gründung beging. Ziel dieser Kooperation²¹⁾ ist es, einen leistungsfähigen Regionalverbund aufzubauen, um die Gebiete diesseits und jen-

20) Ziel "Europäische Territoriale Zusammenarbeit"

21) Partner sind Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und die polnischen Wojewodschaften Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen), Lubuskie (Lebuser Land) und Dolnośląskie (Niederschlesien).

seits von Oder und Neiße infrastrukturell enger zu vernetzen und sie zu einem kooperierenden, dynamischen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Darüber hinaus gibt es intensive Kontakte zu polnischen Verwaltungen und Regierungsstellen der Partnerwojewodschaften sowie Gespräche auf politischer Ebene.

Wichtige politische Akzente setzten die Treffen der Ausschüsse der Deutsch-Polnischen Regierungskommission, des grenznahen Ausschusses und des interregionalen Ausschusses am 15./16. April 2010 in Brüssel und am 7./8. April 2011 in Zielona Góra sowie das Treffen der **Deutsch-Polnischen Regierungskommission** am 22./23. September 2010 in Schwerin und am 10./11. Mai 2011 in Gorzów.

Im Jahr 2010 standen die Fachkräftesicherung, die berufliche und schulische Ausbildung sowie die grenzüberschreitende Verkehrsanbindung im Vordergrund. 2011 stand ganz im Zeichen des 20-jährigen Jubiläums des Nachbarschaftsvertrags zwischen Polen und Deutschland. Dabei wurde die Verbesserung der Infrastruktur von polnischer und deutscher Seite als wichtiger Baustein für das Zusammenwachsen der Nachbarländer hervorgehoben. Daneben wurden Themen wie die gesetzlichen Grundlagen für Telemedizinprojekte und die Verbesserung des Katastrophenschutzes behandelt. Als wichtiger Schritt wurde auch der im Jahr 2010 neu eingerichtete Bildungsausschuss begrüßt, der im Januar 2011 seine Arbeit aufgenommen hat. Die Erweiterung des Themenkatalogs um die Bildungszusammenarbeit macht die ständige Weiterentwicklung der Zusammenarbeit beider Länder deutlich und zeigt zugleich den hohen Stellenwert des Themas Bildung.

Zur Vertiefung der interregionalen Zusammenarbeit fand bisher mindestens einmal jährlich ein **politisches Spitzentreffen der Ministerpräsidenten, Wojewoden, Marschälle und Stadtpräsidenten** aus den Partnerregionen statt. Im Jahr 2010 trafen sich die politischen Spitzen der Oder-Partnerschaftsregionen am 13. Januar in Potsdam und am 26./27. Oktober in Szczecin/Stettin:

- In Potsdam stand die Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Verkehrsraums im Vordergrund. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen Straßen, Schienen und Wasserwege so gebaut bzw. ausgebaut werden, dass sie der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung gewachsen sind. Dazu gehören auch die bessere Erreichbarkeit der regionalen Flughäfen sowie schnelle Bahnverbindungen innerhalb der Region. Entsprechende Unterlagen inklusive einer Infrastrukturmarte wurden der Deutsch-Polnischen Regierungskommission übergeben, die diese auf ihrer Sitzung im September 2010 billigte.
- In Szczecin/Stettin wurde zum einen die Karte der Deutsch-Polnischen Regierungskommission zur überregionalen Verkehrsinfrastruktur in der Region der Oder-Partnerschaft vorgestellt und erörtert. Zum ersten Mal liegt damit für die gesamte Oderregion eine Karte mit allen wichtigen verkehrlichen Infrastrukturprojekten als Grundlage für weitere Abstimmungen vor. Zum anderen haben die Hochschulen der Oderregion eine gemeinsame Erklärung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterschrieben. Diesbezüglich wurde ein nächstes Treffen in Frankfurt (Oder) an der Viadrina vereinbart, das Anfang

Mai 2011 stattfand. Dabei wurden die Zusammenarbeit der Hochschulen im Odergebiet gefestigt und neue Kooperationen insbesondere auch zwischen den geisteswissenschaftlich orientierten Hochschulen verabredet.

Zukünftig soll das Spitzentreffen der Ministerpräsidenten, Wojewoden, Marschälle und Stadtpräsidenten der an der Oder-Partnerschaft beteiligten Regionen alle zwei Jahre veranstaltet werden, um die hochrangige Präsenz zu gewährleisten. Zudem sollen sich die Diskussionen an den jeweils aktuellen wichtigen politischen Themen ausrichten.

Intensive **Kontakte zu polnischen Wvaltungen und Regierungsstellen** der Partnerwojewodschaften werden durch verschiedene Zusammenkünfte gepflegt, beispielsweise bei Besuchen der polnischen Seite zur Internationalen Tourismusbörse in Berlin 2009 und 2010. 2011 hat die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH als Bestätigung einer schon vorher gut funktionierenden Zusammenarbeit mit der Tourismusagentur von Wielkopolskie/Großpolen auf der ITB einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.

Die wirtschaftliche Kooperation wird auch durch Identifizierung und Umsetzung von gemeinsamen Vorhaben vertieft. Dazu gehören unter anderem die Vorstellung der Netzwerke der brandenburgischen Branchenkompetenzfelder in Dolnośląskie/Niederschlesien und der Erfahrungsaustausch über das Clustermanagement sowie der Vergleich von Tourismusstrategien mit der Wojewodschaft Wielkopolskie/Großpolen. Ein besonderer Schwerpunkt war der Austausch zu Energiethemen mit der Wojewodschaft Dolnośląskie/Niederschlesien und Lubuskie/Lebuser Land, der

zum Beispiel über eine Einbeziehung der Regionen zu dem von Berlin und Brandenburg veranstalteten EU-Dialogforum im Oktober 2010 gewährleistet wurde. 2011 beteiligte sich Brandenburg an der Organisation der internationalen Branchenkonferenz "CHEMIKA", die am 14. und 15. April in Szczecin/Stettin stattfand. Brandenburg verfolgte damit das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Chemiebranche zu verstärken.

Zur Zusammenarbeit mit Polen gehören nicht zuletzt **Gespräche auf politischer Ebene**. Der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten führte solche Gespräche in den Jahren 2010 und 2011 unter anderem zu Fragen der Energiepolitik, der Verkehrsverbindungen im grenznahen Raum, zum Katastrophenschutz an der Oder sowie zur Zusammenarbeit hinsichtlich der EU-Kohäsionspolitik.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG IV)

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG IV) im Rahmen der Strukturfonds 2007 – 2013 ist Bestandteil der Kohäsions- und Strukturpolitik der Europäischen Union (siehe Kapitel D 1).

Im Land Brandenburg sind grenzübergreifende Kooperationsprojekte (**INTERREG IVA**) der Schwerpunkt bei der INTERREG-Förderung. Sie bilden die Grundlage für die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarwojewodschaften.

Hierfür notwendige Zielstellungen wurden in den beiden Operationellen Programmen (OP) mit Brandenburger Beteiligung, dem OP Polen (Wojewodschaft Lubuskie) – Brandenburg 2007 – 2013 sowie dem OP Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg –

Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie) 2007 – 2013 klar definiert:

- Verbesserung von Infrastruktur und Umweltsituation,
- Ausbau der grenzübergreifenden Wirtschaftsverflechtungen,
- Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft,
- Weiterentwicklung der Humanressourcen.

Das EU-Mittel-Budget für das **OP Polen (Wojewodschaft Lubuskie) – Brandenburg** 2007 – 2013 beträgt insgesamt 125 Mio. Euro EFRE-Mittel. Davon entfallen 74 Mio. Euro auf die brandenburgische Seite. Durch den deutsch-polnischen Begleitausschuss wurde vom Programmstart bis zur Sitzung am 21. Juni 2011 für 63 Projekte eine Förderung genehmigt. An allen Projekten sind Partner aus Brandenburg beteiligt. Für diese Projekte konnten insgesamt über 92 Mio. Euro EFRE-Mittel bereitgestellt werden, davon ca. 50 Mio. Euro für Brandenburg. Die noch verfügbaren Mittel sind bereits vollständig mit Anträgen untersetzt.

Auf das **OP Mecklenburg-Vorpommern/ Brandenburg – Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie)** 2007 – 2013 entfallen 133 Mio. Euro EFRE-Mittel, davon knapp 34 Mio. Euro auf das Land Brandenburg. Vom Programmstart bis zur Sitzung am 22./23. Februar 2011 wurde für 28 Projekte mit brandenburgischer Beteiligung eine Förderung durch den deutsch-polnischen Begleitausschuss genehmigt. Damit wurden die für Brandenburg zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel bereits vollständig in Anspruch genommen.

Das **Telemedizinprojekt** im OP Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg – Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie) mit

einem Gesamtvolumen von über 13 Mio. Euro verdeutlicht den Querschnittsansatz die INTERREG IVA-Förderung im Zusammenhang mit Zukunftsthemen. Unter dem Motto “Lasst Daten wandern – nicht die Patienten” werden in geografischen Randlagen, die einem tiefgreifenden demografischen Wandel ausgesetzt sind, die ärztlichen Handlungsspielräume in weniger spezialisierten Krankenhäusern durch den Einsatz der Telemedizin wesentlich erweitert. Das Spektrum der geförderten Installationen reicht von telemedizinischen Endoskopie-Arbeitsplätzen im Allgemeinmedizinbereich bis zur Ferndatenübertragung bei Schlaganfallpatienten. Durch die neue Kommunikationsinfrastruktur in Form eines telemedizinischen Netzwerkes können digitalisierte Daten ausgetauscht und von Experten bewertet werden. Mit dem Projekt werden im Zeitraum 2009 – 2011 unter anderem die Ausstattungen in den Krankenhäusern der zur Euroregion “Pomerania” gehörenden Landkreise Uckermark und Barnim verbessert bzw. komplettiert.

Im OP Polen (Wojewodschaft Lubuskie) - Brandenburg wurde das Projekt “**Koordinationsstelle Deutsch-Polnisches Netzwerk Wirtschaftsförderung Zielona Góra – Cottbus**” genehmigt. Partner sind die Industrie- und Handelskammer Cottbus (Leadpartner) und der Arbeitgeberverband der Wojewodschaft Lubuskie (Organizacja Pracodawców Ziemi Lubuskiej). Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von rund 760.000 Euro. Ziel des Projektes ist die Intensivierung der wirtschaftlichen Verflechtung in der Euroregion Spree-Neiße-Bober und die Verbesserung der Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit von KMU auf dem jeweiligen Nachbarmarkt.

Neben INTERREG IVA nimmt das Land Brandenburg auch an den transnationalen **INTERREG IVB** – Programmen im Mit-

teleuroparaum ("Central Europe") und im Ostseeraum ("Baltic Sea Region") teil. Darüber hinaus beteiligt sich das Land Brandenburg an der interregionalen, d.h. europaweiten Zusammenarbeit (**INTERREG IVC**).

Im Unterschied zu den vergangenen Förderperioden eröffnen die INTERREG IVB - Programme und das INTERREG IVC - Programm verstärkt die Möglichkeit, Projekte zur weiteren Entwicklung der Wirtschaft durchzuführen. Zur Umsetzung der Lissabon-Strategie zielen diese Programme in der Förderperiode 2007 – 2013 vor allem auf die Stärkung der Innovationskraft der Mitgliedstaaten der EU ab.

Um es brandenburgischen Projektpartnern aus dem Bereich der Wirtschaft zu erleichtern, sich an INTERREG IVB bzw. IVC-Projekten zu beteiligen, ist im November 2009 die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg zur Förderung der nationalen Kofinanzierung von Projekten im Bereich Wirtschaft im Rahmen der EU-Programme "Baltic Sea Region" (INTERREG IVB), "Central Europe" (INTERREG IVB) und INTERREG IVC in Kraft getreten. Mit der Durchführung dieser Förderrichtlinie sollen die internationalen wirtschaftlichen Kontakte Brandenburgs weiter ausgebaut und der Wirtschaftsstandort Brandenburg insgesamt gestärkt werden.

Beispiel für ein wirtschaftsbezogenes INTERREG IVB-Projekt mit brandenburgischer Beteiligung ist das Projekt "CEBBIS" (Central Europe Branch Based Innovation Support). Projektpartner ist hier die ZAB. Das Projekt **CEBBIS** unterstützt den branchenorientierten Technologietransfer in den beteiligten Regionen von Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien. Durch die Teilnahme

der ZAB an dem Projekt soll für das Land Brandenburg die Möglichkeit genutzt werden, unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Regionen die Transferlandschaft weiter zu optimieren.

Beispiel für ein wirtschaftsbezogenes INTERREG IVC-Projekt ist das Projekt "**DART**" (Declining, Ageing and Regional Transformation, also Bevölkerungsrückgang, Alterung und veränderte räumliche Verteilung). Im Rahmen dieses Projekts werden in interregionaler Zusammenarbeit mit 13 anderen europäischen Regionen neue Geschäftsfelder für KMU im Bereich der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft identifiziert. Zudem sollen Erfahrungen und gute Lösungen zu verschiedenen Fragestellungen des demografischen Wandels aus anderen Mitgliedstaaten zur Umsteuerung von fachpolitischen Strategien und Maßnahmen in Brandenburg genutzt werden. Das Projekt läuft noch bis Ende 2012.

3. Brandenburg "europäisch ausgezeichnet"

Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR) hat 2009 den Wettbewerb "European Entrepreneurial Region – EER" ("Europäische Unternehmerregion") initiiert. Ziel dieser Initiative ist es, "dynamische, ökologische und unternehmerische Regionen" in ganz Europa zu ermitteln und zu fördern. Dabei geht es um Regionen, die – unabhängig von ihrer Größe oder ihrer Wirtschaftskraft – "in der Unternehmenspolitik eine herausragende Weitsicht an den Tag legen". Den Regionen mit den überzeugendsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen wird jeweils für ein Jahr die Auszeichnung "Europäische Unternehmerregion" verliehen.



Brandenburg wurde als "Europäische Unternehmerregion 2011" ausgezeichnet

Das Land Brandenburg wurde am 11. Februar 2010 vom AdR zur **"Europäischen Unternehmerregion 2011"** gekürt. Brandenburg wurde aus 35 starken Bewerberregionen aus ganz Europa, darunter Baden-Württemberg, Madrid und Mailand, ausgewählt und erhielt die Auszeichnung gemeinsam mit der spanischen Region Murcia und dem irischen County Kerry. Gleichzeitig wurden für das Jahr 2012 die Regionen Katalonien (Spanien), Trnava (Slowakei) und Helsinki-Uusimaa (Finnland) prämiert. Diese Auszeichnung ist eine hohe Anerkennung für das Land Brandenburg und alle Gewinnerregionen.

Brandenburg hat in seiner Bewerbung insbesondere die Ziele ökologischer Umbau der regionalen Wirtschaft, Unterstützung von Kreativität und Innovation im Mittelstand als Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung sowie die Ergänzung der Förderpalette um neue, re-

volvierende Finanzierungsinstrumente hervorgehoben. Gemäß eines Landtagsbeschlusses hat die brandenburgische Landesregierung unter Federführung des MWE eine Strategie²²⁾ vorgelegt, die die Schwerpunkte

- Vorfahrt für KMU,
- Förderung von Innovationen,
- ökologische Modernisierung,
- stärkere Internationalisierung von KMU,
- Förderung von Gründungen,
- Stärkung von Unternehmertum und Gründungsmotivation und
- Fachkräftesicherung

beinhaltet. Gleichzeitig setzt die Landesregierung mit dieser Strategie den gegenüber dem Ausschuss der Regionen erklärten Aktionsplan um.

Die Bedeutung der Kohäsionspolitik (siehe Kapitel D 1) für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere im Bereich des Mittelstands zeigt sich auch daran, dass in fast allen Schwerpunktbereichen der EER-Strategie aus den EU-Fonds EFRE, ESF und ELER geförderte Aktivitäten eine zentrale Rolle spielen.

Veranschaulichen lässt sich dies am Beispiel der Innovationsförderung: Hier sollen nicht nur Forschung und Entwicklung in Unternehmen unterstützt, sondern auch vor- und nachgelagerte Bereiche einbezogen werden, wie Wissenschaft und Forschung, Arbeit und teilweise auch Bildung. Es geht darum, mit einer Vielzahl aufeinander-

22) Bericht der Landesregierung zur Entschließung des Landtages Brandenburg "Brandenburg: Europäische Unternehmerregion 2011 – Innovation und Kreativität im Mittelstand nachhaltig unterstützen!" vom 25. Februar 2010 (Drucksache 5/510 – B).

der abgestimmter Fördermaßnahmen vor allem aus dem EFRE und dem ESF die regionale Innovationsfähigkeit zu stärken und den KMU und ihren Beschäftigten für die unterschiedlichen Phasen des Innovationsprozesses möglichst gezielte Unterstützung anzubieten.

Mit Hilfe von Instrumenten der Europäischen Kohäsionspolitik ist also ein integriertes System zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU in Brandenburg geschaffen worden, dessen weitere Verbesserung und Fortführung in der neuen Förderperiode ab 2014 einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Strategie Europa 2020 leisten wird.

Bei einem Besuch im Oktober 2010 konnte die EER-Jury vor Ort eigene Eindrücke vom Land Brandenburg sammeln und sah sich in ihrem positiven Urteil bestätigt. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der dauerhaften Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb der Region und mit den anderen EER-Regionen zur Weiterentwicklung der Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Brandenburg sei ein maßgebliches Beispiel für nachhaltiges und umweltbezogenes Unternehmertum in der Europäischen Union.

Die Auszeichnung soll als Anstoß für einen Prozess der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Landes dienen, an dem alle wirtschaftsrelevanten Akteure und die Unternehmen im Land mitwirken sollen. Deshalb sind Austausch und Zusammenarbeit wichtige Bestandteile der brandenburgischen EER-Strategie. Darüber hinaus geht es um die zusätzlichen Möglichkeiten, die die EER-Auszeichnung für eine sowohl nach innen als auch nach außen gerichtete, zielgruppenspezifische Kommunikation bietet, die ein modernes und zukunftsweisendes Bild von Brandenburg in Europa vermitteln soll.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden in den Jahren 2011 und 2012 Veranstaltungen mit den übrigen EER-Preisträgern und anderen europäischen Regionen sowie dezentrale Veranstaltungen im Land Brandenburg unter Einbindung von Kommunen und der regionalen Wirtschaft durchgeführt. Inhaltlich geht es um Themen wie die Stärkung des Unternehmergeistes an Schulen, die Förderung von Innovationen sowie um die Entwicklung einer Willkommenskultur für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte oder Unternehmensgründer.



“The members of the EER Jury are convinced that this achievement is the beginning of a long-term process, in which the Land Brandenburg will continue to develop its policies in favour of SMEs and entrepreneurship with the socio-economic partners of the region. We therefore hope that the strong ties between Brandenburg and the other EER labelled regions and their mutual willingness to cooperate will be long las-

ting and that we will hear more of Brandenburg as a leading example for green and clean-tech entrepreneurship in the European Union.”

*(Auszug aus einem Schreiben des Vorsitzenden der EER-Jury, **Luc Van den Brande**, vom 24. November 2010 an das MWE.)
Luc Van den Brande war von Februar 2008 bis Februar 2010 Präsident des AdR.*



*Preisverleihung "Regions of Excellence"
(Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, mit Minister Christoffers)*

Eine weitere europäische Auszeichnung erhielt das Land Brandenburg am 31. Januar 2011 im Rahmen des fünften Kohäsionsforums in Brüssel. Die EU-Kommission hat das Land Brandenburg sowie Wales und Litauen als "Regions of Excellence" ausgezeichnet. Ausschlaggebend war für die Kommission, wie die Regionen das nachhaltige, innovative und integrierte Wachstum langfristig fördern. Ausgewählt wurden Regionen, deren Ansätze und Ergebnisse in besonderer Weise helfen, die Ziele der EU im Bereich Innovation und Forschung zu erreichen.

Mit der Auszeichnung als Exzellenz-Region in Europa hat die EU dem Land Brandenburg bescheinigt, Unternehmen ein überdurchschnittlich gutes Umfeld zu bieten.

4. Schnittstelle zur EU: Die brandenburgische Landesvertretung in Brüssel

Die Landesvertretung Brandenburg (LV BB) bei der Europäischen Union in Brüssel wurde 1992 eingerichtet. Sie nimmt Interessen des Landes auf europäischer Ebene wahr, vermittelt Informationen zwischen

der EU und der Landesregierung und erfüllt dabei unter anderem folgende Aufgaben:

- Unterrichtung der brandenburgischen Ministerien über die Ergebnisse von Gipfeltreffen, Ratstagungen, Parlaments- und Kommissionssitzungen und anderen europäischen Tagungen sowie über ressortrelevante Vorhaben der europäischen Institutionen,
- Vertretung brandenburgischer Interessen im europäischen Willensbildungsprozess durch Kontakte zu den Entscheidungsträgern in den EU-Institutionen, anderen Regionalbüros sowie zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und zu EU-Vertretungen anderer Mitgliedstaaten,
- Zusammenarbeit mit den Vertretungen und Büros der übrigen Länder der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel,
- Zusammenarbeit mit den EU-Verbindungsbüros der brandenburgischen Partner- und Kooperationsregionen,
- Ansprechpartner für brandenburgische Landkreise, Kommunen, Hochschulen, Unternehmen, Verbände und sonstige Einrichtungen bei der Vermittlung von Kontakten zu europäischen Entscheidungsträgern,
- Öffentlichkeitsarbeit.

In diesem Sinne obliegt der LV BB die Verantwortung für die sogenannte Vorfeldbeobachtung, also für eine frühzeitige Informationsbeschaffung über mögliche Entscheidungen auf EU-Ebene, so dass seitens des Landes die Möglichkeit besteht, politische Interessen gegenüber dem Bund und der EU zu artikulieren. Gegenwärtig sind folgende Themen prioritär:

- die “Strategie Europa 2020”,
- die Debatte zur Kohäsionspolitik nach 2013 (insbesondere hinsichtlich der Strukturfonds),
- die Diskussion zur zukünftigen Agrarpolitik und zu den ländlichen Räumen sowie
- die Revision des EU-Haushalts.

Zu den Schwerpunkten der “Strategie Europa 2020” gehören im wirtschaftlichen Bereich insbesondere die EU-Politiken Energie, Innovation, Industrie und KMU. Für Brandenburg sind dabei die Überlegungen der EU zu neuen Finanzierungsinstrumenten wie revolving Fonds, aber auch Themen wie Carbon Capture and Storage (CCS), erneuerbare Energien sowie die Informations- und Kommunikationspolitik von besonderem Interesse.

Im Rahmen dieser Aufgabenbereiche nimmt die LV BB eine Brückenfunktion zwischen dem MWE und der europäischen Ebene wahr. Hierbei spielen die guten Kontakte vor Ort zu den EU-Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Ausschuss der Regionen) sowie zu anderen europäischen Länderbüros eine wichtige Rolle. Sie bieten eine gute Möglichkeit, verstärkt die brandenburgischen Interessen darzustellen und für eine gemeinsame Vertretung gegenüber den EU-Institutionen zu werben. Mit einigen der europäischen Regionen arbeitet Brandenburg in thematischen Netzwerken zusammen. Diese werden auch genutzt, um unter anderem das Themenspektrum der brandenburgischen EER-Strategie durch die LV BB in Richtung der europäischen Institutionen zu kommunizieren.

Darüber hinaus unterstützt die LV BB durch verschiedene Veranstaltungsformate unter anderem die Internationalisierung der Innovationsstrategie des Landes Bran-



Landesvertretung Brandenburg in Brüssel

denburg. KMU können hier Kontakte mit Vertretern der EU und anderer europäischer Regionen aufnehmen, um etwa gemeinsame Projekte für EU-Programme zu entwickeln. Ferner bieten diese Veranstaltungen eine gute Möglichkeit, die politischen Entscheidungsträger des Landes in die Diskussion zu EU-Politiken auf europäischer Ebene einzubinden.

Beispielhaft kann hier die Veranstaltung “Brandenburg – Deutschlands Leitstern für Erneuerbare Energien” genannt werden, die am 12. April 2011 im Rahmen der “Sustainable Energy Week” der EU stattfand. Brandenburg hat überregionale Bedeutung als Land der erneuerbaren Energien und präsentierte sich in Anwesenheit des EU-Energie-Kommissars Günther Oettinger vor diesem Hintergrund als Träger des Leitsterns für 2008 und 2010 sowie als ausgezeichnete “Europäische Exzellenz-Region”. Brandenburgische innovative Modellprojekte wie das “Energieautarke Dorf Feldheim”, das “Solarkraftwerk Lieberose” und das “Hybridkraftwerk in Prenzlau” konnten sich auf europäischer Ebene vorstellen. Eine Ausstellung in der Landesvertretung über die vorgestellten Projekte begleitete die “Europäische Woche der Erneuerbaren Energien”.

E. Branchenkompetenzfelder – Status quo beim Übergang zum Cluster

Die Branchenkompetenzfelder waren seit 2005 Grundlage der sektoralen Prioritätensetzung in der brandenburgischen Wirtschaftsförderpolitik. In der neuen Legislaturperiode erfolgt eine weitere Fokussierung und Entwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern (siehe Kapitel C 1.2). Letztmalig erfolgt daher in diesem Bericht eine Berichterstattung über die Branchenkompetenzfelder, wobei bereits eine Zuordnung nach Clusterzugehörigkeit bzw. Clustertyp vorgenommen wurde. Es werden Schlaglichter der Entwicklung der einzelnen Kompetenzfelder und der Aktivitäten der jeweiligen Branchennetzwerke und -transferstellen aufgezeigt.

1. Gemeinsame Cluster Berlin/ Brandenburg

Cluster Energietechnik

Das Cluster Energietechnik setzt sich aus Unternehmen und Institutionen der Energiewirtschaft/Energietechnologie, Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe und der Solarwirtschaft zusammen. Das Clustermanagement hat seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen. Ein Schwerpunkt des Clusters wird sein, die in der Region vorhandenen Kompetenzen, insbesondere im Bereich Energieeffizienztechnologien, über die gesamte Wertschöpfungskette zu stärken. Weitere Handlungsfelder sind "Turbomaschinen und Kraftwerkstechnik", "Solarenergie" sowie "Energienetze und -speicher/E-Mobilität". Ein Masterplan wird erarbeitet.

Energiewirtschaft

Die Energiebranche mit den strukturbestimmenden Unternehmen E.ON edis AG und Vattenfall Europe Mining & Generation stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in

der Region dar. Aber auch die regenerativen Energien haben sich in Brandenburg als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Innovationen erwiesen. In Brandenburg sind bis 2009 (jüngste derzeit vorliegende Angaben) bereits mehr als 12.000 Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen entstanden. Mit rund 4.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen stellt die Solarbranche den größten Anteil im Bereich der erneuerbaren Energien, gefolgt von der Biodieselbranche mit 3.300 und der Windkraftbranche mit 2.250 Arbeitsplätzen.

Neben den erneuerbaren Energien basiert die brandenburgische Energiewirtschaft auf den Braunkohlevorkommen. Aus den brandenburgischen Tagebauen Jämschwalde, Cottbus-Nord und Welzow-Süd wurden im Jahr 2010 insgesamt 38 Mio. Tonnen Rohbraunkohle gewonnen. Damit ist Brandenburg im Bundesvergleich das zweitgrößte Förderland nach Nordrhein-Westfalen. Der überwiegende Teil der Braunkohle wird der Verstromung in den gruben nahen Kraftwerken Jämschwalde (3.000 MW) und Schwarze Pumpe (1.600 MW) zugeführt. Wie in den Vorjahren wurde 2010 mehr als die Hälfte des Lausitzer



*Vorstellung des Clusters Energietechnik
(v.l.n.r.: Minister Christoffers, Prof. Hüttl,
Senator Wolf)*



aleo solar in Prenzlau

Braunkohlenstroms an Kunden außerhalb Brandenburgs geliefert.

Im Bereich Netzwerke ist das GRW-geförderte Kooperationsnetzwerk "Energiewirtschaft und Energietechnologie – EWET" (www.ewet-bb.de) weiterhin der zentrale Ansprechpartner. EWET bringt die Akteure der Energiewirtschaft zusammen und ist auf die Themen Kraftwerkstechnik und Netzeinspeisung fokussiert. Seit seiner Gründung im September 2009 unterstützt das GRW-Netzwerk "Solarregion Berlin-Brandenburg" (www.solarregion-berlin-brandenburg.de) die Energiestrategien der Länder Berlin und Brandenburg und fördert die engere Vernetzung von Industrie, Wissenschaft und Verwaltung in den Bereichen Photovoltaik und Solarthermie.

Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe

Mit dem Raffineriestandort Schwedt zählt das Land Brandenburg traditionell zu den

bedeutendsten Mineralölproduzenten in Deutschland. Im Jahr 2010 wurden bei der PCK Raffinerie GmbH in Schwedt 11 Mio. Tonnen Rohöl verarbeitet. Die Benzinerzeugung blieb mit 3 Mio. Tonnen etwa auf dem Vorjahresniveau, die Dieselkraftstoffproduktion erreichte mit 3,8 Mio. Tonnen nahezu die Produktionsmenge des Vorjahres. Die Abgabe von Flugturbinenkraftstoff an den Markt betrug rund 430.000 Tonnen. Die PCK Raffinerie GmbH gehört zu den effizientesten und profitabelsten Raffinerien in ganz Europa. Sie war Vorreiter bei der Herstellung schwefelfreier Kraftstoffe sowie bei der großtechnischen Produktion von Ottokraftstoffen mit biogenen Komponenten. Im Jahr 2008 wurden in der PCK Raffinerie GmbH 168.000 Tonnen Bioethanol und 180.000 Tonnen Rapsmethylester zugemischt.

Darüber hinaus zählt Brandenburg heute zu den europaweit bedeutendsten Herstellerregionen von Kraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen. In fünf Biodiesel- und zwei Bioethanolanlagen mit einer Gesamtkapazität von rund 1.030.000 Tonnen werden Biodiesel und Bioethanol hergestellt. Am Standort Schwedt arbeitet die zweitgrößte Bioethanolanlage Deutschlands mit einer Kapazität von etwa 200.000 Tonnen pro Jahr. Rund 15 Prozent des in Deutschland produzierten Biodiesels kommen aus Brandenburg.

Cluster Gesundheitswirtschaft

Die Biotechnologie/Life Sciences Branche war ein Zukunftsfeld in der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg und bildet nunmehr den innovativen Kern des Clusters Gesundheitswirtschaft. Darüber hinaus zählen die Augentoptik, die Medizintechnik, die Herstellung medizinisch-optischer Geräte sowie

die Pharmaindustrie zum Cluster. Am 12. Juli 2010 wurde die "Kooperationsvereinbarung über das Clustermanagement zur Unterstützung des Clusters Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg" unterzeichnet. Das Clustermanagement bildet die organisatorische und operative Einheit zur Unterstützung des Clusters Gesundheitswirtschaft, insbesondere durch die weitere Umsetzung des Masterplans "Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg". Die beiden auf Biotechnologie und Medizintechnik fokussierten Initiativen BioTOP Berlin-Brandenburg und TSBmedici sind in das Clustermanagement integriert.

Biotechnologie/Life Sciences

Die Branche hat sich in der Hauptstadtregion seit Mitte der 1990er Jahre positiv entwickelt. Ausgehend von industriellen Kernen, einer gezielten Innovationspolitik, der Schaffung von Biotechnologieparks, Unternehmensnetzwerken und Förderangeboten sowie einer nachhaltigen Wissenschaftspolitik – verbunden mit der Profilierung von Universitäten, Fachhochschulen und Spitzeninstituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaften sowie der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaften – hat sich in den letzten Jahren ein leistungsfähiges Innovationscluster mit rund 21.000 Arbeitsplätzen entwickelt. Hinzu kommen etwa 10.000 Arbeitsplätze in Forschungseinrichtungen, bei Zulieferern und Dienstleistern. Schon heute hat der Life Science-Standort Berlin-Brandenburg überregionale und internationale Ausstrahlung erreicht und nimmt neben München sowohl in Deutschland als auch europaweit eine Spitzenstellung ein.

In der Hauptstadtregion gibt es aktuell 200 Biotech-Unternehmen, ca. 370 Medizintechnikunternehmen, davon etwa 280 Produzenten und Entwickler, sowie 23 Pharmaunternehmen. Im Land Brandenburg



Golm Innovationszentrum (GO:IN®)

werden gegenwärtig 68 Biotech- und 4 Pharmaunternehmen, darunter Nycomed mit dem Produktionsstandort Oranienburg, in einer Datenbank geführt. Knapp 160 Unternehmen werden der Medizintechnik in Produktion, Dienstleistung und Handel zugeordnet. Davon sind 65 Unternehmen Produzenten bzw. Entwickler von Medizinprodukten, 32 Unternehmen sind Zulieferer und Dienstleister. Als Händler oder Distributoren werden 60 Unternehmen eingeordnet.

Die Biotechnologie/Life Sciences-Branche weist im Vergleich zu den anderen Branchen des Landes überdurchschnittliche FuE-Aktivitäten auf. Sie zeichnet sich durch internationale Relevanz, überregionale Vernetzung und ein zukunftsweisendes Innovationspotenzial aus.

Durch eine Vielzahl von Verbundprojekten und thematischen Netzwerken vor allem im Bereich der Gesundheitswirtschaft ge-

lingt es zunehmend besser, das produktive Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft in der Branche zu fördern. Beispiele hierzu sind das vom Land Brandenburg geförderte **Telemedizin-Verbundprojekt FONTANE**. Ziel dieses Projektes ist die Verbesserung der ambulanten Betreuungsqualität bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Beteiligt sind daran auch das Hasso-Plattner-Institut, die Charité Universitätsmedizin Berlin, die getemed AG aus Teltow und die BRAHMS AG aus Hennigsdorf sowie das GRW-Netzwerk zur in-vitro Diagnostik. Die **Plattform T(h)era-Diagnostik** zur Entwicklung autonomer Biosensoreinheiten unter Nutzung der THz-Technologie bildet ein weiteres großes Verbundprojekt. Partner sind im Wesentlichen das Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik (IBMT), das Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik (IHP), die Universität Potsdam sowie die Unternehmen BRAHMS AG, Meytec GmbH und Limetec GmbH.

Mit dem **Aufbau des Zentrums für Molekulare Diagnostik und Bioanalytik (ZMDB)** werden die Plattformen Grundlagenforschung, Technologieentwicklung, klinische Forschung und industrielle Anwendung für die Entwicklung und Produktion innovativer Diagnostika in Berlin-Brandenburg gebündelt. Das ZMDB wird inhaltlich durch das IMBT, die Charité Universitätsmedizin Berlin sowie durch Unternehmen der Region getragen.

Technologisch bedeutende Ansiedlungen im Bereich der Gesundheitswirtschaft sind unter anderem die Immunservice GmbH oder die Pentracor GmbH, die neue Therapien zu Behandlung von Krebserkrankungen bzw. innovative Methoden zur Früherkennung von Herzinfarkten entwickeln.

Der Bedeutung von Biotechnologie/Life Sciences zeigt sich auch in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Messen, die in der Region Berlin-Brandenburg stattfinden. Dazu zählen die jährlich stattfindenden Veranstaltungen:

- Bionnale mit ca. 500 Gästen aus der Branche,
- BioBilanz, eine Veranstaltung des BioTOP Aktionszentrums und des Biotechnologieverbundes Berlin-Brandenburg e.V. (bbb e. V.) mit ca. 150 Gästen und
- die Kongressmesse für E-Health und Telemedizin "conhIT" mit einem Berlin-Brandenburger Gemeinschaftsstand.

Außerdem fand am 20./21. Juni 2011 die Zukunftskonferenz des BMWi zum Thema "Medizintechnik" als strategischer Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit ca. 300 Gästen statt.

Cluster IKT/Medien/Kreativwirtschaft

Das Branchenkompetenzfeld Medien/IKT wird gemäß innoBB zu einem Cluster IKT/Medien/Kreativwirtschaft weiterentwickelt, das auch die Mikroelektronik und die Geoinformationswirtschaft umfasst. Das bereits vorhandene Potenzial und die notwendigen Schritte zur Clusterentwicklung wurden mit den Akteuren Ende 2010 im Rahmen eines Zukunftsfelddialoges diskutiert. Der Start des Clustermanagements ist für August 2011 vorgesehen. Für die Teilbereiche des Clusters gibt es in beiden Ländern Konzeptionen bzw. Masterpläne (z. B. Masterplan IKT Brandenburg). Diese Konzeptionen sollen aggregiert werden. Die einzelnen Maßnahmen werden dann länderübergreifend spezifiziert, abgestimmt und durchgeführt.



O2-Netzzentrum in Teltow

Die neben IKT zu diesem Cluster gehörenden Bereiche Medien und Kreativwirtschaft werden im Kapitel C 2.5 behandelt.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Die brandenburgische **IKT-Wirtschaft** umfasst rund 1.300 meist kleine Unternehmen mit insgesamt mehr als 11.000 Beschäftigten, die einen jährlichen Umsatz von etwa 3 Mrd. Euro generieren. Die meisten IKT-Firmen sind innovative, kleine und mittlere Dienstleister, ca. 60 Prozent des Umsatzes werden mit innovativen Dienstleistungen erzielt. Regional konzentrieren sich die IKT-Unternehmen im Berliner Umland, insbesondere im Landkreis Potsdam-Mittelmark und in den größeren Städten Brandenburgs (z.B. Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg a.d.H). Diese Konzentration tritt verstärkt bei den technologieorientierten oder wissensintensiven Unternehmen auf (Hardwareentwickler, Softwareentwickler, Content-Entwick-

ler), während z.B. die Standorte der Firmen, die Online-Shops betreiben, stärker regional verteilt sind.

Die brandenburgische IKT-Branche zeichnet sich durch vielfältige Kompetenzen und Tätigkeitsschwerpunkte aus wie

- Sicherheit und IT (z.B. Objektsicherheit, IT-Sicherheit, Datenkonsistenz),
- Geoinformation/Visualisierung (z.B. 2D/3D Geodatenbearbeitung, Fernerkundung),
- Digitale Medien, Entertainment und IT (z.B. Games, Medienkonvergenz, Medienbearbeitung),
- E-Processing (z.B. eBusiness, eGovernment, Green IT, Softwareeffizienz),
- Vernetztes Leben (z.B. Ambient Assistent Living, Telemonitoring, eHealth, RFID) sowie
- Internet der Dienste (z.B. E-Energy, Smart-Metering, Autonomik).

Einige Unternehmen wie eBay, Oracle und Interroute erbringen Dienstleistungen für den gesamten nationalen und europäischen Raum. Sehr stark international ausgerichtet sind auch die Unternehmen im Umfeld des Hasso-Plattner-Instituts, die über den Hasso-Plattner-Venture Fonds unterstützt werden. Mit dem im Aufbau befindlichen SAP-Innovationszentrum siedelt sich eine auf Weltniveau agierende Einrichtung in unmittelbarer Nähe zu den Forschungseinrichtungen und Firmen in der Landeshauptstadt an.

Zur Weiterentwicklung der Unternehmen im Branchenkompetenzfeld Medien/IKT wurde eine Reihe von unterstützenden und qualifizierenden Aktivitäten initiiert bzw. durchgeführt. Hierzu gehörten insbesondere die Unterstützung von Branchen-

veranstaltungen, die Vermittlung von Kooperationsanfragen inner- und außerhalb von Förderprogrammen (auch im internationalen Kontext) und die Begleitung von Förderprojekten in allen Phasen des Antragsprozesses sowie die Beauftragung von branchenspezifischen Potenzialstudien.

Gerade als Flächenland muss das Land Brandenburg über eine moderne, zukunfts-sichere und synchrone Kommunikationsinfrastruktur verfügen (Breitbandigkeit von Up- und Download). Neben der Internetanbindung gehören dazu auch offene Softwarearchitekturen. Diese wurden in der Region bereits in den vier Kompetenzfeldern Mobilität und Kommunikation, IT-Sicherheit, E-Government und Geoinformation in Produkten erarbeitet. Auf der Basis dieser Softwarearchitekturen können brandenburgische Unternehmen die Chancen nutzen, die sich im Zusammenhang mit der Etablierung des "Internets der Dienste" aktuell herauskristallisieren.

Zur Förderung der Kooperationen von Wirtschaft mit Wissenschaft, Forschung und Verwaltung wurden für die Tätigkeitsschwerpunkte Geoinformatik das Netzwerk **GEOkomm**, für Mobilität und Kommunikation das Netzwerk **MOBKOM** und für den Tätigkeitsschwerpunkt "Sicherheit mit IT" das Netzwerk SesamBB gefördert. Die **Netzwerke MOBKOM** und **GEOkomm** arbeiten nach Auslaufen der Förderung als Unternehmensnetzwerke weiter.

Das **Netzwerk SesamBB** ist das IKT-Netzwerk Berlin-Brandenburg für alle Themen zur Sicherheit mit IT. IT-Sicherheit und Datenschutz rücken mehr und mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Etwa 60 Prozent aller Sicherheitslösungen sind IT-gestützt Arbeitsschwerpunkte des Netzwerkes sind sichere IT-Infrastruktur, Daten- und Infor-

mationsschutz, sicheres Gebäude, Sicherheitsmanagement bei Großveranstaltungen, sichere Produktion, Verkehrssicherheit, Sicherheit im Gesundheitswesen sowie in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Geoinformationswirtschaft

Die **Geoinformationswirtschaft** erzeugt, bietet an und nutzt Software, Software-Komponenten und Dienstleistungen über Geodaten und Geoinformationen. In diesem wachsenden Bereich sind derzeit 200 Unternehmen im Land Brandenburg tätig. Die Firmen konzentrieren sich räumlich in der Region um Berlin. Auf Grund der einmaligen Dichte von Forschungseinrichtungen in der Hauptstadtregion ergeben sich hervorragende Rahmenbedingungen für die brandenburgische Geoinformationswirtschaft. In der stärkeren Vernetzung der Aktivitäten von Verwaltung, Forschung und Wirtschaft liegen noch Potenziale, insbesondere in Hinblick auf deren wirtschaftliche Nutzung.

Das **Netzwerk GEOkomm** (www.geokomm.net) und der **Verband GEOkomm** konzentrieren sich auf die Arbeitsschwerpunkte Geodateninfrastruktur, Fernerkundung, Geotainment und Galileo. Dem Netzwerk gehören 20 Mitglieder an. Gemeinsam mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und einigen Netzwerkpartnern hat das Netzwerk den Zuschlag bei einer Ausschreibung der Stadt Potsdam zur Erstellung eines integrierten Klimakonzepts 2010 – 2030 erhalten. Mit Gründung des Geokompetenzzentrums und der in Aufbau befindlichen GEOkomm-Academy geht GEOkomm einen weiteren Schritt zur Internationalisierung. Mit Hilfe dieser Einrichtungen will sich GEOkomm am Ausbildungsmarkt etablieren. Das Netzwerk war in Russland und im mittleren Osten aktiv, um weitere Geschäftsebenen

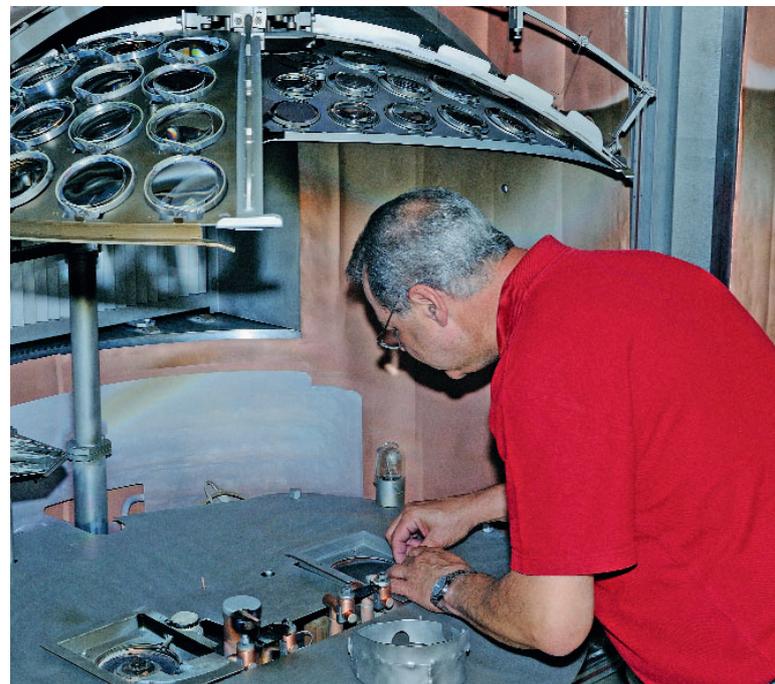
erschließen zu können. Die laufenden und künftigen Netzwerkaktivitäten der Unternehmen und die Aktivitäten der Verwaltungen sind auch Bestandteil eines 2010 erstellten **IKT-Masterplans** für das Land Brandenburg. Der Masterplan wurde unter aktiver Beteiligung der IKT-Firmen erstellt und soll kontinuierlich fortgeschrieben werden. Zur Erhöhung der Sichtbarkeit der brandenburgischen IKT-Branche wird 2011 ein Internetauftritt aufgebaut.

Cluster Optik

In der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB) wurde vereinbart, das Zukunftsfeld Optik zu einem Cluster Optik weiterzuentwickeln, dessen Schwerpunkte in den Bereichen optische Technologien und Mikrosystemtechnik liegen. Ende 2010 fand hierzu im Rahmen eines Zukunftsfelddialoges ein intensiver Austausch mit den Akteuren statt. Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Aufbau der entsprechenden Clusterstrukturen.

Die Unternehmen der Branche verzeichneten im Jahr 2010 eine positive Entwicklung. Sowohl der Umsatz der Betriebe (+30,1 Prozent) als auch die Anzahl der Beschäftigten (+8,9 Prozent) stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Die Branche hat sich damit als robust erwiesen und die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verhältnismäßig gut überstanden. Wichtigster Standort mit dem Schwerpunkt Innovative Augenoptik ist Rathenow. Neben Global Playern wie Essilor und Fielmann sind dort mehr als 25 kleine und mittelständische Betriebe ansässig, die insgesamt mehr als 1.200 Arbeitnehmer beschäftigen.

Die optischen Technologien umfassen die Handlungsfelder Lasertechnik, Photonische Komponenten und optische Kom-



Essilor GmbH in Rathenow

munikationstechnik, UV- und Röntgentechnologie, Optische Sensorik und Bildverarbeitung, Lichttechnik, Terahertz-Technologie, Industrielle Messtechnik/optische Prozessmesstechnik, Innovative Augenoptik, Biomedizinische Optik sowie Mikrosystemtechnik. In der Branchenstrategie Optik wurden vor allem die Kompetenzen in den Bereichen Augenoptik, Lasertechnik, optische Fasertechnologie sowie Spezialisierungen im Bereich Anwendung der optischen Technologie in der Photovoltaik als Bereiche mit hohem Entwicklungspotenzial identifiziert.

Unter dem Dach von OptecBB wird die Arbeit in den durch das MWE geförderten Branchennetzwerken **optic alliance brandenburg berlin** (oabb) und **PhotonikBB** unterstützt. Durch die Einbeziehung des Netzwerkes PhotonikBB konnte das Innovationspotenzial der Branche weiterentwickelt werden. Die Photonik-Branche gehört in der Region zu einem der wichtigen

Schrittmacher für das Verarbeitende Gewerbe. Im Frühjahr 2010 startete der deutschlandweite Strategieprozess "Photonik 2020" mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin, an der auch prominente Vertreter der Branche aus der Region teilnahmen. Besondere Schnittmengen gibt es zur brandenburgischen Solarindustrie. In Gesprächen mit dem Netzwerkmanagement des GRW-Netzwerkes Solarregion Berlin-Brandenburg wurde vereinbart, dass die Themen im Bereich der Anwendung optischer Technologien in der Photovoltaik im Netzwerk Photonik BB aufgegriffen werden und eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Netzwerken (z. B. über eine gegenseitige Mitgliedschaft) angestrebt wird.

Das Netzwerk oabb hat seit seiner Gründung Messeaktivitäten im In- und Ausland erfolgreich durchgeführt und die Bildungs-, Qualifizierungs- und Informationsoffensive im Ausland verstärkt. Insbesondere die Ausrichtung des Netzwerkes auf das Handlungsfeld "Internationalisierung" hat sich bewährt. Die Arbeiten an der "**Roadmap Augenoptik**" konnten teilweise abgeschlossen werden. Die Roadmap definiert strategische Märkte in der EU und trifft auch Aussagen zu neuen Produkt- und Leistungsfeldern. Damit sind neue Aufgabefelder für das Netzwerk in der zweiten Förderperiode ab 2011 vorgezeichnet. Auch die Zusammenarbeit mit der Branchentransferstelle Optik wurde vertieft und Möglichkeiten für gemeinsame Projekte eruiert.

Cluster Verkehr, Mobilität, Logistik

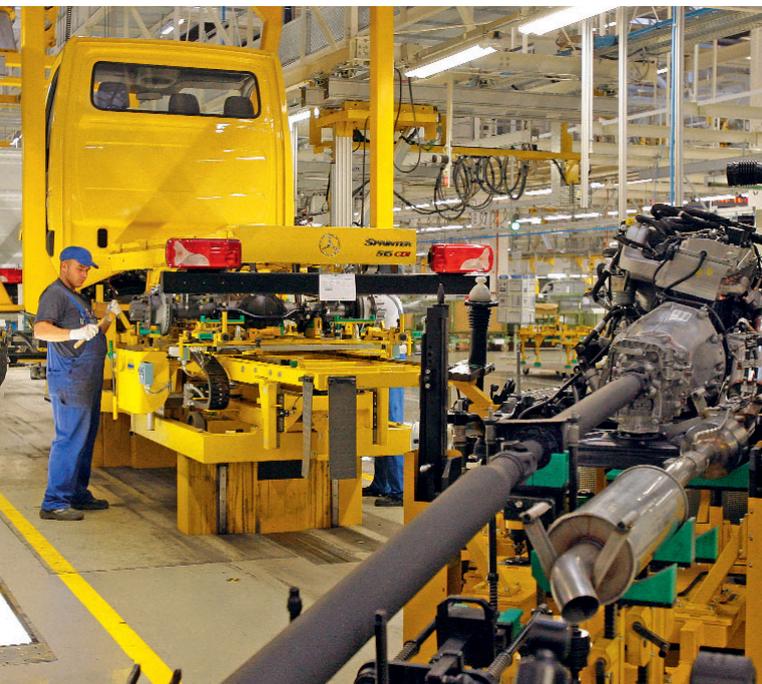
Im Rahmen der innoBB wurden die ehemaligen Branchenkompetenzfelder Automotive, Logistik, Luftfahrttechnik und Schienenverkehrstechnik im Mai 2011 in das Cluster "Verkehr, Mobilität und Logistik" überführt. Die Zielstellungen des neuen Clustermanagements liegen insbesondere in der Entwicklung des Unternehmensbestandes, der weiteren Spezialisierung der Unternehmen, dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit sowie den verstärkten Ansiedlungsaktivitäten zur Ergänzung der Wertschöpfungsketten.

Automotive

Automobilhersteller und ihre Zulieferer waren von der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Die Branche hat sich jedoch 2010 auch in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wieder erholt und teilweise sogar das Niveau vor der Krise weit überschritten. In der Gesamtregion sind rund 200 Unternehmen mit insgesamt mehr als 20.000 Beschäftigten dieser Branche sowie zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ansässig.

Im Land Brandenburg ist die Automotive-Branche mit Ausnahme einiger Großunternehmen an den Standorten Brandenburg a. d. H. (ZF Getriebe GmbH), Finsterwalde/Massen (Magna Intier Automotive), Fürstenwalde (Goodyear Dunlop Tires Germany GmbH) und Ludwigsfelde (Mercedes-Benz Ludwigsfelde GmbH) klein- bis mittelständisch strukturiert. Dabei sind fast alle KMU als Komponenten- und Bauteilzulieferer aktiv.

Der Technologie- und Strukturwandel in der Automobilindustrie (z. B. vom klassischen Verbrennungsmotor zum Elektro-



Produktion des Daimler-Benz-Sprinters im DaimlerChrysler-Werk in Ludwigsfelde

motor) kann enorme Wachstumschancen für Produzenten und Zulieferer bergen, wenn sie sich mit innovativen Technologien, Verfahren und Produkten, insbesondere im Bereich von Elektronik und Mechatronik, am Markt profilieren. Besonderes Augenmerk der Branche liegt hierbei auf dem Thema "Entwicklung der Elektromobilität".

Das **Netzwerk "automotive Berlin Brandenburg"** (aBB), in dem bereits mehr als 220 Unternehmen und Akteure der Branche Mitglieder sind, leistet mit seinen Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt, zur Stärkung und zur Weiterentwicklung der Automotive-Branche in der Hauptstadtregion. Eine immer wichtiger werdende Aufgabe des Netzwerkes ist es, in den KMU das "Innovationsverständnis" zu wecken bzw. zu stärken, damit auch diese Unternehmen insbesondere den gegenwärtig stattfindenden Technologiewechsel

– etwa die Elektrifizierung der Antriebe mit Batterie- und Brennstoffzellen – in ihren Unternehmensentwicklung berücksichtigen. Das Netzwerk wird dabei von der vom MWE geförderten "Branchentransferstelle automotive" (BTS-a) unterstützt. Vorrangige Aufgabe der BTS-a ist die Anbahnung von projektorientierten Kooperationen der Mitgliedsunternehmen mit wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Region. Über die Mitwirkung des Netzwerkes "automotive Berlin Brandenburg" im "Automotive Cluster Ostdeutschland" (ACOD) erzielt das Netzwerk auch überregionale Wahrnehmung.

Logistik

Die Logistikbranche in Berlin-Brandenburg hat sich im Jahr 2010 nach den Umsatzeinbußen und Kapazitätsreduzierungen während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wieder stabilisiert. Längerfristig geplante Ansiedlungsinvestitionen in Logistikimmobilien wurden realisiert und haben zur weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl bei den Anbietern logistischer Dienstleistungen als auch bei den Verladern aus Industrie und Handel beigetragen.

Die Hauptstadtregion bietet exzellente Standortbedingungen für Logistikunternehmen, was zahlreiche Ansiedlungen und Erweiterungen von Logistikzentren in den Jahren 2010 und 2011 (u. a. Zalando, Lekerland, Alcaro, Kraftverkehr Nagel, Siemens Energy Service, REWE) belegen.

Mit vier Güterverkehrszentren und vielen Terminals für den kombinierten Verkehr sowie nahezu 100 Firmen ist der Logistikstandort Berlin-Brandenburg gut aufgestellt. Wichtige Logistikstandorte sind die Güterverkehrszentren Großbeeren, Wustermark, Freienbrink und Frankfurt (Oder) sowie die Standorte Autobahndreieck Witt-

stock/Dosse und Schwarzheide/Lauchhammer. Auch in Oranienburg (Eröffnung des REWE-Logistikzentrums im dritten Quartal 2011), Ludwigsfelde (Erweiterung des Logistikzentrums von Siemens Energy Service), Wittenberge, Brandenburg a.d.H., Schwedt, Königs-Wusterhausen und Eisenhüttenstadt tragen logistische Dienstleistungen wesentlich zur Wertschöpfung bei.

Das **GVZ Berlin Süd Großbeeren** gehört zu den Top-Logistikstandorten in Europa. So belegt dieses GVZ gemäß einer aktuellen Studie der Deutschen GVZ-Gesellschaft (DGG)²³⁾ unter 70 europäischen Güterverkehrszentren einen Platz unter den Top-10. Ein Beleg dafür ist auch der hohe Beschäftigungseffekt – ca. 4.500 Arbeitsplätze gibt es am Standort. Aufgrund der Nähe zum künftigen Flughafen Berlin Brandenburg ist das GVZ in Großbeeren mittlerweile fast komplett belegt und wird derzeit erweitert. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Luftfracht im nationalen und interkontinentalen Flugverkehr wird am Flughafen Berlin Brandenburg im April 2012 ein neues Luftfrachtzentrum für Beiladefracht eröffnet. Im kombinierten Verkehr sind die GVZ in Großbeeren und in Frankfurt (Oder) die umschlagstärksten Standorte mit täglichen Verbindungen in die deutschen Seehäfen, in das Ruhrgebiet und nach Russland.

Für den intermodalen Verkehr wurde 2009 der **ElbePort in Wittenberge** in Betrieb genommen, über den Flüssiggut, aber auch Stück- und Schüttgut verladen wer-

den. Denn zunehmend haben Unternehmen Interesse am umweltfreundlichen kombinierten Verkehr und nutzen für den Gütertransport neben der Straße auch die Schiene und die Binnenwasserstraßen.

Durch die geographische Lage entwickelt sich die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sowohl zur Drehscheibe für den Nord-Süd-Verkehr von den Seehäfen in Hamburg, Bremen und Rostock zum Mittelmeer als auch für den Verkehr nach Osteuropa. Berlin bildet den Ausgangspunkt für zwei Paneuropäische Verkehrskorridore (Berlin – Warschau – Minsk – Moskau – Nischni Nowgorod bzw. Berlin/Dresden – Breslau – Krakau – Kiew). Die überregionalen Transportketten des Ostsee-Adria-Korridors werden auch im Rahmen mehrerer überregionaler Projekte (Scandria, Sonora, HUB 53/12²⁴⁾) und der von Unternehmen, den Industrie- und Handelskammern zusammen mit Gewerkschaften und Verbänden getragenen Nord-Süd-Initiative von Brandenburg und Berlin aktiv ausgebaut, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze entlang der Logistikketten zu generieren.

Das im Rahmen der innoBB gestartete Projekt "Berlin Brandenburg als Hub im Seehafen hinterlandverkehr" wird zukünftig im Rahmen des Clusters fortgesetzt. Unter diesem programmatischen Dach werden sowohl Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Intensivierung des Standortmarketings umgesetzt als auch technologieorientierte Verbundprojekte und intermodale, grenzüberschreitende Transportketten entwickelt.

Darüber hinaus werden Verlader und die zahlreichen Logistikunternehmen der Region durch das **LogistikNetz Berlin Brandenburg** (www.logistiknetz-bb.de), die **Branchentransferstelle Logistik** (www.btl-bb.de), Hochschulen und wissenschaftli-

23) H. Koch, S. Münch, S. Nestler, T. Nobel (2010) "Ranking der europäischen GVZ-Standorte - Benchmarking der europäischen Erfahrungen", Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

24) HUB 53/12° ist die Bezeichnung für das Logistiknetz Güstrow/Prignitz/Ruppin. HUB ist dabei der englische Begriff für eine logistische Drehscheibe und 53/12° ist der Breiten- und Längengrad der Region.

che Einrichtungen (u. a. www.th-wildau.de) sowie durch die Kreise und kreisfreien Städte unterstützt.

Logistik bedeutet auch das Denken in Prozessen. Für die Entwicklung neuer Ansätze in der Wissenslogistik besitzt Brandenburg mit dem Fachbereich Logistik an der TH Wildau und dem Fraunhofer-Anwendungszentrum für Logistiksystemplanung und Informationssysteme (ALI) in Cottbus hervorragende wissenschaftliche Einrichtungen. Auch die BTU Cottbus und die FH Brandenburg sowie die Beuth Hochschule in Berlin, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und nicht zuletzt die TU Berlin bilden Logistiker aller Fachrichtungen aus und sind als profilierte Forschungseinrichtungen überregional anerkannt.

Die Mischung aus hoch verdichteter Metropole und Flächenland sowie die Rolle der Region als Drehscheibe der europäischen Verkehrsströme bieten ein optimales Umfeld für den Einsatz neuartiger Technologien der Satellitennavigation, der optischen Kommunikation und der elektronischen Entgelterhebung. Im Rahmen des Innovationstransfers hat die Branchentransferstelle Logistik (BTL) im April 2011 bereits zum zweiten Mal an der IHK Potsdam eine erfolgreiche Branchenkonferenz zum Thema Green Logistics durchgeführt.

Luftfahrttechnik

Der Luftfahrtindustriestandort Berlin-Brandenburg mit rund 6.000 Arbeitsplätzen ist mittlerweile zum drittwichtigsten Branchenstandort in der Bundesrepublik aufgestiegen. Nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland wird so viel neu erfunden, entwickelt und in marktfähige Produkte umgesetzt wie in der Hauptstadtregion. Dies liegt auch an der Branchenstruktur, die so-

wohl aus innovativen KMU als auch aus Global Playern (z. B. Rolls-Royce am Standort Dahlewitz, MTU in Ludwigsfelde und Lufthansa Technik im Umfeld des neuen Flughafens Berlin Brandenburg) besteht.

Ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel ist es daher, auch künftig die Interessen dieser Branche nachhaltig zu unterstützen. Die Luft- und Raumfahrtindustrie wird auch im länderübergreifenden Cluster Verkehrstechnik eine wichtige Rolle spielen. Die Arbeit des Clustermanagements wird maßgeblich dazu beitragen, die Kompetenzen weiter auszubauen und die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Standorten sicherzustellen.

Ein Schwerpunkt der Branchenaktivitäten in der Region liegt im Bereich Triebwerkstechnik, insbesondere im Bereich der Triebwerksentwicklung und -fertigung einschließlich sämtlicher dazugehöriger Servicearbeiten. Weitere wichtige Bereiche sind Maintenance, Repair und Overhaul kompletter Flugzeuge, die Entwicklung und Fertigung von Wassermanagementsystemen für die Luftfahrt sowie Leichtbautechniken. Aber auch Finalproduzenten wie Aquila, Fläming Air und Stemme sind in der Hauptstadtregion ansässig. Im April 2010 hatte das jüngste Produkt des Flugzeugherstellers Fläming Air, das Ultraleichtflugzeug Peregrine, seinen Erstflug. Moderne Materialien machen es zu einem der leistungsstärksten, leichtesten und sichersten Flugzeuge seiner Klasse. Mit der Inbetriebnahme des Mechanical Test Operations Centre (MTOC) im Mai 2010 bei Rolls-Royce Dahlewitz (einer weltweit einzigartigen Versuchseinrichtung, mit der sämtliche mechanische Komponenten von Gasturbinen geprüft werden) hat einer der größten Triebwerkshersteller seinen brandenburgischen Standort weiter ausgebaut. Im Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Wildau



MTU in Ludwigsfelde

nahm das Fraunhofer Institut für Polymermaterialien und Composite PYCO im Oktober 2010 eine multifunktionale Imprägnier- und Beschichtungsanlage in Betrieb, die FuE-Arbeiten zur Herstellung neuartiger Faserverbundwerkstoffe insbesondere für die Anwendung in der Luftfahrt ermöglicht.

Am 3. November 2010 wurde von Rolls-Royce das 3.500ste in Dahlewitz gefertigte Triebwerk, ein BR 710, ausgeliefert. Triebwerke dieses Typs treiben Businessjets verschiedener Hersteller an. Die MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH gab 2010 die Schaffung von 150 weiteren Arbeitsplätzen bekannt, die dank der Akquisition von Großaufträgen, z. B. von der BA-CityFlyer, ermöglicht wurde.

Mit dem Branchennetzwerk **Berlin-Brandenburg Aerospace Allianz e.V.** (BBAA) verfügt die Branche über ein schlagkräftiges Netzwerk, in dem fast alle branchenaf-

finen Unternehmen vertreten sind. Zusammen mit der **Branchentransferstelle Luftfahrt** wurden die Unternehmen bei der Akquirierung neuer Geschäftskontakte, bei Messeauftritten und beim Ausbau der Kooperationen mit Forschungseinrichtungen unterstützt.

Schienerverkehrstechnik

Die Bahnindustrie stellt einen wesentlichen Eckpfeiler der industriellen Landschaft in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg dar. Der mittelständisch bis großbetrieblich strukturierte Wirtschaftszweig zählt allein in Brandenburg mehr als 4.500 Arbeitsplätze. Unter Einbeziehung der Berliner Unternehmen sind es weit über 18.000 Beschäftigte (ohne Verkehrsbetreiber). Die Branche ist stark exportorientiert; fast die Hälfte des Umsatzes wird auf Außenmärkten erwirtschaftet.

Hauptstandorte der Branche im Land Brandenburg sind Hennigsdorf/Velten (Bombardier Transportation, Stadler) und Brandenburg-Kirchmöser (voestalpine BWG Brandenburg, Gleisbaumechanik Brandenburg GmbH, Wirthwein).

Die Region ist als traditioneller Standort der Bahntechnik international bekannt und gehört mit über 100 Unternehmen zu den bedeutendsten Branchenzentren in Europa. Mit führenden Systemherstellern wie Siemens, Bombardier und Stadler sowie zahlreichen Zulieferbetrieben sind hier alle Bereiche der Wertschöpfungskette vertreten. Zudem haben wichtige Verkehrsbetreiber wie die Deutsche Bahn AG, die S-Bahn Berlin GmbH und die Berliner Verkehrsbetriebe ihren Sitz in der Hauptstadtregion. Daraus resultieren erhebliche wirtschaftliche Verflechtungen und Arbeitsplatzeffekte.

Im Land Brandenburg sind alle wesentlichen Leistungssegmente der Branche vorhanden:

- Fahrweg (z.B. Gleisbau, Signaleinrichtungen),
- Fahrzeuge (Waggon-, Lok- und Triebwagenbau) sowie
- Dienstleistungen.

Die Besonderheit des Produktionsstandortes Hennigsdorf ist, dass hier neben der Produktion auch signifikante Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Fahrzeugbau vorhanden sind. Während der Standort Hennigsdorf/Velten durch Fahrzeugbau geprägt ist, liegt der Schwerpunkt des Standorts Brandenburg-Kirchmöser auf Schienen- und Gleisbau sowie auf Instandsetzung. Durch zahlreiche Kooperationen und ein aktives Regionalmanagement wird in Kirchmöser eine Standortidentität erhalten und die Vision eines vernetzten Kompetenzzentrums weiterentwickelt. Zudem sind die Instandsetzungswerke der Deutschen Bahn in Eberswalde, Cottbus und Wittenberge von erheblicher beschäftigungspolitischer Bedeutung. Außerhalb dieser Schwerpunkorte sind weitere Unternehmen u. a. in Werder (z. B. SGW Schaltgerätebau Werder), Vetschau (z. B. Transtec) und Großbeeren (z. B. Spitzke AG) angesiedelt.

Technologische Schwerpunkte in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind die Erprobungen neuer Antriebstechnologien und Kraftstoffe sowie die Elektrifizierung der Bahn mit "Green Energy". Darüber hinaus hat sich in der Hauptstadtregion ein wichtiges Anbieter- und Anwendungsfeld für innovative Verkehrstelematik etabliert.

2. Brandenburgspezifische Cluster

Gleichberechtigt neben den gemeinsamen Clustern Berlin-Brandenburg, die basierend auf den innovativen Zukunftsfeldern über innoBB weiterentwickelt werden, gibt es im Land Brandenburg vier Branchenkompetenzfelder (Ernährungswirtschaft, Kunststoffe/Chemie, Metall, Tourismus), welche die Kriterien für eine erfolgreiche Clusterentwicklung erfüllen. Diese Cluster haben eine große beschäftigungspolitische Bedeutung und prägen in besonderem Maße die Wirtschaftsstruktur des Landes. Auch hier werden entsprechende Strukturen zur Unterstützung der Cluster aufgebaut.

Ausführungen zum Cluster Tourismus befinden sich im Kapitel C 4, da hier ein enger Zusammenhang mit der neuen Tourismuskonzeption besteht.

Ernährungswirtschaft

Das Flächenland Brandenburg umfasst einen großen Anteil ländlich und agrarisch strukturierter Räume. Entsprechend hoch ist laut amtlicher Statistik die Bedeutung der Ernährungswirtschaft mit ihren rund 160 Betrieben (mit mehr als 20 Beschäftigten) und über 12.000 Arbeitnehmern. Die Branche war im Jahr 2010 zu ca. 16 Prozent am Umsatz und zu rund 14 Prozent an der Beschäftigtenzahl des Verarbeitenden Gewerbes beteiligt. Kennzeichnend für die Branchenstruktur ist der überwiegende Anteil der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, die in der Region erzeugt werden. Mehr als 70 Prozent der Betriebe des Ernährungsgewerbes sind den vier Segmenten Schlachtung/Fleischverarbeitung, Backwaren, Obst- und Gemüseverarbeitung sowie Molkereien zuzuordnen.

Das Ernährungsgewerbe hat sich als stabilisierender Faktor für die Konjunktur in der Wirtschaftskrise erwiesen. Nach einem relativ geringen Umsatzrückgang 2009 konnten die Betriebe der Ernährungs- und Getränkeindustrie 2010 ihren Gesamtumsatz mit rund 3,4 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr deutlich um +10,5 Prozent erhöhen. Fast ein Viertel des Umsatzes wurde im Ausland getätigt.

Wie auch bundesweit weist die Ernährungswirtschaft im Land Brandenburg neben einigen Großbetrieben (z. B. WILD Food Ingredients GmbH in Nauen, Spreequell Mineralbrunnen GmbH und die Odenwald Früchte GmbH in Elsterwerda, Nordgetreide GmbH in Nauen oder Spreewaldkonserven in Golßen) eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen auf (z. B. Confiserie Felicitas mit der Schokoladenproduktion in der Lausitz oder die Christine Berger OHG mit den Sanddorn- und Feinkostspezialitäten aus Werder).

Angesichts der großen regionalwirtschaftlichen Bedeutung und der kleinteiligen Betriebsstruktur der Ernährungswirtschaft im Land Brandenburg wird im Rahmen einer spezifisch auf die Ernährungswirtschaft des Landes ausgerichteten Branchen- und Clusterstrategie darauf abgezielt, die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branchenunternehmen weiter zu stärken. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei der Initiierung von Projekten zur Stabilisierung und dem weiteren Ausbau von Partnerschaften entlang der Wertschöpfungskette zu. Besondere Bedeutung besitzen für die Branche Aktivitäten im Bereich der Vernetzung und Kooperation von Unternehmen sowie gemeinsame Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, Produktinnovation, Marketing und Markenbildung, Marktzugang sowie Absatz auf Auslandsmärkten.

Einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Branche leistet das **Brandenburger ErnährungsNetzwerk (BEN) e.V.** in gemeinsamer Trägerschaft der IHK Potsdam und proAgro, dem Verband zur Förderung des ländlichen Raumes. Zielstellungen der Netzwerkarbeit zwischen den mehr als 50 im Netzwerk zusammengeschlossenen Unternehmen ist die Auseinandersetzung mit aktuellen Trends und Herausforderungen in der Ernährungswirtschaft etwa in der Bereichen Produktentwicklung, Regionalität, Kooperationen, Marketing und Markterschließung, Bioprodukte und gesunde Ernährung, Logistik oder Lebensmittelsicherheit und Hygiene. Ziel der BEN-Aktivitäten ist die Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunftssicherheit der Ernährungswirtschaft in Berlin und Brandenburg. Hierzu zählt auch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Newsletter, Presse, etc.) sowie der Bereich Messebeteiligungen und Standortmarketing. Im Rahmen der Wertschöpfungskette sind darüber hinaus auch Branchen wie der Maschinen- und Anlagenbau, die Verpackungsindustrie, die Logistik, der Einzelhandel, Bio & Feinkost sowie die Gastronomie von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Ernährungsgewerbes.

Ein sehr gelungenes Vorhaben zur Stärkung von Vernetzung und Kooperation der Branchenunternehmen war der im April 2010 durchgeführte **Branchentag der Ernährungswirtschaft Berlin-Brandenburg**. Zielstellung war es, Synergien zu nutzen, eine Plattform für die Unternehmen zu etablieren und Kräfte zu bündeln. Überregional ist das BEN in die deutschlandweite Clusterinitiative für die Ernährungswirtschaft oder in den nordostdeutschen Clusterverbund MORO eingebunden (weitere Informationen unter www.ernaehrungsnetzwerk-ben.de).

Konkrete FuE-Projekte wurden u. a. von Unternehmen des BEN über die Branchen-transferstelle Ernährungswirtschaft (BTE, www.bte-brandenburg.info) initiiert oder sind in der Planung. Hierzu zählen:

- Sicherung und Bewertung der Produktqualität von Getränken,
- Produkt- und Verpackungsentwicklung,
- Produktentwicklung Molkeeiweiße,
- Impuls Projekt Vermarktung regionaler Produkte/Aspekt Logistik sowie
- Technologien der Feingebäckherstellung.

Kunststoffe/Chemie

Die Chemie- und Kunststoffindustrie ist im Land Brandenburg eng mit vielen anderen Wirtschaftszweigen verknüpft. Das Produktionsspektrum in dieser Branche reicht von hochwertigen, weltweit geschätzten Autolacken über innovative Maschinenteile bis hin zum Zubehör für die Luft- und Raumfahrtindustrie. Aber auch Fragen der menschlichen Gesundheit und regenerative Energien stehen auf der Agenda der Branche. Die Chemie- und Kunststoffindustrie beschäftigt ca. 10.000 Mitarbeiter im Land Brandenburg und erwirtschaftete 2010 einen Umsatz von über 2,7 Milliarden Euro. Regionale Schwerpunkte sind der Großraum Schwarzheide sowie Guben, Premnitz, Fürstenwalde und Oranienburg. Wichtigste Unternehmen der Branche sind BASF Schwarzheide GmbH, Orafol GmbH, Trevira GmbH und Märkische Faser GmbH.

Die in Schwarzheide ansässige BASF Schwarzheide GmbH beging im Oktober 2010 ihr 20-jähriges Unternehmensjubiläum. Insgesamt existieren im Chemiepark der BASF in Schwarzheide über 2.400 Arbeitsplätze. Mit Ausnahme von Arzneimitteln wird an diesem Standort die gesamte



BASF Schwarzheide GmbH: Kraftwerk und F500-Anlagen-Komplex

Produktpalette der klassischen Chemie- und Kunststoffindustrie hergestellt.

Die brandenburgische Chemie- und Kunststoffindustrie kann 2010 auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Weltwirtschaft erholte sich schneller als prognostiziert, woran insbesondere die Chemieindustrie partizipierte. Im Sommer 2010 erreichte die Kapazitätsauslastung bei vielen Unternehmen wieder ihr normales Niveau. Auch die Kunststoffindustrie verzeichnete 2010 einen erfreulichen Aufwärtstrend, der jedoch nicht so dynamisch wie in der Chemieindustrie verlief, da hier die Auswirkungen der Krise schwächer ausgefallen waren. Für das laufende Geschäftsjahr 2011 wird mit einem weiteren nachhaltigen Wachstum in der Branche gerechnet.

Ein wichtiges Branchenereignis 2010 war das **zehnte Kunststoffkolloquium** mit über 120 Teilnehmern aus dem In- und Ausland. Schwerpunkt der Veranstaltung, die traditionell in Schwarzheide stattfindet, waren die Anwendungsmöglichkeiten von Produkten der Chemie- und Kunststoffindustrie im Baubereich.

Das Jahr 2011 hat für die Chemieindustrie und der eng mit ihr verknüpften Kunststoffindustrie eine besondere Bedeutung: Es ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Motto "Chemie – unser Leben, unsere Zukunft" zum **„Internationalen Jahr der Chemie“** ausgerufen worden.

Hierbei soll insbesondere die Rolle der Branche bei der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Energiefragen, der Bekämpfung von Krankheiten oder der Sicherung der Ernährung einer ständig wachsenden Weltbevölkerung erörtert werden. Auch im Land Brandenburg ist das "Internationale Jahr der Chemie" Gegenstand einiger Veranstaltungen. So hat am 10. August 2011 eine Pressefahrt mit Herrn Minister Christoffers stattgefunden. Ziel der Veranstaltung war, den Teilnehmern einen Überblick über die Leistungsfähigkeit und die Entwicklungspotenziale der brandenburgischen Chemie- und Kunststoffindustrie sowie von in diesem Sektor tätigen Forschungsinstitute zu verschaffen. Eine weitere wichtige Veranstaltung ist der bundesweit vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) organisierte "Tag der offenen Tür" am 24. September 2011, an dem sich auch mehrere Unternehmen und Einrichtungen aus dem Land Brandenburg, wie die BASF Schwarzheide GmbH, die Prignitzer Chemie GmbH & Co. KG sowie das Institut für Chemie der Universität Potsdam beteiligen wollen.

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im **Europäischen Netzwerk der Chemieregionen** (ECRN) setzt sich Brandenburg zusammen mit 20 Partnerregionen aus 10 Ländern dafür ein, dass der energieintensiven Chemie- und Kunststoffindustrie in Europa keine Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu internationalen Konkurrenten entstehen. Im Vordergrund der Netzwerkaktivitäten stehen Initiativen zur europäischen Chemikalienpolitik, zum Emissionshandel, zu Klimaschutz, Innovation und Energiepolitik sowie zur Regionalentwicklung und zur Forschungspolitik.

Metall

Die brandenburgische Metallindustrie zählt zu den beschäftigungs- und umsatzstärksten Einzelbranchen des Verarbeitenden Gewerbes. Mit annähernd 300 Betrieben, mehr als 23.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rd. 4 Mrd. Euro prägt diese Branche die Wirtschaftsstruktur zahlreicher Regionen des Landes. Wichtige Kompetenzstandorte der Branche sind u. a. ArcelorMittal, Tailored Blank, Ferrostaal, Unitechnik und Heckmann Stahl- und Metallbau in Eisenhüttenstadt, ZF-Getriebe, die Brandenburger Elektrostahlwerke (B.E.S.) und die BWG-Gesellschaft in Brandenburg a.d.H., die Hennigsdorfer Elektrostahlwerke (H.E.S.), die Firmen Huch und Reuther Behälter- und Anlagenbau in Werder bzw. Fürstenwalde, die Ortrander Eisenhütte, das Walzwerk in Finow, Kjellberg in Finsterwalde, Thyssen-Krupp Umformtechnik in Ludwigsfelde, das Zahnradwerk in Pritzwalk, die Havelländische Zink-Druckguss GmbH in Premnitz, Kirow Kranbau Eberswalde, MAN TAKRAF Fördertechnik Lauchhammer oder Züblin Stahlbau in Hosena.

Bundesweit war die Branche stark von den Auswirkungen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen. Im Laufe



Kjellberg Finsterwalde: Kunden- und Anwendungszentrum

des Jahres 2009 mussten auch die märkischen Betriebe der Stahl- und Metallindustrie einen drastischen Nachfrageeinbruch verkraften. Viele Betriebe konnten jedoch einen Großteil ihrer qualifizierten Belegschaft durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Kurzarbeit und Qualifizierung, halten. Das hat sich angesichts der breiten konjunkturellen Erholung in der Metall- und Elektroindustrie des Jahres 2010 sowie der ersten Monate des Jahres 2011 als Vorteil erwiesen. Allein im Bereich der Metallerzeugung stiegen die Umsätze in 2010 – verglichen mit dem Krisenjahr 2009 – um rund 20 Prozent.

Die Metallindustrie in Brandenburg weist viele Schnittstellen zu anderen wichtigen Investitionsgüterbranchen wie dem Fahrzeugbau, der Luft- und Raumfahrttechnik oder etwa der Energietechnik auf. In Brandenburg umfasst das Branchenkompetenzfeld und zukünftige Cluster ein breites

Spektrum an Produktionsprozessen innerhalb der Wertschöpfungskette – von der Roheisen- und Stahlerzeugung über verschiedene Bearbeitungsstufen bis hin zur Herstellung von Zuliefer- und Endprodukten. Im Rahmen der Wertschöpfungskette auf das engste mit den Kernbranchen verbunden sind außerdem Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, dem Fahrzeugbau, der Elektroindustrie und der Feinmechanik/Optik (Mechatronik). Im Bereich der Mechatronik kommen modernste Verfahren zur Kombination elektronischer und mechanischer Steuerungselemente zur Anwendung.

Vor allem die kleinen und mittleren Firmen der Branche haben im Rahmen eigener FuE-Aktivitäten wettbewerbsfähige Technologien entwickelt. Auch an den Technischen Universitäten und Fachhochschulen der Hauptstadtregion findet sich eine beachtliche Metallkompetenz in Forschung und Ausbildung. Beispielhaft seien hier die BTU Cottbus, die Fachhochschule (FH) Brandenburg, das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) Berlin, das Forschungszentrum für Leichtbauwerkstoffe Pantarhei in Cottbus, die Technische Universität in Berlin und die Technische Fachhochschule in Wildau genannt.

Die zwei fachlich eng miteinander kooperierenden **Unternehmensnetzwerke** „**profil.metall**“ und „**Metall- und Elektroindustrie (ME)**“ haben die profilbildenden Tätigkeiten und Projektierungen mit den Netzwerkpartnern weiter intensiviert und konnten auch die Außenwirkung durch eine Vielzahl an gemeinsamen Messeauftritten erhöhen:

- Das GRW-Netzwerk Stahl- und Metallverarbeitung Brandenburg und Berlin – kurz **profil.metall** – zielt im Kern

auf den systematischen Aufbau der Wertschöpfungskette Stahl – Leichtbau unter Betonung des Einsatzes neuer Werkstoffe und Bearbeitungstechnologien. Es basiert auf vier regionalen Netzwerken der Metallwirtschaft mit insgesamt 100 Unternehmen, rd. 10.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 2,5 Mrd. Euro. Wichtige Ziele und Themen von profil.metall sind u. a. die Orientierung der Maßnahmen und Projekte auf den EU-weiten Leitmarkt der Effizienztechnologie mit den Schwerpunkten der Material- und Energieeffizienz, die Verfahrens- und Produktinnovationen durch die enge Verzahnung und intensive Kooperation von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie die Kooperation mit Metallnetzwerken anderer EU-Länder (weitere Informationen unter www.profil-metall.de).

- Das Netzwerk der Metall- und Elektroindustrie in der Hauptstadtregion (ME-Netzwerk, www.me-netzwerk.de) ist eine Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmen sowie zur Herstellung und Vertiefung von Kontakten zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Hauptstadtregion. Seit 2010 wird das vormalige GRW-Netzwerk vom Verband der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg (VME, www.vme-net.de) geleitet und finanziert.

Beide Metall-Netzwerke unterstützen die seit 2008 bestehende **Branchentransferstelle Stahl, Metall und Elektro** als wichtigen Ansprechpartner für den Technologie- und Innovationstransfer (weitere Informationen unter www.bts-sme.de).

3. Branchenkompetenzfelder ohne Clusterstruktur

Die Holz- und die Papierindustrie sind wichtige Wirtschaftszweige im Land Brandenburg, die jedoch nicht die Eigenschaften eines Clusters aufweisen. Daher werden für diese beiden Branchen keine Clustermanagementstrukturen aufgebaut.

Holzverarbeitende Wirtschaft

Die Holzverarbeitende Industrie in Brandenburg war von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 stark betroffen. Trotz der Nutzung von Kurzarbeit wurde die Zahl der Beschäftigten deutlich reduziert. Im Jahr 2010 stieg die Beschäftigung wieder leicht, das Vorkrisenniveau konnte jedoch bisher nicht erreicht werden. Anders fällt die Bilanz beim Umsatz aus. Hier wurde durch einen kräftigen Umsatzanstieg bei den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Jahr 2010 der Wert des Jahres 2008 bereits um +3,2 Prozent übertroffen. Der Aufschwung wurde auch für Investitionen genutzt, die 2009 zurückgestellt wurden.

In der brandenburgischen Holzindustrie dominiert der Teilbereich der Holzwerkstoffindustrie. Die Unternehmen dieses Branchenkompetenzfeldes sind überdurchschnittlich exportorientiert. Branchenschwerpunkte sind die Standorte Baruth und Heiligengrabe mit den Unternehmen Klenk Holz AG, Kunz Faserplattenwerk Baruth, Pfeleiderer AG, Classen Industries GmbH und Kronotex GmbH & Co.KG.

Ein Hemmnis für die Entwicklung der Holzverarbeitenden Industrie ist die Entwicklung der Holzpreise. Eine Ursache dafür ist die Knappheit des Rohstoffes Holz bei steigender Nachfrage. Zur Senkung der Rohstoffpreise wurden auf verschiedenen Ebenen im Land Möglichkeiten der Mobili-

sierung von Privatwald diskutiert. Ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang ist die 2010 in Kraft getretene Novelle des Bundeswaldgesetzes, die den Holzverkauf für die zu bildenden forstwirtschaftlichen Vereinigungen neu regelt. Das MWE steht in dieser Frage in engem Kontakt mit dem zuständigen Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. In der laufenden Legislatur wird es darauf ankommen, geeignete Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der bestehenden Nutzungskonkurrenz um den Rohstoff Holz zu schaffen.

Im Frühjahr 2010 wurde eine Branchenkonferenz abgehalten. Ziel war es, den Akteuren die Möglichkeit zu bieten, sich über die Lage in der Holzwirtschaft auszutauschen und innovative Geschäftsfelder vorzustellen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Firma Firstwood GmbH in Premnitz, die Thermoholz herstellt.

Papier

Nach massiven Umsatzeinbrüchen in Folge der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erzielten die Unternehmen der Papierindustrie mit 20 und mehr Beschäftigten im Land Brandenburg 2010 wieder einen Umsatzzuwachs von +14 Prozent.

Wichtige Unternehmensstandorte im Land Brandenburg sind Schwedt, Spremberg, Peitz, Eisenhüttenstadt, Eberswalde und Rüdersdorf. Der Schwerpunkt der Branche liegt bei der Herstellung von Papier, Karton, Pappen und Zellstoff, gefolgt von sonstigen Schreibwaren und Bürobedarf sowie der Herstellung von Wellpappen, Wellpapier, Haushalts- und Hygieneartikeln.

Die Branche orientiert sich zunehmend auf ökologisch nachhaltige Produktionsverfahren. Größtenteils basiert die Papierherstel-

lung auf der Verwendung von Altpapier. Die Leipa Georg Leinfelder GmbH dokumentiert die Umweltverträglichkeit ihrer Papierherstellung durch die Teilnahme am EMAS-System der Europäischen Union, einem von zwei europäischen Umweltmanagementsystemen. Dieses Umweltmanagementsystem stellt nützliche Instrumente für die Verbesserung der Umweltleistung und für die Bewertung der auf diesem Gebiet gemachten Fortschritte bereit.

Entwicklungshemmnisse für die Papierwirtschaft sind Rohstoffknappheit, Preisverfall, hohe Energiekosten und teilweise auch Überkapazitäten bei Massenpapieren. Hinzu kommt, dass in einem Flächenland wie Brandenburg auch die Transportkosten stärker ins Gewicht fallen. Branchenkenner erwarten, dass es einige Jahre dauern wird, bis die Branche wieder den Stand vor der Krise erreichen wird. Belastet wird die Branche auch von den Plänen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Emissionshandels. Zur Aufrechterhaltung der Investitionsbereitschaft hatten sich Branchenvertreter für die 100-prozentige freie Zuteilung der Emissionszertifikate in der kommenden Handelsperiode 2012 bis 2020 eingesetzt.

Im Frühjahr 2010 wurde eine Branchenkonferenz organisiert. Ziel war es, die aktuellen Trends und Erkenntnisse aus der Branche einem Fachpublikum vorzutragen und die Möglichkeiten der Initiierung der Netzwerkbildung auszuloten. Die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Akteure und die ausgeprägte Konkurrenzsituation, z. B. bei der Beschaffung von Altpapier stehen der Bildung eines von der Unternehmerschaft getragenen Netzwerkes zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch entgegen.

Abkürzungsverzeichnis

aBB	Netzwerk "automotive Berlin Brandenburg"	GVZ	Güterverkehrszentrum
BB	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	ILA	Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung
BBAA	Netzwerk "Berlin Brandenburg Aerospace Allianz e.V."	ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
BEN	Netzwerk "Brandenburger Ernährungsnetzwerk e.V."	ITB	Internationale Tourismusbörse
BFB	Brandenburgischer Beteiligungsfonds	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
BIEM	Brandenburgisches Institut für Existenzgründungen e.V.	KMU	kleine und mittlere Unternehmen
BIP	Bruttoinlandsprodukt	LPT	Landespräsentationstool
BKF	Branchenkompetenzfeld	LTE	Long Term Evolution
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	MOBKOM	Netzwerk "Mobilität und Kommunikation in Berlin-Brandenburg"
BTS	Branchentransferstelle	MWE	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
CCS	Carbon Capture and Storage	MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
EAP	Einheitlicher Europäischer Ansprechpartner	NGA	Next Generation Access
EER	European Entrepreneurial Region (Europäische Unternehmerregion)	oabb	Netzwerk "optic alliance brandenburg berlin"
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums	OP	Operationelles Programm
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung	OpTecBB	Netzwerk "Optische Technologien aus Berlin und Brandenburg"
EU	Europäische Union	REBO	Regionaler Erkundungsbeirat Ostbrandenburg
ESF	Europäischer Sozialfonds	RFID	Radiofrequenz-Identifikation
ETZ	Europäische territoriale Zusammenarbeit	RWK	Regionaler Wachstumskern
EWET	Netzwerk "Energiewirtschaft/Energietechnologie"	SeSamBB	Netzwerk "Security and Safety made in Berlin-Brandenburg"
FuE	Forschung- und Entwicklung	TMB	Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH
GRW	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur"	TSB	Technologiestiftung Berlin
		ZAB	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH



**Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg**

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Tel.: (03 31) 8 66-0

Fax: (03 31) 8 66-17 24

E-Mail: poststelle@mwe.brandenburg.de

Internet: www.wirtschaft.brandenburg.de